

MITBESTIMMUNG

DAS MAGAZIN DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG



Was bleiben muss

Preissteigerungen bedrohen energieintensive Industrien



Immer anders

Wie die IG Metall Betriebsräte unterstützt, eigene Lösungen zu finden



Leben statt Tod

Wissenschaftlerin Azadeh Akbari über die Aussichten für den Iran



[BOECKLER.DE/HANS](https://boeckler.de/hans)

GESTATTEN? HANS.

Die aktuellsten Nachrichten, Forschungsergebnisse und Publikationen aus der Hans-Böckler-Stiftung gibt es jetzt per Newsletter im Zweiwochentakt.

Dazu Interviews, Porträts, Veranstaltungsberichte und natürlich die wichtigsten Termine. Jetzt anmelden und auf dem Laufenden bleiben: boeckler.de/hans

Foto: Jan Rathke



LIEBE LESER*INNEN,

2022 geht zu Ende, ein Jahr, geprägt von Krieg und Krisen. Sie stellten Politik und Gesellschaft vor Herausforderungen, auf die es keine einfachen Antworten gibt und die gleichzeitig oft schnelle Reaktionen erforderten. Geradezu ein Dilemma – und so fielen Entscheidungen oft unter großer Unsicherheit.

„Wann, wenn nicht jetzt, sind Gewerkschaften gefragt, um genau das mitzugestalten?“, fragt Yasmin Fahimi im Interview. Denn Gewerkschaften sind geübt darin, mit gegensätzlichen Anforderungen umzugehen und Interessen auszugleichen. Sie sind es gewohnt, den Widersprüchen zum Trotz das Bestmögliche für die Beschäftigten und damit die Mehrheit der Bürger*innen herauszuholen und ihren Interessen eine Stimme zu geben.

Unsere Forschung zeigt, dass sich der Einsatz für alle lohnt. Denn wer gute Arbeitsbedingungen hat und in seinem Betrieb mitwirken kann, besitzt auch größeres Vertrauen in die Politik und in die Demokratie. Demokratie in Arbeit stärkt also Demokratie im Allgemeinen und sichert damit die Grundlagen für Frieden, Freiheit und Wohlstand.

Einen guten Jahresausklang und ein besseres 2023 wünscht
Ihre

Claudia Bogedan,
Geschäftsführerin

claudia-bogedan@boeckler.de

Mein Lesetipp:

Mein Lesetipp ist „Ich bin voller Hoffnung“ (Seite 40 f.) über unsere Alumna Azadeh Akbari und die Demonstrationen im Iran. Denn die Menschen im Iran sind nicht allein.

IN DIESER AUSGABE ...



TITELTHEMA: GEMEINSAM DURCH DIE ENERGIEKRISE

- 10 „Wir werden nicht alles halten können“**
Unsere Industrie ist in Gefahr. Von Kay Meiners und Andreas Molitor
- 18 „Weil es um die Zukunft dieses Landes geht“**
Die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi über ein Land im Krisenmodus
- 21 Auf Kosten der Schwächsten**
Deutschland kauft Kohle, egal wo. Von Kay Meiners und Andreas Molitor
- 24 Einer trotz der Krise**
Der Arbeitsmarkt ist bisher erstaunlich robust. Von Fabienne Melzer
- 26 Positive und negative Signale**
Eine wirtschaftliche Prognose für das Jahr 2023. Von Peter Bofinger

ARBEIT UND MITBESTIMMUNG

- 29 Praxistipp**
Vorbildlich geregelt: KI bei IBM und Dupont
- 30 Einigung ohne Handicap**
Der BASF-Betriebsrat fördert Schwerbehinderte. Von Andreas Schulte
- 32 Wir bestimmen mit**
Armando Dente, Aufsichtsrat bei der Lanxess AG in Köln
- 34 Demokratisch entschieden**
Verkauf oder nicht? Premium Aerotec stimmte ab. Von Carmen Molitor
- 36 Jedes Problem verdient seine eigene Lösung**
Die IG Metall stärkt die Mitbestimmung im Betrieb. Von Martin Kaluza



POLITIK UND GESELLSCHAFT

- 39 Ein Schlupfloch weniger**
Warum das SAP-Urteil des EuGH über den Einzelfall hinausweist
- 40 „Ich bin voller Hoffnung“**
Eine Altstipendiatin verfolgt die Proteste im Iran. Von Fabienne Melzer
- 42 Kunst trifft Gewerkschaft**
Das BöcklerK-Stipendium fördert junge Künstler. Von Jeannette Goddar
- 45 Starke Mitbestimmung für eine starke Demokratie**
Aktuelle Böckler-Events. Von Jeannette Goddar und Fabienne Melzer



IMMER IM HEFT ...

KOMPAKT

6 NACHRICHTEN

8 CHECK Die Zahlen hinter der Zahl

9 PRO & CONTRA Ein Thema, zwei Experten

AUS DER STIFTUNG

47 RADAR Böckler-Institute, Böckler-Projekte, Meldungen

50 WIR – DIE STIFTUNG Industrie



52

Porträt

JÜRGEN JOHANNSDOTTER war der erste Theologie-Stipendiat der Stiftung. Er hat es bis zum Bischof gebracht.

54 TERMINE Böckler-Seminare für Aufsichtsräte 2023

MEDIEN

56 BUCH Rezensionen, Tipps & Debatten

59 DAS POLITISCHE LIED Pink Floyd feat. Andriy Khlyvnyuk from BoomBox: Hey Hey Rise Up

60 DIGITAL Links, Apps & Blogs



66

RUBRIKEN

3 EDITORIAL

62 FUNDSTÜCK

64 LESERFORUM

65 IMPRESSUM/VORSCHAU

66 MEIN ARBEITSPLATZ

WAS
SONST NOCH
GESCHAH



Foto: TV-B-Gone

Einfach mal abschalten

In Paris sabotierten Klimaaktivisten Fußballfans, die in Kneipen die Weltmeisterschaft schauten: Sie schalteten die Apparate per Fernsteuerung aus. Welche Möglichkeiten hätte ich, gäbe es ein solches Gerät für meine Mitmenschen! Ich könnte den Typen abschalten, der seinen Hass über Menschen ausschüttet, auf die sowieso alle draufhauen, die Frau in der U-Bahn, die den kleinen Jungen anbrüllt, weil er an den Handschlaufen schaukelt, und den Selbstgerechten, der sich für einen besseren Menschen hält, weil er moralisch immer auf der richtigen – angesagten – Seite steht.

Dafür würde ich gerne ein paar Menschen lauter drehen: den Mann mit der Gitarre, der samstags am Marktplatz so wunderschön spielt, oder den Obdachlosen, der immer mit einem Buch vor seinem Pappbecher sitzt. Er wünscht jedem einen schönen Tag, der ihm etwas in den Becher wirft – immer freundlich und ein bisschen beschämt.



Foto: Uli Baatz

FABIENNE MELZER ist leitende Redakteurin des Magazins Mitbestimmung.

SOZIALPOLITIK

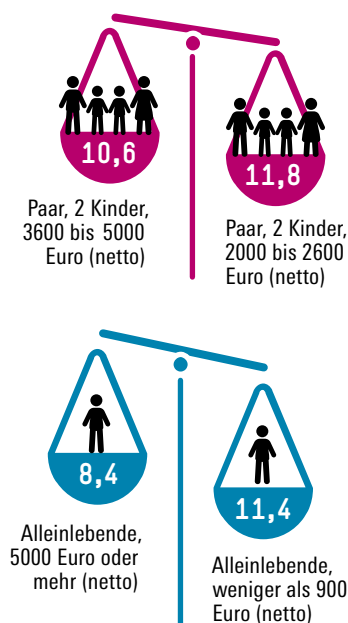
Fauler Kompromiss beim Bürgergeld

Die Gewerkschaft Verdi kritisiert den zwischen Union und der Ampel ausgehandelten Kompromiss zum Bürgergeld. CDU und CSU hatten durchgesetzt, das Schonvermögen zu reduzieren. Auch ermöglicht das Gesetz mehr Sanktionen als der Entwurf. Bettina Kohlrausch, Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung bemängelt die Streichung der weitgehend sanktionsfreien sechsmonatigen Vertrauenszeit. „Es ist bedauerlich, dass sich dieser Vorschlag, der das Vertrauen in staatliche Institutionen gestärkt hätte, nicht durchsetzen konnte“, sagt Kohlrausch. Politisches Engagement gegen Armut sei gerade jetzt in Zeiten hoher Inflation wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. ■

INFLATION

Arme tragen die größere Last

Inflationsrate in Prozent nach Haushalten:



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen IMK



Foto: picture alliance/dpa / Christophe Gateau

Luftnummer

Das Flugzeug von Egypt Air über einem Tagungsraum der Weltklimakonferenz im ägyptischen Sharm El Sheikh erscheint wie ein Menetekel. Fortschritte zum Schutz des Weltklimas sind in dem teuren Seebad an der Südspitze der Sinaihalbinsel, das mit seinen Diskotheken, Golfclubs und internationalen Hotels selbst ein Ziel des Massentourismus ist, nur schwer zu erzielen. Die Konferenz geht mit einem Minimalkonsens zu Ende. Nur wenige Länder haben ihre Selbstverpflichtung zur Reduktion von Emissionen nachgeschärft. Einziger Lichtblick: Erstmals wurde für die von Klimakatastrophen hart getroffenen ärmsten Länder ein Fonds eingerichtet. Für DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell ein positives Ergebnis ebenso wie das Bekenntnis der Konferenz zu einem sozial gerechten Wandel. „Vollkommen unverständlich“ findet er, „dass Menschen- und Arbeitnehmerrechte im Abschlussdokument nicht auftauchen.“ ■

TARIFKONFLIKT
Erfolg nach Streik in Riesa

Der fast zweimonatige Streik beim Nudelhersteller Teigwaren Riesa ist im November mit einem Erfolg der Gewerkschaft NGG zu Ende gegangen. Zentraler Punkt der Einigung mit dem Arbeitgeber ist eine Erhöhung des Stundenlohns um zwei Euro: zum Dezember um einen Euro und um jeweils 50 Cent zum Juli und Dezember nächsten Jahres.



Foto: picture alliance / ZB | Jan Woitas

Außerdem werden die rund 150 Beschäftigten eine Corona-prämie von 50 Euro monatlich bis ins Jahr 2024 erhalten. Nachdem sich die Fronten verhärtet hatten, brachte eine Moderation durch den früheren brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck und den Ex-Präsidenten des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg, Gerhard Binkert, den Durchbruch. Erst im letzten Jahr war es den Riesaer Beschäftigten gelungen, überhaupt einen Tarifvertrag durchzusetzen (Magazin Mitbestimmung 5/2021). ■

GUTACHTEN
Was für Gewerkschaften im Lieferkettengesetz steckt

Der Jahreswechsel bringt für Unternehmen neue Pflichten mit sich. Zum 1. Januar 2023 tritt das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz in Kraft. Danach müssen Unternehmen mit einer bestimmten Größe Arbeits-, Umwelt- und Menschenrechte auch entlang ihrer Lieferketten einhalten. Dem Gesetz war 2016 ein Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte vorausgegangen. Allerdings erfüllten bis 2020 laut einer Befragung nur 13 bis 18 Prozent der Firmen die Anforderungen des Aktionsplans. In einem Gutachten für das Hugo Sinzheimer Institut der Hans-Böckler-Stiftung beleuchtet Rechtswissenschaftlerin Reingard Zimmer die Möglichkeiten, die das Gesetz Gewerkschaften und Interessenvertretungen gibt. So können Gewerkschaften in Deutschland Rechte der Betroffenen geltend machen, und Betriebsräte haben Mitspracherechte bei der Umsetzung des Risikomanagements. ■

Reingard Zimmer: **Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)**. Handlungsoptionen für Mitbestimmungsakteure und Gewerkschaften. Gutachten für das Hugo Sinzheimer Institut in der Hans-Böckler-Stiftung, August 2022

6,64

**Millionen
Menschen**

in Deutschland bekommen seit Oktober mehr Geld. Sie verdienen bislang weniger als zwölf Euro pro Stunde und profitieren daher vom neuen Mindestlohn. Das entspricht 17,8 Prozent aller Beschäftigten. Die Kreise mit den meisten Mindestlohnberechtigten liegen in Thüringen, Brandenburg und Vorpommern. Die niedrigsten Anteile verzeichnen Wolfsburg, Erlangen und der Landkreis München.

*Quelle: Toralf Pusch/Eric Seils:
Mindestlohn 12 Euro.
Auswirkungen in den Kreisen.
WSI Policy Brief Nr. 72,
September 2022*

WISSEN SIE ...

... dass die deutsche Industrie aufgrund von Lieferkettenproblemen von Anfang 2021 bis Mitte 2022 Güter im Wert von knapp 64 Milliarden Euro nicht herstellen konnte? Am schwersten trafen Lieferengpässe die Autoindustrie, die dennoch hohe Gewinne verzeichnen konnte. Sie konzentrierte sich auf den Verkauf teurer Fahrzeuge. Diese Ergebnisse einer IMK-Studie zeigen, wie wichtig die Widerstandsfähigkeit von Lieferketten ist. ■

Quelle: Thomas Theobald/Peter Hohlheid: Materialengpässe setzen deutscher Automobilproduktion massiv zu. IMK Policy Brief Nr. 141, November 2022.

EINE FRAGE, HERR SEVERO


Foto: Roberto Parizotti

Was erwarten die Gewerkschaften von der Präsidentschaft Lula da Silvas?

Der Kampf gegen Armut und Hunger in Brasilien muss endlich aufgenommen werden. Die Zahl der Menschen, die nicht genug zu essen haben, stieg in den vergangenen zwei Jahren um 14 Millionen. Unsere staatlichen Einrichtungen wie das Gesundheitssystem und die öffentliche Bildung müssen wieder gestärkt werden genauso wie unsere sozialen Sicherungssysteme allgemein. Wir brauchen Arbeitsgesetze, die die Grundlage für menschenwürdige Arbeit schaffen, und ein demokratisches System der Arbeitsbeziehungen, das die gewerkschaftliche Autonomie achtet. Der Klimawandel muss gestoppt werden, und deshalb muss auch die Abholzung des Regenwalds ein Ende haben. Das alles kann ein Präsident sicher nicht in einer Amtszeit erreichen. Er kann aber die Weichen dafür stellen. ■

QUINTINO SEVERO, Stellvertreter der Sekretär für internationale Beziehungen des brasilianischen Gewerkschaftsbunds CUT

CHECK DIE ZAHLEN HINTER DER ZAHL

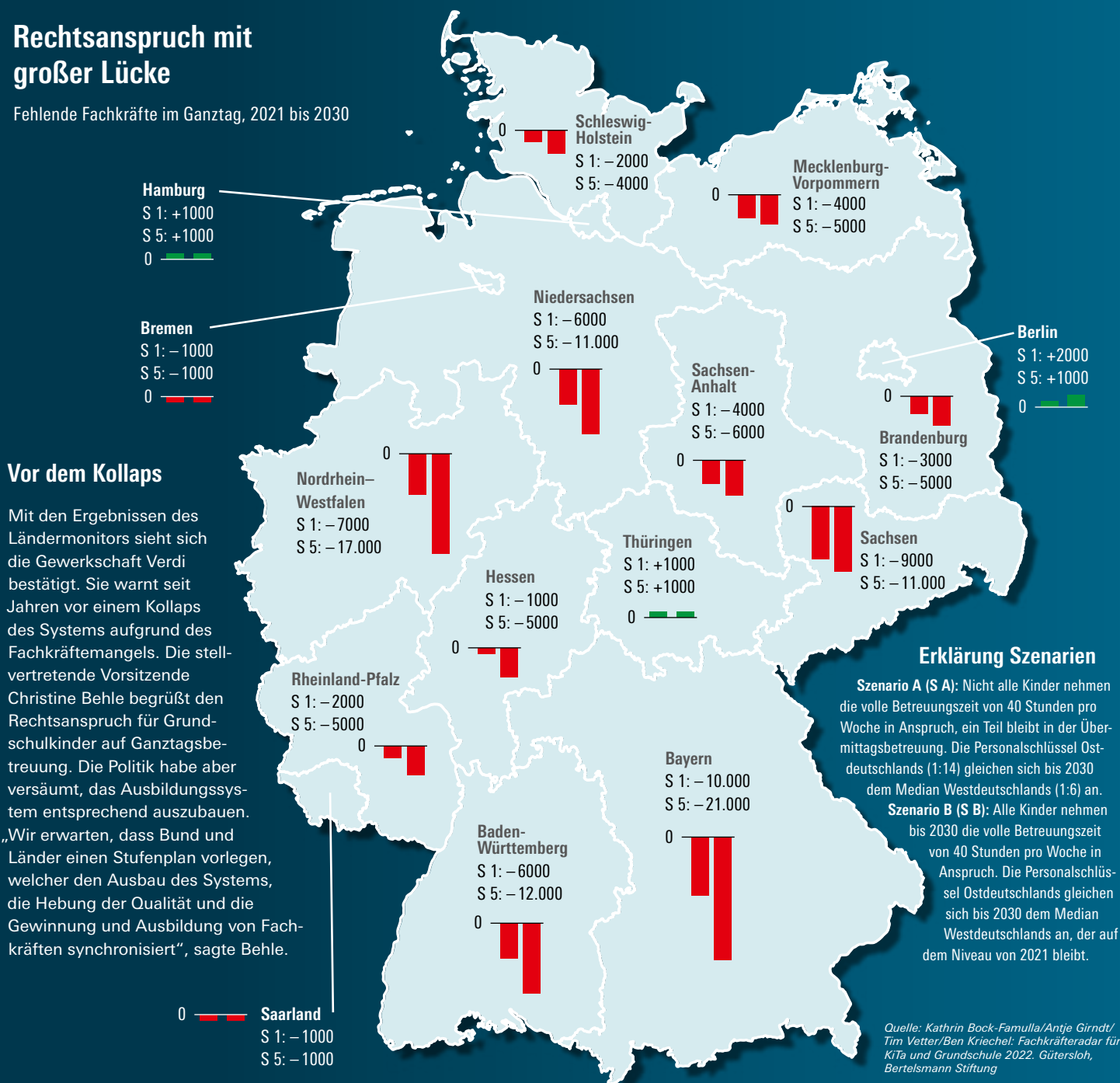
Ganztagsbetreuung ohne Fachkräfte

BILDUNG Von 2026 an haben Grundschulkinder einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Doch es braucht wesentlich mehr Personal, um ihn zu gewährleisten. Verschiedene Szenarien des aktuellen Ländermonitors zeigen: Bis 2030 könnten bis zu 100 000 Fachkräfte fehlen.

Von Fabienne Melzer

Rechtsanspruch mit großer Lücke

Fehlende Fachkräfte im Ganztag, 2021 bis 2030



Vor dem Kollaps

Mit den Ergebnissen des Ländermonitors sieht sich die Gewerkschaft Verdi bestätigt. Sie warnt seit Jahren vor einem Kollaps des Systems aufgrund des Fachkräftemangels. Die stellvertretende Vorsitzende Christine Behle begrüßt den Rechtsanspruch für Grundschulkinder auf Ganztagsbetreuung. Die Politik habe aber versäumt, das Ausbildungssystem entsprechend auszubauen. „Wir erwarten, dass Bund und Länder einen Stufenplan vorlegen, welcher den Ausbau des Systems, die Hebung der Qualität und die Gewinnung und Ausbildung von Fachkräften synchronisiert“, sagte Behle.

Erklärung Szenarien

Szenario A (S A): Nicht alle Kinder nehmen die volle Betreuungszeit von 40 Stunden pro Woche in Anspruch, ein Teil bleibt in der Übermittagsbetreuung. Die Personalschlüssel Ostdeutschlands (1:14) gleichen sich bis 2030 dem Median Westdeutschlands (1:6) an.

Szenario B (S B): Alle Kinder nehmen bis 2030 die volle Betreuungszeit von 40 Stunden pro Woche in Anspruch. Die Personalschlüssel Ostdeutschlands gleichen sich bis 2030 dem Median Westdeutschlands an, der auf dem Niveau von 2021 bleibt.

Quelle: Kathrin Bock-Famulla/Antje Girndt/Tim Vetter/Ben Krieche: Fachkräftespiegel für KiTa und Grundschule 2022. Gütersloh, Bertelsmann Stiftung

Brauchen wir eine soziale Pflichtzeit?

Foto: Bundespräsidialamt



JA.

Millionen Menschen in unserem Land kümmern sich täglich um ihre Kinder, um alte oder kranke Verwandte, um Freunde oder Kollegen. Millionen sind im Ehrenamt oder als freiwillige Helferinnen und Helfer für andere da, und das zumeist neben dem Beruf und der Familie. Aber es gibt auch Anzeichen dafür, dass das bürgerschaftliche Engagement, das Rückgrat unseres Gemeinwesens, mancherorts schwächer wird. Mein Eindruck ist, dass es in unserem Land an Begegnung und Austausch mangelt – zwischen Jungen und Alten, Armen und Reichen, Ost- und Westdeutschen, zwischen Städtern und Landbewohnern, zwischen hier Geborenen und Zugewanderten.

Wir brauchen Ideen, wie es gelingen kann, dass mehr Menschen mindestens einmal in ihrem Leben eine Zeit lang aus ihrem gewohnten Umfeld herauskommen und sich den Sorgen ganz anderer widmen. Daher habe ich eine Debatte über eine soziale Pflichtzeit angeregt. Eine solche Pflichtzeit muss kein ganzes Jahr dauern, sie kann kürzer sein oder auf mehrere Lebensabschnitte verteilt werden. Man könnte den Dienst in sozialen Einrichtungen, in der Flüchtlingshilfe, in der Umwelt- und Klimaarbeit, im Katastrophenschutz oder auch bei der Bundeswehr leisten.

Mir war von vornherein sehr klar, dass mein Vorschlag nicht nur Begeisterung hervorrufen würde. Aber mir ist wichtig, dass wir die Debatte über unser Engagement für das gemeinsame Ganze nicht nur beginnen, sondern fortsetzen. Und mir ist vor allen Dingen wichtig, dass diese Debatte jetzt nicht wieder im Nichts endet. ■

FRANK-WALTER STEINMEIER ist Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.

Foto: Verdi



NEIN.

Einen Pflichtdienst für junge Menschen lehne ich ab. Die Debatte ist irritierend, denn sie wird von denjenigen geführt, die dieser Generation längst entwachsen sind. Ich setze auf Freiwilligkeit statt Zwang.

Die bestehenden Freiwilligendienste sind eine wichtige Einrichtung. Sie ermöglichen jungen Menschen, sich während Übergangsphasen zwischen Schule und Ausbildung beziehungsweise Studium zu orientieren und sich für das Gemeinwohl zu engagieren – freiwillig. Das Interesse daran ist groß. Bundesweit und vor allem im urbanen Raum gibt es, außerhalb der Alten- und Behindertenhilfe, mehr Freiwillige als Plätze. Richtig ist es deshalb, das Angebot auszubauen. Freiwilligendienste sind richtigerweise arbeitsmarktnneutral konzipiert, sodass sie keine Fachkräfte oder Ausbildungsstellen ersetzen oder Personalengpässe abfedern. Aber bereits heute verlaufen in der Praxis die Grenzen fließend. Freiwilligendienstleistende übernehmen teilweise oder zeitweise Aufgaben von professionellen Fachkräften in der Alten- und Krankenpflege oder Kindertagesbetreuung. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels ist dies leider auch nicht überraschend.

Mit einem neuen Pflichtdienst würden motivierte, aber eben auch vermutlich unmotivierte Pflichtdienstleistende die Arbeit in Bereichen der Pflege, der sozialen Arbeit und der Erziehung übernehmen. Das ist keine Lösung – ein Gegensteuern beim Personalmangel in diesem Bereich kann nur mit Guter Arbeit, Tarifbindung und Mitbestimmung gelingen. ■

FRANK WERNEKE ist Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft Verdi.



Und Ihre Meinung? Was halten Sie davon? Schreiben Sie an redaktion@boeckler.de



Stahlproduktion bei
ArcelorMittal in Hamburg:
Wie lange noch?



„WIR WERDEN NICHT ALLES HALTEN KÖNNEN“

INDUSTRIE Die hohen Preise für Strom und Gas bedrohen die energieintensiven Industrien in der Substanz. Erste Stilllegungen sind die Folge. Eine Debatte, welche Produktionen im Land bleiben sollen, ist überfällig.

Von Kay Meiners und Andreas Molitor

Wenn Rolf Langhard vom Parkplatz des Rheinwerks im nordrhein-westfälischen Neuss aus nach Südwesten schaut, sieht er auch an Tagen mit strahlend blauem Himmel in der Ferne dicke Wolkenberge – Wasserdampf von den gewaltigen Kühltürmen des Braunkohlkraftwerks im 20 Kilometer entfernten Neurath. „Unser Wolkenmacher“, scherzt der Betriebsratsvorsitzende der Aluminiumhütte. In dem Kraftwerksboliden, 1972 ans Netz gegangen, verheizt der Stromriese RWE Braunkohle aus dem konzerneigenen Tagebau Hambach und erzeugt daraus Strom – zu traumselig günstigen Kosten.

Das zum Aluminiumspezialisten Speira gehörende Rheinwerk wiederum benötigt Strom in rauen Mengen. In dem Neusser Werk wird aus dem Erz Bauxit in mehreren Schritten Aluminium gewonnen. Finaler Schritt ist das Erschmelzen des Rohaluminiums aus Aluminiumoxid in langen Reihen großer Öfen. Aluminium ist leicht, praktisch, fast unverwüstlich und – auf lange Sicht – unschlagbar in seiner Energiebilanz. Anders als Stahl oder Kunststoff ist es fast unbegrenzt wiederverwertbar, und mit jeder neuen Verwendung verbessert sich seine Ökobilanz. Allerdings birgt die Herstellung ein gravierendes Problem: Sie verschlingt gigantische Mengen Elektrizität. ►

► Die Elektrolyseöfen verbrauchen 14 bis 15 Megawattstunden Strom für die Produktion einer Tonne Aluminium – damit kann ein 300-Liter-Kühlschrank mehr als 80 Jahre lang kühlen.

Den preiswert erzeugten Strom aus dem Neurather Kraftwerk könnten die Neusser Aluminiumschmelzer gut gebrauchen. Doch RWE verkauft seinen Braunkohlenstrom nicht zu Erzeugerpreisen ans Rheinwerk, sondern zu aktuellen Marktpreisen am Spotmarkt. Und die sind seit dem Ausbruch des Ukrainekriegs in schwindelnde Höhen geschneit. Nicht zuletzt dank der auf Volllast laufenden alten Braunkohlenmeiler fuhr RWE im ersten Halbjahr 2022 einen Gewinn von 2,8 Milliarden Euro ein, eine Milliarde mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Damit wäre der Essener Konzern ein sicherer Kandidat für die Übergewinnsteuer – genauso allerdings die Betreiber von Windparks und Solarkraftwerken.

Für die Arbeitsplätze an den Schmelzöfen des Rheinwerks dagegen sind hohe Strompreise existenzbedrohend. Schon vor dem Ukrainekrieg schwebten die im Vergleich zum Ausland deutlich höheren Energiekosten wie ein Damoklesschwert über dem Werk. Bis Anfang 2025 kann die Hütte noch mit alten, vor sieben Jahren zu Preisen von knapp unter fünf Cent pro Kilowattstunde eingekauften Stromkontingenten wirtschaften. Auch mit einem Strompreis von sechs oder sieben Cent könnte das Werk kostendeckend arbeiten, sagt Rolf Langhard – aber auf keinen Fall mit den Konditionen der jetzt beschlossenen Strompreismbremse, also mit 13 Cent für 70 Prozent der bisher verbrauchten Strommenge. Bei diesem Preis würde allein der Strom zur Erzeugung einer Tonne Aluminium deutlich mehr kosten als der Erlös aus dem Verkauf des Metalls. Der Betriebsratsvorsitzende kann seinen Rheinwerkern derzeit nichts versprechen, nicht mal fünf Jahre Gnadenfrist. Fest steht nur: „Wenn wir bis Anfang 2025 keinen bezahlbaren Industriestrom haben, gehen hier die Öfen aus und werden nie wieder hochgefahren.“

Stromhandel rettet die Bilanz

In seiner Not hat das Speira-Management jetzt einen Teil des alten Stromkontingents mit hohem Gewinn am Spotmarkt verkauft, „zu einem

Preis, der beim Zehn- bis Fünfzehnfachen der Einnahmen liegt, die sich erzielen lassen, wenn wir mit dem Strom Aluminium erzeugen“, erklärt Langhard. Das bringt Geld in die Kasse und sichert für eine Zeit lang das Überleben der Hütte, aber es verkürzt ihre Restlebensdauer. Weil weniger Strom für die Produktion zur Verfügung

In seiner Not hat das Speira-Management jetzt einen Teil des alten Stromkontingents mit hohem Gewinn am Spotmarkt verkauft.

steht, wurden ab Anfang Oktober die Hälfte der Elektrolyseöfen heruntergefahren und 125 Jobs gestrichen. Gute, tarifgebundene Arbeitsplätze gehen verloren. „Unsere Schichtarbeiter leisten harte, gut bezahlte Arbeit“, erzählt Langhard. „3000 bis 3500 Euro netto – wo sollen sie denn so was noch mal herkriegern?“

Nicht besser als das Rheinwerk sind die anderen drei Aluminiumhütten in Deutschland dran, die alle zur Essener Trimet Aluminium SE gehören. Selbst Michael Vassiliadis, der in der Vergangenheit stets für die Arbeitsplätze in der Alu-Branche gekämpft hat, sorgt sich um die Zukunft dieser Industrie. „Wir müssen einiges tun, damit wir in zehn Jahren in Deutschland noch Aluminium herstellen werden“, sagt der IG BCE-Vorsitzende.

Es trifft auch andere Industrien

Bedrohlich eng wird es aber nicht nur für die Aluminiumhersteller. Auch in anderen energieintensiven Industriezweigen, einem Großteil der Chemiebranche sowie bei Glas, Papier, Zink und Stahl, herrscht Alarmstimmung. Derzeit vergeht kaum eine Woche ohne Meldungen über Produktionskürzungen, Anlagenstilllegungen oder auf Eis gelegte Investitionsvorhaben in diesen Branchen, die in Deutschland fast 900 000 Menschen beschäftigen. So hat die Zinkhütte im niedersächsischen Nordenham ihre Produktion Anfang November für ein Jahr komplett einge-

Foto: Karsten Schöne



stellt. Hauptabnehmer des Zinks ist die Stahlindustrie – und die ist ebenfalls voll im Krisenmodus. An drei von vier deutschen Standorten von ArcelorMittal gibt es bereits Kurzarbeit. Im Hamburger Werk des Konzerns wurde wegen der hohen Energiepreise kürzlich eine mit Gas befeuerte Pilotanlage zur Direktreduktion von Eisenerz, ein wichtiger Baustein für die Erzeugung „grünen“ Stahls, außer Betrieb genommen. Die Stahlproduktion wird ergrünen, aber womöglich nicht in Deutschland, sondern in Ländern, wo grüner Wasserstoff preiswert und in Hülle und Fülle zur Verfügung steht: in Skandinavien, in Nordafrika und den Golfstaaten. Der Energiepreisschock und die Rezessionsangst haben sich, so Michael Vassiliadis, „mittlerweile schon durch die Wertschöpfungsketten gefressen“. Er kenne etliche Unternehmen „mit vollen Auftragsbüchern, aber derart hohen Energiekosten, dass sie die Produktion lieber zurückfahren oder ganz einstellen“. Wenn deren Lieferungen dann andernorts fehlen, beispielsweise in der Autoindustrie, komme es dort zu Preissteigerungen und weiteren Produktionsausfällen. In der Sta-

tistik schlägt all dies schon durch. Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine ist die Gesamtproduktion der energieintensiven Branchen um mehr als zehn Prozent geschrumpft – einer der Gründe, warum die Bundesregierung im Winterhalbjahr 2022/23 eine „rückläufige Entwicklung“ erwartet, sprich eine Rezession. Im Schnitt dauerte eine Rezession in der Bundesrepublik je nach Definition drei bis vier Vierteljahre. Das zeigt die Forschung des Ökonomen Ullrich Heilemann. Am längsten dauerte, mit fünf Vierteljahre, die erste Ölkrise 1973/74. Das Vorkrisenniveau wird meist allerdings erst ein weiteres Jahr nach Ende der Rezession erreicht und „bei der Arbeitslosigkeit in der Regel erst sehr viel später“. Dazu kommt, dass politische Interventionen meist zu spät kommen, um optimal zu wirken. „Eine aktuelle Rezession könnte man am ehesten mit den Energiepreisrezessionen der 1970er Jahre vergleichen“, sagt Heilemann. Aber einiges sei jetzt anders: „Früher haben die Saudis das Geld, das sie für ihr Öl bekamen, rasch in Nachfrage nach deutschen Produkten umgesetzt.“ Aber jetzt sind die Aussichten für die Weltwirtschaft ►

Genau hingeschaut

Kay Kürschner, Benedikt Schreiter, Sebastian Schwidder und Jale Wohler: **Branchenanalyse Aluminium.** Strukturen, Trends und Herausforderungen. Working Paper Forschungsförderung Nr. 230. Düsseldorf, Oktober 2021 bit.ly/3EZYrge

Elektrolyseöfen für die Aluminiumherzeugung in Neuss (l.); Betriebsratschef Rolf Langhard (r.): „Die Hälfte der Öfen ist schon heruntergefahren.“



Foto: Karsten Schöne





Foto: picture alliance/dpa (Sina Schultdt)

Neubau des ersten deutschen Flüssiggas-Terminals in Wilhelmshaven: Anschaffung und Unterhalt aller schwimmenden Terminals kosten Deutschland jetzt rund 6,6 Milliarden Euro, doppelt so viel wie geplant.

► insgesamt eher trüb, die Welt spaltet sich wieder stärker in Blöcke, und die Energielieferanten haben offenbar weniger Importhunger als früher. Das führt laut Heilemann dazu, „dass uns dieses Mal die Exporte nicht so schnell aus der Rezession heraushelfen werden“. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung prognostizierte bereits Ende September ein Minuswachstum von einem Prozent. Die Bundesregierung ist etwas optimistischer und prognostiziert einen Rückgang um 0,4 Prozent. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen und das Konsumklima liegen auf Tiefständen, die Inflationsrate wird voraussichtlich weiter über sieben Prozent liegen, die Arbeitslosenquote konstant bei unter sechs Prozent.

200 Milliarden sollen es richten

Die Regierung steuert nach Kräften gegen die Rezessionsgefahr. Insgesamt 200 Milliarden Euro sollen den Energienotstand lindern und die Preise für Gas und Strom auf ein erträgliches Niveau drücken. Für die Industrie bedeutet das einen Gaspreis von 7,5 Cent und einen Strompreis von 13 Cent pro Kilowattstunde – jeweils

für 70 Prozent des Verbrauchs von 2021. Die Gaspreiskommission habe „insgesamt sehr gute Vorschläge gemacht“, um die Konjunktur zu stützen, die Inflation zu dämpfen und Anreize zum Sparen zu erhalten, schreiben die Ökonomen Sebastian Dullien und Jan-Erik Thie der Hans-Böckler-Stiftung in einem gemeinsam mit der Wirtschaftswissenschaftlerin Isabella Weber verfassten Papier.

Allerdings stören die IMK-Forscher sich daran, dass die Gaspreisbremse auch schädliche Anreize setzt, weil Unternehmen das subventionierte Gas auch vollständig „am Markt verwerten“ dürfen. Das berge die Gefahr, dass die Gaspreisbremse als „Winterschlafprämie“ missbraucht werde. Firmen könnten ihre Produktion stilllegen und mit dem subventionierten Gas handeln, so, wie es die Neusser Aluminiumkocher mit dem günstigen Strom aus ihrem Altvertrag machen. Dies wiederum würde den wirtschaftlichen Abschwung noch beschleunigen. Sinnvoller sei es, nur Gas zu subventionieren, das auch wirklich in der Produktion eingesetzt wird.

Während die energieintensive Industrie zu den Verlierern der Energiekrise zählt, gehört ein

erheblicher Teil der Energiebranche selbst zu den Gewinnen – so wie RWE, wo man den vergleichsweise günstig erzeugten Strom nun mit enormem Aufschlag verkaufen kann. Zwar wird RWE-Vorstandschef Markus Krebber nicht müde, zu betonen, wie weit der Konzern auf dem Weg vom Kohleverstromer zum „grünen“ Energiekonzern vorangekommen sei. Fünf Milliarden Euro investiere das Unternehmen in diesem Jahr in den Ausbau erneuerbarer Energien. Ein Blick ins

Der Weg durch die kommenden Monate scheint gesichert. Aber die bange Frage lautet: Wie wird es danach weitergehen?

Internet belegt allerdings, dass die alten Braunkohlenmeiler zumindest derzeit mit Abstand am meisten zur jüngsten Gewinnexplosion des Unternehmens beitragen. Dort kann man RWE nämlich beim Stromerzeugen quasi zuschauen.

Auf einer digitalen Karte veröffentlicht der Konzern die realen Erzeugungsdaten seiner deutschen Standorte. An einem Nachmittag im November etwa zeigt sie für die Braunkohle eine stündliche Stromerzeugung von 6236 Megawatt an, bei Windanlagen 750 und bei Wasserkraft 150 Megawatt. Alles hochprofitabel. In seinen Tagebauen darf der Konzern bis 2030 weiterbagern, so lange reicht die Braunkohle, die anschließend in den längst abgeschriebenen Kraftwerken des Unternehmens verbrannt wird. Das sind noch ein paar fette Jahre.

Das „New Normal“ ist ein Risiko

Bislang richtete sich der Blick auf die bange Frage, ob und wie das Land durch den Winter kommt. Michael Vassiliadis findet diese Fokussierung auf die nächsten Monate „fast ein bisschen überzogen“. Die Hilfen des Bundes sind unterwegs, die Speicher proppenvoll mit teuer eingekauftem Gas, die Wirtschaft hat ihren Gasverbrauch seit Jahresbeginn schon um rund 20

Prozent reduziert. „Die meisten Unternehmen sterben nicht von heute auf morgen.“ Der Weg durch die kommenden Monate ist einigermaßen gesichert. Außerdem deuten die Prognosen der Wirtschaftsforscher fast übereinstimmend auf einen vermutlich nicht allzu harten und langen Rezessionsverlauf hin.

Viel mehr Sorgen macht sich Vassiliadis, dessen Gewerkschaft die Beschäftigten fast aller energieintensiven Industrien außer dem Stahl unter ihrem Dach vereint, um die Zeit danach: „Wenn wir nicht ausreichend Gas sparen, könnte der Winter von 2023 auf 2024 sehr hart werden, weil wir möglicherweise nicht genug Gas haben.“ Dass es beim Gas im nächsten Jahr Engpässe geben könnte, befürchtet auch Fatih Birol, der Leiter der Internationalen Energieagentur. Schwierig werde es vor allem, wenn China seine Covidbeschränkungen aufhebt und damit den Wettbewerb um das verfügbare Gas, vor allem LNG, das mit Tank Schiffen geliefert wird, noch weiter anheizt. Zudem fehlen in Deutschland bislang LNG-Terminals. In Wilhelmshaven ist das erste gerade fertig geworden, weitere sind im Bau.

Selbst wenn der Konjunkturerinbruch nicht so arg wird, es bleibt das Problem dauerhaft höherer Energiepreise. Eine Rückkehr zu Industriestrompreisen von vier Cent pro Kilowattstunde erscheint auch langfristig ausgeschlossen. Beim Gas wiederum rechnet BASF-Chef Martin Brudermüller dauerhaft mit Preisen, die dreimal so hoch sind wie in den USA. „Gerade für die energieintensiven Unternehmen könnte das ‚New Normal‘ der Energiepreise kritisch werden“, sagt Michael Vassiliadis. „Wir landen dann auf einem Niveau, bei dem nicht klar ist, ob wir Teile unserer industriellen Wertschöpfungskette halten können.“

Das Gespenst der Deindustrialisierung geht um. Es ist viel bedrohlicher als die derzeitige Talsohle, die in zwei, drei Quartalen durchschritten sein dürfte. „Bleiben die deutschen Energiepreise auf dem derzeitigen Niveau, dann werden wir erleben, dass reihenweise Betriebe in deutschen Schlüsselindustrien schließen“, warnte jüngst Matthias Zachert, der Vorstandschef des Spezialchemie-Konzerns Lanxess.

Droht ein schleichender Exodus ganzer Branchen, so wie er sich bei der Aluminium- ►

Blick in die Zukunft

André Küster-Simić, Janek Schönfeldt: **H2-Transformation der Stahlindustrie und des Energieanlagenbaus.** Working Paper Forschungsförderung, Nr. 260, Düsseldorf November 2022. bit.ly/3OPBpvR

”

Ich weiß nicht, ob wir in zehn Jahren in Deutschland noch Aluminium herstellen werden.“

MICHAEL VASSILIADIS, Vorsitzender der Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie



Foto: picture alliance/dpa (Werner Baum)

► erzeugung abzeichnet? Selbst ein klugerstratege wie Michael Vassiliadis lässt Skepsis anklingen. „Ich beteilige mich nicht an Spekulationen, welche Industrien wir noch wie lange haben“, sagt er. „Aber wir werden nicht alles halten können.“

Manche würden gerne abschalten

Der eine oder andere dürfte bei dieser Aussicht sogar frohlocken. Manche sehen Aluhütten und Chemiewerke primär als Stromfresser und CO₂-Schleudern, die man schnell sterben lassen soll. Versorgen kann man sich schließlich am Weltmarkt. „Es gibt Kräfte in der Politik, die meinen, so etwas wie die Aluminiumindustrie gehöre nicht nach Deutschland“, bestätigt Vassiliadis. In der Gaspreiskommission beispielsweise habe er Leute erlebt, „die gesagt haben: Was soll das mit dem Gas sparen? Wir schalten die Industrie einfach ab.“ Aber wozu würde ein Exodus führen? Wenn beispielsweise neue Aluhütten in China, schon heute mit riesigem Abstand größter Aluminiumproduzent der Welt, errichtet werden, entstehen dort neue Arbeitsplätze – natürlich nicht mitbestimmt und tarifgebunden wie jene in der Neusser Rheinhütte. Zudem setzt China

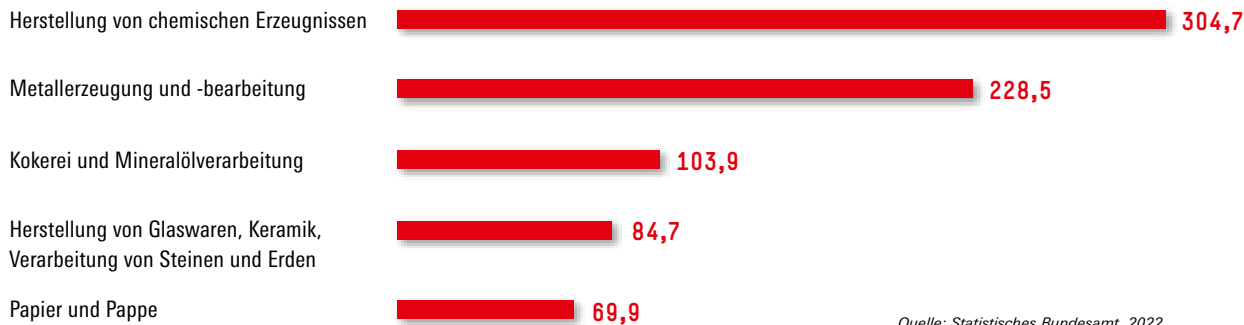
Vergangenheit trifft Zukunft:
RWE-Braunkohlekraftwerk
Neurath; im Vordergrund
ein Tagebaubagger und
Windkraftanlagen

Foto: picture alliance/ap (Michael Probst)



Wer verbraucht am meisten Strom und Gas?

Industrieller Energieverbrauch nach Branchen, 2020, in Mrd. Kilowattstunden



bei seiner Energieversorgung in den nächsten Jahren noch einmal voll auf Kohle. Mehr als 200 neue Kohlekraftwerke sind im Bau. Wandert die Aluminiumherstellung aus Deutschland ab, verringert sich zwar hierzulande der CO₂-Ausstoß, aber nur, weil wir die Emissionen nach China verschieben.

Kein Fortschritt fürs Weltklima, sondern ein Rückschritt. Ein Verzicht auf weite Teile der Grundstoffindustrie würde Deutschland zudem in neue Abhängigkeiten stürzen und politisch erpressbar machen. Die Zeiten, in denen die Kosten den alleinigen Ausschlag bei Standortentscheidungen und beim Rohstoffbezug gaben, sind vorbei – das ist die Lehre aus dem Desaster ums russische Erdgas. Außerdem, warnt Michael Vassiliadis, nähme „unser fein gesponnenes industrielles Innovations- und Effizienznetz großen Schaden. Mit jedem zerschnittenen Faden sinkt der Nutzen dieses Netzwerks“.

Vassiliadis will für die Arbeitsplätze in den energieintensiven Branchen kämpfen. Ein Patentrezept für auskömmliche Strompreise kann auch er nicht vorweisen. Der Ausbau der Erneuerbaren zieht sich hin, vor allem der Ausbau der Netzinfrastuktur hinkt hinterher. Eine erneute Laufzeitverlängerung für die letzten drei Atommeiler ist mit dem Machtwort von Bundeskanzler Scholz endgültig vom Tisch. Und noch einmal mit Russland ins Gasgeschäft zu kommen, erscheint erst recht undenkbar. Auf derart vage Gedankenspiele baut kein Vorstandschef.

Einen erneuten Subventions-Kraftakt wie den 200-Milliarden-„Doppelwumms“ wird Deutschland sich nicht leisten können. IMK-Direktor Dullien sagt: „Um mittel- und langfristig eine bezahlbare Energieversorgung sicherzustellen, muss massiv der Ausbau der erneuerbaren Energien gefördert werden.“ Bei erfolgreicher Dekarbonisierung „dürften die Energiekosten in Deutschland wieder deutlich niedriger sein als heute“.

Aber bis dahin? Michael Vassiliadis denkt darüber nach, künftige Finanzspritzen – ganz ohne werde es nicht gehen – zielgenauer einzusetzen als bei der Strom- und Gasprelsbremse. „Wir könnten die energieintensiven Industrien bevorzugt mit subventionierten Kontingenten regenerativer Energie versorgen“, schlägt er vor. Die bekämen den grünen Strom also zuerst und zu vertretbaren Preisen. „Aber dazu“, schließt er, „müssen wir erst die Grundfrage klären, ob wir diese Industrien in Deutschland möglichst schnell loswerden oder weiter haben wollen.“

Ein Verzicht auf weite Teile der Grundstoffindustrie würde Deutschland in neue Abhängigkeiten stürzen und politisch erpressbar machen.

„Weil es um die Zukunft dieses Landes geht“

STANDORT DEUTSCHLAND Im Mai übernahm Yasmin Fahimi den Vorsitz des Deutschen Gewerkschaftsbunds. Ein Gespräch über den Ernst der Lage und darüber, warum Gewerkschaften gerade jetzt gefordert sind.

Das Gespräch führten **Kay Meiners** und **Fabienne Melzer** – Fotos **Dominik Butzmann**



Gab es schon einmal schwierigere Zeiten für eine DGB-Vorsitzende?

Eine solch überkomplexe Herausforderung wie aktuell hat es sicherlich in der Geschichte der Gewerkschaften nicht allzu häufig gegeben. Wir müssen nicht nur Krisenmanagement betreiben, sondern gleichzeitig den Strukturwandel voranbringen und dabei die Weichen stellen für eine stabile und nachhaltige Wirtschaft mit guten Arbeitsplätzen.

Können Sie sich an etwas Vergleichbares erinnern?

Jede Zeit hat ihre eigenen Herausforderungen und braucht ihre eigenen Antworten. Unser großer Vorteil in Deutschland ist, dass wir immer noch enorme Potenziale haben. Wir müssen jetzt nur schauen, dass wir diese Potenziale richtig nutzen.

Auslöser des aktuellen Energiepreisschocks ist der russische Angriff auf die Ukraine. Unser Eindruck ist, dass die Gewerkschaftsmitglieder in sehr unterschiedliche Richtungen wollen. Wie geht der DGB damit um?

”

Die Zukunftsfähigkeit unserer Industrie wird davon abhängen, ob und wann wir wettbewerbsfähige Strompreise sicherstellen können.“

Wir sind uns völlig einig: Der russische Angriffskrieg ist ohne Einschränkungen zu verurteilen. Die weiteren politischen Schlussfolgerungen wollen aber genau geklärt sein. Wir haben auf dem ordentlichen DGB-Bundeskongress im Mai einen Antrag beschlossen, der die Ambivalenzen zwischen Friedenspolitik und Verteidigungsauftrag aufgreift. Damit ist die Debatte aber nicht abgeschlossen. Deswegen lehnen wir auch jegliche Form militärischer Konfrontation oder auch nur Bedrohung ab. Gleichzeitig sehen wir uns mit einem Aggressor konfrontiert, der mit militärischer Gewalt seine territorialen Interessen durchsetzen will. Und wir reden hier von einem Aggressor, der eine atomare Weltmacht darstellt.

Was bedeutet das konkret?

Wir können uns nicht vor der Frage drücken, wie man in einer solchen Welt für Sicherheit sorgen kann und wie wir uns für einen Verteidigungsfall aufstellen müssen. Doch aktuell gerät eine Frage in der Diskussion zu sehr ins Hintertreffen: Welche Art der Zusammenarbeit, welche Art der Friedensprävention, welche Initiative der Rüs-



tungskontrolle braucht es jetzt trotz alledem, um nicht noch weitere Auseinandersetzungen in der Welt zu provozieren?

Wie groß ist Ihre Sorge, dass die aktuelle Krise die Basis unseres Wohlstands gefährdet?

Die hohen Energiekosten stellen die Wirtschaft und insbesondere die Industrie vor große Herausforderungen. Die Gasbrücke in das Zeitalter der erneuerbaren Energien funktioniert so nicht mehr; der Umbau muss jetzt schneller erfolgen. Gleichzeitig bewegen wir uns auf eine Rezession zu. Insofern ist die Lage schon bedrohlich. Und machen wir uns nichts vor: Die USA nutzen diese Zeit, um Investitionen und Kapital anzulocken. Insofern müssen wir uns schon anstrengen, um zu beweisen, dass Europa und Deutschland nach wie vor attraktive Industriestandorte sind – und zwar mit guten Arbeitsplätzen. Also wann, wenn nicht jetzt, sind Gewerkschaften gefragt, um genau das mitzugestalten?

Gibt es bereits Abwanderungen von Unternehmen oder Überlegungen dazu?

”

Damit die Menschen sicher durch den Winter kommen, sind jetzt praktikable und schnell wirkende Lösungen wichtig.“

Die Zukunftsfähigkeit unserer Industrie wird davon abhängen, ob und wann wir wettbewerbsfähige Strompreise sicherstellen können. Diese Konkurrenz gibt es schon länger. Sie spitzt sich nun aber zu. Daher ist es jetzt besonders wichtig, keinen weiteren Abwanderungsgrund etwa durch Fachkräftemangel zu schaffen. Es hat den Standort Deutschland immer stark gemacht, dass wir neben der akademischen eine duale Ausbildung haben. Ebenso ist eine funktionsfähige Infrastruktur wichtig. Diese Standortfaktoren dürfen wir nicht verlieren.

Bei der Erhaltung der Infrastruktur gibt es allerdings seit Jahren einen riesigen Investitionsstau. Um diesen Standortfaktor zu erhalten, muss dringend investiert werden. Ist das alles gleichzeitig leistbar?

Es muss leistbar sein, weil es um die Zukunft dieses Landes geht. Wir müssen eine Wirtschaftsstruktur für zukünftige Generationen sicherstellen. Deutschland ist nach wie vor eines der kreditwürdigsten Länder der Welt. Wir haben auch nach wie vor im internationalen Vergleich eine akzeptable Haushaltsverschuldung. Insofern ist das Gerede um ein Festhalten an der Schuldenbremse nichts anderes als eine Bremse unserer Zukunftsfähigkeit.

Sind mehr Schulden die Lösung?

Nein, nicht zwangsläufig. Wir müssen auch das brach liegende Kapital in Deutschland besser mobilisieren, die Umverteilung von Vermögen sicherstellen und es für das Gemeinwohl einsetzen. Dazu gehört eine gerechte Erbschaftssteuer ebenso wie die Vermögenssteuer, die wieder eingeführt werden sollte. Und ich bin mir sicher, dass auch Superreiche mehr zum Gemeinwesen beitragen können – es ist Zeit für eine Vermögensabgabe. Die vor uns liegenden Aufgaben müssen mit Mut angepackt werden. Dazu sind wir bereit. Uns ist wichtig, dass nicht über die Köpfe der Beschäftigten hinweg entschieden wird, sondern mit ihnen gemeinsam Vereinbarungen für Zukunftsinvestitionen, für Standortsicherung und für gute Löhne getroffen werden. ►

► **Sind Sie zuversichtlich, dass die Tarifpolitik diese hohe Inflation ausgleichen kann?**

Das entscheiden unsere Mitgliedsgewerkschaften. Aber: Wir haben immer verantwortungsvolle Tarifpolitik gemacht. Warum sollte das jetzt anders sein? Etliche große Unternehmen haben in diesem Jahr Rekorddividenden ausgeschüttet. Es gibt also nicht unmittelbar einen Grund für Lohnzurückhaltung. Klar ist aber auch, dass die Tarifpolitik die Kriegsfolgen, also die extremen Teuerungsraten und Belastungen, nicht allein schultern kann. Politische Maßnahmen und die Tarifpolitik müssen hier ineinandergreifen.

”

Es braucht Anreize, privates Kapital wieder hier und nicht woanders in der Welt zu investieren.“



Welche politischen Maßnahmen sollen die Beschäftigten schützen? Immerhin plant jedes vierte Unternehmen laut einer ifo-Umfrage Entlassungen.

Das Kurzarbeitergeld ist sehr wichtig. Die Idee ist ja, dass vorübergehende Rückgänge bei der Auftragslage abgefedert werden und so Beschäftigung gesichert wird. Aber wenn Unternehmen die hohen Energiepreise nicht mehr weitergeben können oder dadurch Kunden wegbrechen und die Nachfrage zurückgeht, greift das bisherige Kurzarbeitergeld zu kurz. Daher tauschen wir uns gerade mit der Bundesregierung über neue Instrumente für solche Fälle aus. Aber natürlich darf es keine Mitnahmeeffekte geben. Deshalb müssen neue Hilfen für die Unternehmen an entsprechende Beschäftigungsvereinbarungen gebunden sein, die mit den Gewerkschaften zu treffen sind.

Sind die Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise sozial ausgewogen?

Damit die Menschen sicher durch den Winter kommen, sind jetzt praktikable und schnell wirkende Lösungen wichtig. Die Gassubventionierung, die jetzt kommt und die im Wesentlichen auf unserem Vorschlag basiert, ist so eine Lösung. Ich habe trotzdem große Sympathie dafür, Mindestabsicherungen gegen Mitnahmeeffekte und für soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Und die gibt es durchaus: Die Abschlagszahlung im Dezember muss ab einem Einkommen von 75.000 Euro versteuert werden. Es gibt einen sozialen Härtefallfonds und Hilfsfonds für soziale Einrichtungen wie Krankenhäuser und Pflegeheime.

Hat der derzeitige Vorschlag der Gaskommission auch Fehler?

Leider wurde in der Gaskommission ein Vorschlag nicht verhindert: die Option des sogenannten Winterschlafs. Unternehmen können demnach nicht nur bis zu 70 Prozent ihres Gases subventioniert bekommen. Sie können auch die Produktion runterfahren, die Beschäftigten in Kurzarbeit schicken und das subventionierte Gas gewinnbringend am Markt weiterverkaufen. Das muss unbedingt verhindert werden. Sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern ist ein absolutes No-Go! ■

Auf Kosten der Schwächsten

ENERGIEKRISE Deutschland geht weltweit auf Einkaufstour nach Gas und Kohle – als Ersatz für die Lieferungen aus Russland. Das bleibt nicht folgenlos. Eine Spurensuche in Bangladesch, Südafrika und Kolumbien

Von Kay Meiners und Andreas Molitor

Geschäfte bei Kerzenlicht:
Auf einem Markt in
Bangladeschs Hauptstadt
Dhaka gehen beim Blackout
am 4. Oktober die Lichter aus.

So unterschiedlich können Energiesparmaßnahmen sein: In Deutschland sind die Haushalte jetzt aufgerufen, die Heizung nicht den ganzen Tag über laufen zu lassen und die Raumtemperatur in den Büros öffentlicher Gebäude auf 19 Grad zu beschränken. Dagegen helfen dicke Socken und ein warmer Pulli. In Bangladesch wiederum mussten Anfang Oktober 130 Millionen Menschen einen halben Tag lang ohne Elektrizität auskommen. Mit Ausnahme einiger Teile im Nordwesten lag das gesamte Land im Blackout, nachdem als „Sparmaßnahme“ die meisten Kraftwerke des Landes abgeschaltet worden waren.

Es war nicht der erste Blackout oder Brownout in diesem Jahr. Bereits mehrfach standen Fabriken still, das Internet fiel aus, Einkaufszentren und Märkte mussten auf Anordnung der Behörden schließen, und die Moscheen wurden angewiesen, die Klimaanlage nur während der fünf täglichen Gebete laufen zu lassen.

Auf der Suche nach den Ursachen landet man ziemlich schnell bei den großen Flüssiggastankern, die Bangladeschs Kraftwerke mit Brennstoff versorgen. Das Land bestreitet fast drei Viertel seiner Stromerzeugung mit gasbefeuerten Kraftwerken. Doch seit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs können die Energieversorger sich das Gas nicht mehr leisten. Die Europäer, allen voran Deutschland, decken sich in den USA, in Katar und Australien mit Flüssiggas ein, um die Ausfälle bei den Erdgaslieferungen aus Russland halbwegs zu kompensieren – zu nahezu jedem Preis.

Die meisten Länder des Südens können da nicht mehr mithalten. Jene Flüssiggastanker, die bislang Pakistan, Bangladesch, Myanmar oder Indien ansteuerten, begeben sich nun auf den Weg nach Europa. Selbst Schiffe, die bereits unterwegs Richtung Südasien waren, machten kurzerhand kehrt und nahmen Kurs auf Europa. Und die Schwellenländer stehen im

► Dunkeln. „Die Mengen nehmen wir natürlich auf dem Weltmarkt jemand anderem weg“, sagte Klaus Müller, der Präsident der Bundesnetzagentur, kürzlich in der Talkshow von Markus Lanz. „Es ist in mehrfacher Hinsicht ein furchtbares Dilemma.“

Afrikanische Kohle für Deutschland

Südafrika könnte ein blühendes Land mit einer stabilen Energieversorgung sein. Doch die Realität sieht anders aus. Politische Versäumnisse, Armut und jetzt die Energiekrise bilden eine schwierige Melange. Noch werden rund 85 Prozent des Stroms mit heimischer Kohle erzeugt. „Doch die südafrikanische Kohleinfrastruktur ist veraltet und steht kurz vor dem Zusammenbruch“, sagt Lebogang Mulaisi, eine junge Ökonomin, die die Politikabteilung des Gewerkschaftsbunds Cosatu leitet. Es gehört zum Alltag, dass die Versorger die Stromversorgung stundenlang kappen.

Erst im letzten Jahr ging das Kraftwerk Medupi, einer der weltgrößten Kohlenmeiler, neu ans Netz, geschätzte Lebensdauer 50 Jahre. Doch das Land will weg von der schmutzigen Kohle. „Es gibt einen Konsens für den Aufbau einer neuen Infrastruktur zugunsten erneuerbarer Energiequellen“, sagt Mulaisi. Experten bescheinigen dem Land ein großes Potenzial für erneuerbare Energien: Solarenergie, Wind, dazu jede Menge Rohstoffe. Doch bislang hängt Südafrika bei der Entwicklung der regenerativen Energien noch zurück. Ihr Anteil an der Gesamtenergieerzeugung liegt bei nur rund 11 Prozent. Auf der Weltklimakonferenz wurden Südafrika deshalb Milliarden für die Energiewende versprochen.

Auch Deutschland hilft mit Hunderten Millionen aus Steuergeldern. Doch zugleich kaufen deutsche Kraftwerksbetreiber an südafrikanischer Steinkohle, was zu kriegten ist. „Den Widerspruch, einen kohlenstoffarmen Übergang zu predigen, aber in Krisen ebenfalls auf Kohle zu setzen, nehmen wir zur Kenntnis“, sagt die Cosatu-Ökonomin Mulaisi. Und fügt trotzig hinzu. „Aber das hält den Übergang in Südafrika nicht auf.“

Tatächlich tut sich das Land schwer mit Veränderungen. Die ANC-Regierung hat es heruntergewirtschaftet, Corona letzte Reserven aufgezehrt. Und jetzt kommt die Inflation hinzu. Uta

Dirksen, die Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Johannesburg, berichtet von „wachsenden Spannungen“ und „gewaltsamen lokalen Protesten“ im Land.

Im September kletterte die Inflation auf 7,5 Prozent, den höchsten Wert seit zehn Jahren. Das klingt nicht bedrohlich, kann aber wirken wie Dynamit. Denn je nach Warenkorb kann sich die offizielle Inflation beim Einkauf vervielfachen. „Am stärksten ist der Preisanstieg bei Lebensmitteln, und hier vor allem bei Speiseöl und Weizenprodukten“, sagt Lebogang Mulaisi. Mit enormen Folgen für arme Familien, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Südafrika muss einen erheblichen Teil seiner Grundnahrungsmittel importieren; beim Weizen ist es die Hälfte. Die zwei wichtigsten Importländer waren im Jahr 2020 Polen und Russland – gefolgt von Deutschland. Weizen gegen Steinkohle, so sieht ein Teil unserer Handelsbilanz mit dem Kap aus.

Cosatu bildet mit dem regierenden ANC und der kommunistischen Partei SACP eine fragile politische Allianz. Dennoch hat sich Cosatu jetzt an die Spitze der landesweiten Proteste gegen die Inflation und die Regierung gesetzt. Die Forderungen reichen von Hilfen für das staatliche Stromunternehmen ESKOM mit rund 40 000 Beschäftigten sowie für die Eisenbahnunternehmen Transnet und Metrorail, die teilweise ebenfalls in Staatsbesitz sind, Unterstützung für lokal produzierte Waren, Investitionen in die Infrastruktur bis zu einem tragfähigen Benzinpreissystem. Die Proteste, sagt die Cosatu-Ökonomin, hätten zu etwas niedrigeren Benzinpreisen und Verbesserungen im Nahverkehr geführt.

Den russischen Angriffskrieg würde kaum jemand in Südafrika beachten, gäbe es nicht die Inflation. Gerade so, wie sich auch die Europäer um Kriege auf dem afrikanischen Kontinent kaum gekümmert haben. Die ANC-Regierung ist in dieser Frage kein einfacher Partner für den Westen. Als Bundeskanzler Olaf Scholz im Mai nach Südafrika reiste, traten die Differenzen zwischen ihm und Regierungschef Cyril Ramaphosa, der selbst aus der Gewerkschaftsbewegung stammt, offen zutage: Während Scholz den Überfall auf die Ukraine scharf verurteilte und die

Gewerkschaftsprotest gegen hohe Strompreise in Pretoria: Elektrizität ist teuer – wenn es sie denn gibt.

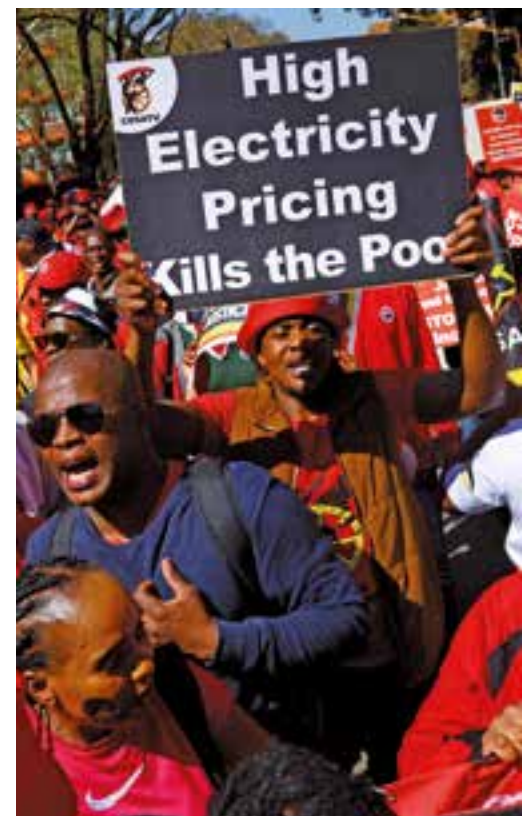




Foto: IWGIA - International Work Group for Indigenous Affairs

Mondlandschaft: Der riesige Steinkohletagebau El Cerrejón ist der größte in ganz Lateinamerika.



Foto: REUTERS

Sanktionen rechtfertigte, kritisierte Ramaphosa die wirtschaftlichen Strafmaßnahmen.

Das kolumbianische Monster

Es ist erst ein paar Monate her, da sah Igor Diaz einen Lichtstreif am Horizont. Der Präsident der kolumbianischen Bergarbeitergewerkschaft Sintracarbón hatte erfahren, dass der Schweizer Rohstoffkonzern Glencore, Herr über den im Norden des Landes gelegenen Steinkohletagebau El Cerrejón, das Bergwerk erheblich erweitern wolle. Die größte Kohlegrube Lateinamerikas ist mit über 10 000 Beschäftigten der mit Abstand wichtigste Arbeitgeber der Region. Auf einmal war Kohle aus Kolumbien im westlichen Ausland, besonders in Europa, sehr begehrt. Sie sollte aus dem Versorgungsengpass helfen, der nach dem Ausbruch des Ukrainekriegs durch das Kohleembargo gegen Russland entstanden war. „Die letzten Jahre war es nur bergab gegangen“, sagt Igor Diaz. „El Cerrejón hat immer mehr Bergleute entlassen, weil die Nachfrage für die Kohle zurückgegangen war.“

Eine Nachricht aus Deutschland hatte die Hoffnung des Gewerkschaftsführers zusätzlich genährt: Anfang April rief Bundeskanzler Olaf Scholz beim – inzwischen abgewählten – kolumbianischen Staatschef Iván Duque an und vereinbarte mit ihm eine Erhöhung der Kohlenimporte. Schon im ersten Halbjahr 2022 war mit 2,1

Millionen Tonnen fast so viel Kohle aus Kolumbien nach Deutschland verschifft worden wie im gesamten Vorjahr. Im zweiten Halbjahr dürfte noch deutlich mehr kolumbianische Kohle in deutschen Kraftwerken verheizt worden sein. Schließlich sind etliche eingemottete Steinkohle-Kraftwerksblöcke wieder ans Netz gegangen.

Die Kritik an dem Kohledeal folgte prompt. Sie entzündet sich vor allem an den sozialen und ökologischen Folgen des Kohleabbaus. Insbesondere der Tagebau El Cerrejón, aus dem ein Großteil der für Deutschland bestimmten Kohle stammt, steht wegen der Luftverschmutzung durch Kohlenstaub und der Zerstörung von Landschaft und Flüssen in denkbar schlechtem Ruf.

Leidtragende des Tagebaus, von den lokalen Einwohnern „das Monster“ genannt, ist vor allem die indigene Bevölkerung. Immer wieder werden Flussläufe für das Bergwerk verlegt, die Gewässer trocknen aus oder das Wasser ist nicht mehr trinkbar. Ganze indigene Gemeinden mussten wegen des Kohleabbaus ihre Heimat verlassen oder wurden schlichtweg vertrieben. Die internationale Gemeinschaft, sagt Laura Brito, die Anführerin der in der Kohleregion beheimateten Wayuu-Indigenen, „sollte darüber nachdenken, woher die Kohle kommt, mit der ihre Häuser beleuchtet und geheizt werden“.

Die im August gewählte, von dem Sozialisten Gustavo Petro geführte neue Regierung will eigentlich weg von der Kohle und steckt, ähnlich wie die Bundesregierung, in einem moralischen Dilemma. Darf man zur Sicherung der Energieversorgung auf „blutige Kohle“ setzen, weil Wladimir Putin in der Ukraine einen blutigen Krieg führt? Das von Robert Habeck geführte Wirtschaftsministerium erklärt schmallippig, beim Import von Rohstoffen würden „weiterhin humanitäre Erwägungen und ökologische Auswirkungen beachtet“. Igor Diaz' Hoffnungen auf neue Jobs für die Bergarbeiter haben sich bislang nicht erfüllt. „Trotz der gestiegenen Nachfrage nach kolumbianischer Kohle wurden weiterhin Arbeitnehmer entlassen“, berichtet der Gewerkschaftspräsident von Sintracarbón ernüchtert. „Viele Gemeinden, die vom Bergbau abhängen, stehen vor dem Nichts.“ ■



Einer trotz der Krise

ARBEITSMARKT Kaum ein Restaurant oder Laden, wo man zurzeit nicht Personal sucht: Der Arbeitsmarkt zeigt sich von der Krise bislang unbeeindruckt.

Von Fabienne Melzer

Die Inflation klettert seit Monaten steil nach oben, Bäcker schließen ihre Läden, weil sie den Strom nicht mehr bezahlen können, in der Industrie geht die Angst vor dem Blackout um und viele Menschen fürchten sich vor der nächsten Heizungsabrechnung. Gute Nachrichten sind zurzeit selten, doch es gibt sie. Denn einer trotz der Krise: der Arbeitsmarkt.

Zwar läuft die deutsche Wirtschaft derzeit mau, doch gehen die meisten Prognosen davon aus, dass die Schwäche nicht lange anhalten wird. Unter dieser Voraussetzung rechnet Gerd Zika, Wissenschaftler am Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg,

weiter mit wachsender Beschäftigung. Auch beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) blickt Arbeitsmarktextperte Martin Varga noch gelassen auf die Entwicklung: „Kurzfristig könnte sich die Lage zwar eintrüben, aber wir rechnen eher mit einer kleinen Delle in der Beschäftigung, nichts im Vergleich mit dem Einbruch während der Pandemie.“ Darauf deutet für ihn auch das Verhalten der Unternehmen hin, die sich gleichermaßen mit Einstellungen und Entlassungen zurückhalten. „Sie wissen, langfristig werden sie die Leute brauchen“, sagt Varga.

Für die Entwicklung der Beschäftigung bis 2030 hat das IAB zwei Szenarien verglichen: Das



Kaum ein Gastronomiebetrieb, der zurzeit keine Arbeitskräfte sucht.

eine berücksichtigt die Auswirkungen des Krieges, das andere simuliert die Entwicklung in einem Europa in Frieden. Danach gehen der deutschen Wirtschaft bis 2030 durch den Krieg und die Energiekrise rund 260 Milliarden Euro an Wertschöpfung verloren, und es werden zwischen 2022 und 2028 150 000 Menschen weniger beschäftigt, als es ohne Krieg der Fall gewesen wäre. Nach den Prognosen des IAB werden vor allem in der Gastronomie und im Einzelhandel Arbeitsplätze wegfallen. In diesen Branchen herrscht derzeit allerdings Personalmangel, so dass der Rückgang der Beschäftigung die Lage wahrscheinlich eher entspannt.

Nach den Shutdowns suchen viele Betriebe in der Gastronomie und im Einzelhandel verzweifelt Personal. Kaum ein Laden, in dem nicht ein Schild hängt: „Personal gesucht.“ Wie viele Hände mittlerweile an den Flughäfen fehlen, spürten Reisende, die im Sommer stundenlang auf ihren Abflug warteten. Menschen mit IT-Berufen und in der Pflege sind schon lange gefragt, in Bildung und Erziehung wächst der Bedarf, und in den Bauberufen rechnet das IAB ebenfalls mit Engpässen. Der Krieg hat den Umbau zur regenerativen Energieerzeugung beschleunigt. Daher werde die Baubranche weiter Fachkräfte brauchen. Zwar werde der Umbau der Industrie auch Arbeitsplätze kosten, schwarz sieht Zika die Entwicklung deshalb aber nicht. „Auch die Industrie wird sich weiterentwickeln. Gerade in der Autoindustrie wird der Teufel an die Wand gemalt“, sagt der IAB-Experte. „Wir erwarten zwar einen Rückgang der Beschäftigung, aber die Branche wird weiter bedeutend bleiben.“ In den nächsten Jahren komme es vor allem darauf an, die Menschen für die neuen Arbeitsplätze fit zu machen.

Missverhältnis auf dem Arbeitsmarkt

Das sieht auch der DGB und fordert verschiedene Instrumente. Um Beschäftigten eine Weiterbildung oder Qualifizierung zu erleichtern, müsse es beispielsweise eine Bildungsteilzeit geben.

Kurzarbeit kann eine Brücke in neue Tätigkeiten bauen, und bei Arbeitslosigkeit sollten Weiterbildung und der Erhalt von Fähigkeiten wichtiger sein als die schnelle Vermittlung in irgendeinen Job.

Denn auf dem Arbeitsmarkt gibt es ein Missverhältnis zwischen Stellenangeboten und Arbeitssuchenden. „Viele Menschen finden trotz der großen Nachfrage keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz“, sagt DGB-Experte Varga. Ein Mittel gegen den Fachkräftemangel sei daher, diese Menschen auf ihrem Weg in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Neben der Weiterbildung müsse dafür auch die Ausbildung ausgebaut werden durch eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie. Viele Ausbildungsangebote müssten sich zudem qualitativ verbessern: durch bessere Bezahlung, attraktive Bedingungen und moderne Inhalte.

Mangel hausgemacht

In einigen Branchen ist der Mangel auch hausgemacht. „Handwerk und Pflege beispielsweise bieten meist viel Arbeit für wenig Geld“, sagt Varga. „In einigen betroffenen Branchen sind nur wenige Arbeitgeber an einen Tarifvertrag gebunden.“ Kein Wunder, dass sich die Menschen lieber woanders umschauen. Mehr Tarifbindung könnte die Arbeitsbedingungen verbessern und die Branchen attraktiver machen.

Falsche Anreize wie Ehegattensplitting oder Minijobs halten Frauen noch immer davon ab, Vollzeit in ihrem Beruf zu arbeiten. „Mehr als 20 Prozent der Minijobber sind überqualifiziert, deutlich mehr als im Durchschnitt aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten“, sagt Varga. Unternehmen könnten auch das Potenzial älterer Menschen und von Menschen mit Behinderung besser nutzen. Einwanderinnen und Einwanderer bringen oft Abschlüsse mit, die in Deutschland nicht anerkannt werden. Ihnen müsste der Zugang erleichtert werden.

Gerd Zika vom IAB würde bei Migranten allerdings noch an anderer Stelle ansetzen. Denn es kommen nicht nur jedes Jahr Menschen aus dem Ausland nach Deutschland, es wandern auch jährlich mehrere Hunderttausend wieder ab. Daher schlägt Zika vor: „Wir müssen uns darum kümmern, dass Zuwanderer auch bleiben wollen.“ ■

Deutschland könnte mit einem blauen Auge davonkommen

PROGNOSE Erste Zeichen deuten darauf hin, dass die deutsche Wirtschaft 2023 nicht abstürzt. Doch Vorhersagen waren noch nie so unsicher, wie die vergangenen Monate gezeigt haben.

Von **Peter Bofinger**

In der Geschichte der Bundesrepublik gab es noch nie einen Jahreswechsel mit einer so hohen politischen und ökonomischen Unsicherheit wie jetzt im Dezember 2022. Sie zeigte sich in den vergangenen Monaten in Wachstums- und Inflationsprognosen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, die alle weit danebenlagen, und spiegelt sich in aktuellen Indikatoren. Auf der einen Seite vermeldet das Statistische Bundesamt, dass die Wirtschaft im dritten Quartal 2022 mit 0,3 Prozent sogar noch geringfügig gewachsen sei, was auf Impulse der Konsumnachfrage zurückzuführen sei. Auf der anderen Seite sind die vom ifo-Institut erhobenen Geschäftserwartungen in allen Sektoren der Wirtschaft nach wie vor auf einem so niedrigen Niveau, wie es nur in der Finanzkrise und zu Beginn der Coronapandemie erreicht worden war.

Wenn man von der Gemeinschaftsdiagnose ausgeht, die sich weitgehend mit der des Sachverständigenrats deckt (1,7 Prozent Wachstum 2022 und –0,2 Prozent im kommenden Jahr), dürfte Deutschland mit einem blauen Auge durch die Krise kommen. Dafür spricht die derzeitige Entspannung an den Rohstoffmärkten: Im Oktober 2022 sind die Erzeugerpreise saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat um 4,2 Prozent gesunken, nachdem sie seit Mai 2020 kontinuierlich gestiegen waren.

Es ist also nicht damit zu rechnen, dass Industriebetrieben der Gashahn zugedreht werden muss.

Insgesamt erscheint ein Absturz der deutschen Wirtschaft im Jahr 2023 somit nicht wahrscheinlich. Man kann das durchaus als Verdienst der Bundesregierung ansehen, die seit Ausbruch des Krieges eine ebenso behutsame wie konsequente Linie verfolgt. Sie ist nicht den Aufforderungen von Ökonomen gefolgt, die im März eine sofortige Einstellung aller Energielieferungen aus Russland forderten. Vielmehr hat sie rasch alle Möglichkeiten genutzt, sodass der definitive Ausfall der Gaslieferungen Ende August ohne größere Verwerfungen bewältigt werden konnte. Zugleich hat sie einen fiskalpolitischen Paradigmenwechsel vollzogen, der sie in die Lage versetzt hat, breitflächig Unternehmen und private Haushalte zu schützen.

Nach einem zunächst eher zögerlichen Verhalten, bei dem den Bürgern noch eine Gasumlage zugemutet werden sollte, hat die Politik umgeschaltet und über Nacht einen Rettungsschirm für Bürger und Unternehmen mit einem Volumen von 200 Milliarden Euro aufgespannt. Zusammen mit dem Sondervermögen für die Bundeswehr (100 Milliarden Euro) und dem Klima- und Transformationsfonds, dem im zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2021 60 Milliarden Euro an Kreditfazilitäten zugewiesen wurden, hat

die Bundesregierung einen fundamentalen Paradigmenwechsel beschritten.

Nachdem mit der Schuldenbremse und ihrer Übersteigerung durch die „schwarze Null“ der Konstanz der Staatsverschuldung über allen anderen Politikzielen Priorität eingeräumt worden war, hat sich nunmehr die Einsicht breitgemacht, dass die Staatsverschuldung derzeit das geringste aller Probleme darstellt.

Im Vergleich mit den übrigen G-7-Staaten weist Deutschland bei einem Verhältnis der Staatsverschuldung zur Wirtschaftsleistung von knapp 70 Prozent den mit Abstand niedrigsten Wert auf.

Mit diesem weitreichenden Finanzierungspotenzial können somit im kommenden Jahr private Haushalte und Unternehmen in die Lage versetzt werden, stark steigende Energieausgaben zu bewältigen, ohne in eine finanzielle Schieflage zu geraten. Dabei ist das von der Regierung gewählte Instrument der Gaspreisbremse im Bereich der privaten Haushalte allerdings nicht sehr zielgenau und administrativ schwer handhabbar. Eine vielleicht weniger bürokratische Lösung wäre die in diesem Jahr ohne größere Probleme bereits umgesetzte Energiepreispauschale gewesen mit einem Festbetrag pro Kopf, der versteuert werden muss.

Gelungen ist die Inflationsprämie, bei der bis zum 31. Dezember 2024 ein Betrag von insgesamt 3.000 Euro steuerfrei an Beschäftigte ausgezahlt werden kann. Wie die Tarifverträge in der Metall- und Elektroindustrie sowie in der chemischen Industrie zeigen, wird diese Möglichkeit von den Tarifpartnern genutzt, um den Beschäftigten trotz stark steigender Preise konstante oder sogar steigende Realeinkommen zu ermöglichen.

Auf der Ebene der Geldpolitik hat die Europäische Zentralbank (EZB) nach anfänglichem Zögern die Zügel angezogen und die Leitzinsen von Juli bis November um zwei Prozentpunkte erhöht. Dafür musste sie von allen Seiten Kritik einstecken. Während die

”

Dank des milden Herbstwetters sind die Gasspeicher bis zum Rand gefüllt.“



► einen ihr vorwerfen, die labile Konjunktur zusätzlich zu destabilisieren, fordern die anderen angesichts der enorm hohen Inflationsraten noch weitaus energischere Maßnahmen. Diese unterschiedlichen Einschätzungen spiegeln lehrbuchhaft das Dilemma der Geldpolitik angesichts eines gravierenden Angebotsschocks: Er treibt die Inflationsrate noch oben und bremst das Wirtschaftswachstum über höhere Kosten und sinkende Realeinkommen der Verbraucher.

In einem Umfeld mit hoher Inflation dürfen Zinsen aber nicht losgelöst von der Preisentwicklung betrachtet werden. Das auf den Ökonomen John Taylor zurückgehende „Taylor-Prinzip“ besagt, dass die Zinspolitik nur dann bremst, wenn der Anstieg der Zinsen höher ist als der Anstieg der Inflationsrate. Wenn beispielsweise die Inflationsrate um zwei Prozentpunkte steigt, bremst der Leitzins nur, wenn er um mehr als zwei Punkte steigt. Bleiben Zinserhöhungen dahinter zurück, wirkt die Geldpolitik vielmehr stimulierend.

Gemessen an diesem Prinzip haben die Zinsanhebungen der EZB einen eher konstatierenden Charakter, da die Inflationserwartungen im Euroraum seit dem Frühjahr merklich noch oben revidiert wurden. Bremsend wirken allerdings die um rund drei Prozentpunkte gestiegenen Hypothekenzinsen, die in der Bauwirtschaft zu einer erheblichen Abkühlung geführt haben.

Wie die großen Prognosefehler in diesem Jahr zeigen, ist es nicht ausgeschlossen, dass die Entwicklung deutlich ungünstiger verläuft.

Zu den ökonomischen Risikofaktoren zählen ein sehr kalter Winter und anhaltend rigide Lockdowns in China. Eine Verschärfung der Situation in der Ukraine könnte sich ebenfalls nachteilig auf das Konsum- und Investitionsverhalten auswirken.



Zu den ökonomischen Risikofaktoren zählen ein sehr kalter Winter und anhaltend rigide Lockdowns in China.“

Auf mittlere Sicht kommt es jetzt darauf an, den Standort Deutschland mit seinem ausgeprägten Industriefokus in einem Umfeld hoher Energiepreise und einem steigenden Protektionismus zu verteidigen. Dazu muss die Politik den Ausbau erneuerbarer Energien so schnell wie möglich vorantreiben. Da dies im nationalen Alleingang sehr schwierig sein wird, braucht es jetzt eine gemeinsame europäische Energiestrategie für die Erzeugung von Energie, für Netze und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. ■

PETER BOFINGER, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg, ist Senior Research Fellow der Hans-Böckler-Stiftung und war von 2004 bis 2019 Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

PRAXISTIPP

Das Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung der Hans-Böckler-Stiftung (I.M.U.) wertet regelmäßig Betriebs- und Dienstvereinbarungen aus und zeigt anhand von Beispielen, worauf es ankommt. Mit der Reihe „Praxistipp“ stellen wir in jeder Ausgabe eine Auswertung vor.

KI bei IBM und Dupont

Die künstliche Intelligenz – kurz KI – übernimmt in der Arbeitswelt zunehmend einfache Aufgaben. Sie beantwortet Kundenanfragen, wickelt Standardprozesse automatisch ab oder wertet große Datenmengen aus. Für Beschäftigte stellt sich die Frage, wer in Zukunft über Gehaltserhöhungen, Weiterbildungen oder Auszeiten entscheidet: ein Mensch oder der Algorithmus?

Als das Softwareunternehmen IBM 2019 eine KI einführen wollte, die Vorgesetzten Gehaltsvorschläge macht, entschloss sich der Konzernbetriebsrat, einen Rahmen für die Einführung von KI zu schaffen. Als Grundlage nutzte er die IBM-Grundsätze für Vertrauen und Transparenz und die Ethikleitlinien für eine vertrauenswürdige KI der Europäischen Kommission. Dabei stand eins fest: Das letzte Wort hat stets der Mensch.

Wichtig waren für die Interessenvertretung zudem die Transparenz und Erklärbarkeit von KI-Systemen sowie ein hoher Datenschutz. Nicht die Vereinbarung, sondern Betriebsrat und Arbeitgeber bestimmen, was KI ist; sie klassifizieren sie anhand einer Risikomatrix und regulieren oder verbieten Risiken für Beschäftigte. Unge-

wöhnlich war im Fall IBM, dass die Vereinbarung den Rahmen für ein Produkt und seine interne Anwendung geschaffen hat. Daher hatte auch die Arbeitgeberseite Interesse an einem guten Ergebnis. IBM konnte sein Produkt verkaufen und gleichzeitig erklären, wie es mitbestimmt eingesetzt werden kann.

Aufschwierigere Verhandlungen musste sich der Gesamtbetriebsrat des amerikanischen Chemiekonzerns Dupont de Nemours einstellen. Mitbestimmung und deutsches Arbeitsrecht sind amerikanischen Managern oft fremd. Auch in deutschen Betrieben handeln sie meist nach amerikanischen Regeln. Daher holte sich der Gesamtbetriebsrat externen rechtlichen und technischen Sachverstand, als das Management das Personalmanagementsystem Workday einführen wollte. Mit dieser Unterstützung identifizierte der Betriebsrat die Risiken der KI und schloss eine Vereinbarung ab. Sie untersagt die Anwendung der KI, ohne die Vorteile des Systems für Unternehmen und Beschäftigte zu beschneiden. Um Fehlinterpretationen von künftigen Beteiligten zu vermeiden, formulierten sie die Vereinbarung sehr detailliert. ■



Die vollständigen Berichte über die Erfahrungen der IBM- und Dupont-de-Nemours-Betriebsräte gibt es hier:

<https://is.gd/UdV85W>

Weitere Fragen an:

[betriebsvereinbarung@](mailto:betriebsvereinbarung@boeckler.de)

böckler.de

Einigung ohne Handicap

INKLUSION Eine neue Vereinbarung bei BASF in Lemförde verbessert die Arbeitsbedingungen Schwerbehinderter. Dafür wurde der Betriebsrat jetzt ausgezeichnet.

Von **Andreas Schulte** – Foto **Angelika Osthues**

Sabine Craemer-Böcker hat viele Register gezogen, um ihr Projekt zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Einmal hat die heutige Betriebsratsvorsitzende bei BASF Polyurethanes in Lemförde bei einer Betriebsversammlung sogar ein Bild von Boxhandschuhen präsentiert. So verdeutlichte sie der Belegschaft, dass sie weiterhin mit dem Arbeitgeber streitet. Ihr Kampf für mehr Entlastung für Schwerbehinderte am Standort des Chemiekonzerns in Niedersachsen dauerte fast zwei Jahre. Seit Beginn des vergangenen Jahres hält sie dafür nun endlich ihre Trophäe in den Händen: eine weitreichende Inklusionsvereinbarung.

Das Papier soll die Eingliederung und Beschäftigungssituation schwerbehinderter Arbeitnehmer im Betrieb verbessern. Dazu enthält es Regelungen etwa zur Personalplanung, zur Arbeitsorganisation und zur Arbeitszeit. Eigentlich sind Arbeitgeber per Gesetz verpflichtet, hierzu Verhandlungen mit der Schwerbehindertenvertretung und dem Betriebsrat zu führen. Doch Inklusionsvereinbarungen sind rar. Das Management hat nur wenig Interesse, eine Ausarbeitung voranzutreiben: „Für den Arbeitgeber entstehen durch die Vereinbarungen Kosten, zudem muss er Ressourcen für Verhandlungen bereitstellen“, sagt Craemer-Böcker.

Wenig überraschend also, dass auch bei BASF in Lemförde eine solche Einigung bislang nicht existierte. Im Jahr 2019 klopfte Craemer-Böcker an die Tür der Personalleitung. „Ich habe gesagt, wir müssen über eine Inklusionsvereinbarung reden, aber zunächst zeigte niemand Bereitschaft“, erzählt sie. Dabei arbeiten Schwerbehinderte hier auf allen Ebenen, von der Führungsetage bis zur Produktion. Im Lemförder BASF-Werk produzieren mehr als 1600 Beschäftigte Kunststoffe unter anderem für die Autoindustrie. 63 von

ihnen sind schwerbehindert oder Schwerbehinderten gleichgestellt.

Die Betriebsratsvorsitzende und Schwerbehindertenvertrauensperson ließ sich vom anfänglichen Desinteresse der Personalleitung nicht entmutigen und machte sich zur Expertin in Sachen Schwerbehindertenrechte. „Dabei hat mir meine Freistellung geholfen, ohne sie hätte mir die Zeit gefehlt.“ Regelmäßig brachte sie das Thema der Inklusionsvereinbarung auf Betriebsversammlungen zur Sprache – mit feinem Gespür. „Wenn es schwergewichtige Themen im Betrieb gibt, etwa Kurzarbeit, dann hält man sich mit untergeordneten Anliegen besser zurück“, sagt sie. „Sonst stößt man bei den Kolleginnen und Kollegen auf Widerstand.“

Mit Geduld zum Erfolg

Die Taktik ging auf. Irgendwann setzte sich der Arbeitgeber mit ihr an den Tisch. „Am Ende habe ich bei den meisten Punkten sogar mehr rausgeholt, als ich das insgeheim erwartet hatte“, sagt sie. Tatsächlich gelten für Schwerbehinderte bei BASF in Lemförde seit Inkrafttreten der Vereinbarung am 1. Januar 2021 etliche Verbesserungen. „Wir wollten dem Wunsch der betroffenen Kollegen nach zeitlicher Entlastung mit zunehmendem Alter nachkommen“, so die Betriebsratsvorsitzende. Dies ist gelungen. Jetzt werden Schwerbehinderten und Gleichgestellten schon mit 55 Jahren zweieinhalb Arbeitsstunden wöchentlich erlassen – zwei Jahre früher, als im Tarifvertrag Chemie vorgesehen. Für Schichtarbeiter gilt diese Regelung nun ab 53 Jahren. Die Stunden werden gesammelt und als ganze Tage genommen, bis zu drei Tage am Stück sind möglich.

„Das verursacht natürlich Kosten für den Arbeitgeber“, räumt Sabine Craemer-Böcker ein.



**Deutscher
Betriebsräte-
Preis 2022**



Mit viel persönlichem Einsatz handelte Sabine Craemer-Böcker eine Inklusionsvereinbarung für die schwerbehinderten Beschäftigten aus.

Dennoch ließ die Werksleitung sich überzeugen. Craemer-Böckers Argument: der Fachkräftemangel. „Die neue Regelung dient auch dazu, die Leute länger im Job zu halten“, sagt sie.

Vergünstigungen konnte sie auch für Eltern schwerbehinderter Kinder aushandeln. Sie bekommen nun für begleitende Arztbesuche bis zu sechs Tage pro Jahr frei. „Und zwar bezahlt“, wie Craemer-Böcker betont. „Erst hieß es, es bestünde kein Bedarf, aber wir haben am Standort 14 Fälle, in denen die neue Regelung greift.“ Auch hier konnte sie den Arbeitgeber davon überzeugen, dass auch das Unternehmen von der Vereinbarung profitiert. „BASF schreibt sich groß die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf die Fahne. Jetzt können wir beweisen, dass wir dies auch leben, und damit neue Mitarbeiter für unseren Standort begeistern.“

Schwerbehindertenquote steigt

Seit 2014 ist Sabine Craemer-Böcker Schwerbehindertenvertrauensperson. In den vergangenen Jahren sei das Verständnis im Umgang mit

Schwerbehinderten im Unternehmen deutlich gestiegen. „Mittlerweile fragen mich Führungskräfte, bevor sie im Betrieb Neuerungen einführen, ob sie dabei die Belange von Schwerbehinderten ausreichend berücksichtigen.“ Die Schwerbehindertenquote hat sich während ihrer Amtszeit von 2,1 Prozent auf vier Prozent fast verdoppelt. Beschäftigte mit Behinderung werden weit besser integriert als früher. So habe ein Schlaganfallpatient nicht mehr seiner Tätigkeit in der Produktion nachgehen können. Für ihn wurde bald ein EDV-Job im Lager gefunden. „Wichtig ist nicht nur, dass die Menschen überhaupt wieder in den Betrieb kommen, sondern auch, dass es schnell geht. Denn wer um seine Arbeit fürchtet, bekommt schnell Existenzängste“, sagt Craemer-Böcker.

Für die Inklusionsvereinbarung hat sie viel Schulterklopfen erhalten – und den Sonderpreis „Inklusion“ beim Deutschen Betriebsräte-Preis. Sie selbst freue sich, dass sie nun den Schwerbehinderten bessere Arbeitsbedingungen verschaffen konnte. ■



Wir bestimmen mit

ARMANDO DENTE, Aufsichtsrat bei der Lanxess AG in Köln

Von **Andreas Molitor** – Foto **Stephen Petrat**

Armando Dente bringt die Dinge gern auf den Punkt. Was ihm besonders am Herzen liegt? Da muss er nicht lange überlegen. „Komplexe politische und wirtschaftliche Themen so aufbereiten, dass die Leute in der Nordkurve verstehen, was Sache ist.“

Die Antwort verrät zweierlei: Armando Dente, Leiter des Bezirks Köln-Bonn der IG BCE, hat den Draht zur Basis nie verloren. „Ich bin auf Kohle geboren und mit Emscherwasser getauft“, scherzt der 43-Jährige, der einst auf der Zeche Fürst Leopold in Dorsten Energieanlagenelektroniker gelernt hat. Und die Nordkurve? Natürlich ein Hinweis auf seine Passion als Schalke-Fan.

Als Armando Dente vor fünf Jahren Bezirksleiter wurde, rückte er als Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat des Spezialchemieherstellers Lanxess. Dort liefen die Geschäfte bestens, fast nie gab es ernsthaften Dissens im Aufsichtsrat. „Noch im ersten Halbjahr dieses Jahres haben Lanxess und die anderen großen Chemieunternehmen prächtige Ergebnisse eingefahren, obwohl der Ukrainekrieg schon in vollem Gange war“, erzählt Armando Dente. Mittlerweile verhandeln die drastisch gestiegenen Stromkosten energieintensiven Unternehmen wie Lanxess das Geschäft. Über den Winter werde man mit dem Maßnahmenpaket der Bundesregierung wohl kommen, denkt Dente, „aber für die nächsten Jahre wird es darauf ankommen, dass die Industrie verlässliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen hat“. Dass Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter bei Lanxess in derart schwierigen Zeiten enger zusammenrücken, findet er gut. Dente hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass er nicht zu den Klassenkämpfern gehört.

Dente setzt auf Vernetzung. „Ich weiß doch nicht alles“, erklärt er, „aber ich kenne immer

jemanden, den ich fragen kann – auf Arbeitnehmerseite genauso wie auf Seiten der Anteilseigner.“ Dort treffe er auf Leute, die noch Aufsichtsratsmandate in anderen Unternehmen haben. „Dadurch bekomme ich einen ganz anderen, viel weiteren Blick auf die Industrie – und das hilft mir dann wieder bei der Arbeit im Aufsichtsrat von Lanxess.“

Sein Großvater war 1951 aus Sardinien ins Ruhrgebiet gekommen. Der Vater, seit 57 Jahren IG-Metall-Mitglied und ehemaliger Vertrauensmann bei Siemens, erklärte ihm, als er sechs oder sieben war, was es auf sich hat mit den Gewerkschaften. Es war die Zeit des Kampfes um die 35-Stunden-Woche in der Metallindustrie. „Das hat mich geprägt“, sagt Armando Dente heute. Mit 29 Jahren begann er ein Traineeprogramm zum Gewerkschaftssekretär. Heute, 14 Jahre später, kennt er fast alle Bereiche der IG BCE aus eigener Erfahrung. In Hessen verdiente er sich erste Sporen als Betriebsbetreuer, in Thüringen erschloss er eine Reihe von Betrieben für die Gewerkschaft, in Westfalen arbeitete er für den Landesbezirk.

Die nächsten Ziele sind abgesteckt: gut durch die Krise kommen und die Energiewende und die Transformation vorantreiben. Das sind die großen Themen. Aber Armando Dente hat stets auch die kleinen Dinge im Blick, die keine großen Meriten bringen. Letztens machte in seinem Verantwortungsbereich ein Faserhersteller dicht. Mit seinem Team hat Dente sich dafür eingesetzt, dass genug Geld übrig blieb für eine ordentliche Abfindung. Da hängt er sich persönlich rein, auch wenn es Überstunden bedeutet. „Das ist immer noch mein absoluter Lieblingsjob“, sagt er. „Wenn ich so richtig unter Strom stehe, bin ich am besten.“ ■

„Demokratisch entschieden“

STANDORTSICHERUNG Beim Flugzeugteilebauer Premium Aerotec haben die Beschäftigten in zwei Werken darüber abgestimmt, ob die Betriebe im Airbus-Konzern bleiben oder verkauft werden. Marcus Baitis, Vorsitzender des Vertrauenskörpers in Varel, und sein Stellvertreter Lothar Bredemeyer über eine ungewöhnliche Chance.

Das Gespräch führte **Carmen Molitor** – Fotos **IG Metall Wilhelmshaven**



MARCUS BAITIS ist Vorsitzender des Vertrauenskörpers von Premium Aerotec in Varel, **LOTHAR BREDEMEYER** ist sein Stellvertreter und DGB-Vorsitzender im Kreisverband Friesland. Beide sind Mitglied im Betriebsrat.

Dass Beschäftigte darüber entscheiden, ob ihr Unternehmen an einen Investor verkauft wird oder nicht, ist höchst ungewöhnlich. Wie ist es dazu gekommen?

BREDEMEYER: Der Konzern will sich neu aufstellen, Teile zusammenführen und andere abspalten. Aber wir haben uns nicht spalten lassen. Es gab einen monatelangen Verhandlungsmarathon mit emotionalen Warnstreiks aller Airbus-Standorte. Als unsere Verhandlungsführung ankündigte, dass wir in einen unbefristeten Streik gehen würden, war das für Airbus eine massive Bedrohung. So gab es diese eine Tarifrnacht, bei der 16 Stunden durchverhandelt wurde. Die Möglichkeit zur Abstimmung in Varel und Augsburg war eines der Ergebnisse.

BAITIS: Dann gab es eben zwei Möglichkeiten: das Angebot eines Investors annehmen oder bei Airbus bleiben. Mubea, ein Automobilzulieferer aus Attendorf, der bereits eine kleine Flugzeugsparte hat, bot an, 150 Millionen Euro in den Standort Varel zu investieren inklusive eines Hallenneubaus, wo auch gefertigt werden sollte. Dazu kam eine Beschäftigungssicherung bis 2033 und eine Standortgarantie für Varel sowie die Sicherung und Wahrung aller Arbeits- und Sozialstandards. Und wir wären auch noch der Hauptsitz der Firma geworden.

Was hat denn Airbus geboten?

BAITIS: Für Varel war das Angebot 40 Millionen Investitionen bis 2025, ein Abbau von 250 Stellen auf insgesamt 1000 Beschäftigte. Indirekte Tätig-

keiten werden zukünftig eingekauft, und Varel wird zu einem reinen Produktionsstandort. Eine Restrukturierung.

So, wie Sie es darstellen, war das Angebot von Mubea attraktiver. Das sahen aber ganz offenkundig nicht alle in der Belegschaft so.

BAITIS: Der Betriebsrat, dem ich angehöre, war der Meinung: Das Angebot ist so überragend, dass es sich lohnt, die Offerte anzunehmen und Airbus zu verlassen. Aber unsere Empfehlung hat die Belegschaft entrüstet. Wir haben eine Vertrauensleutesitzung mit vielen Vorwürfen aushalten müssen. Unser Betriebsratsvorsitzender und der Gesamtbetriebsratsvorsitzende wurden persönlich beschimpft.

Warum wollten die Befürworter bei Airbus bleiben?

BAITIS: Wir sind mit dem Motto „Ein Flugzeug, ein Team“ in den Arbeitskampf gestartet. Sie wollten dieses gewohnte „Team“ nicht freiwillig verlassen. Airbus bot ja ebenfalls eine gute Zukunftssicherung an. Man will spätestens 2025 – wir glauben, eher 2027/28 – ein neues Flugzeug mit Wasserstoffantrieb präsentieren. In Varel sollen dafür Forschung und Entwicklung stattfinden.

Und dann haben Sie eine Abstimmung organisiert?

BAITIS: Ja. Für die Werke in Augsburg und Varel sollten die Mitglieder der IG Metall darüber ab-



Der Betriebsrat von Aerotec war für den Verkauf an einen Investor – doch die Mehrheit der Belegschaft sah das völlig anders.

Die Ergebnisse des Workshops zum Forschungsprojekt „Vertrauensleute und Beteiligung: Gewerkschaftliche Vertrauensleute als Förderer von Beteiligung und Demokratie“: <https://is.gd/IKwI7Y>

stimmen, ob die Standorte bei Airbus bleiben oder das Angebot eines Investors annehmen wollen. Für uns war es ein Riesenerfolg. Die Leute konnten es gar nicht glauben

Wie wurde das Votum organisiert?

BAITIS: Das war nicht einfach. Es gibt für so etwas keine Wahlordnung, es gibt kein Gesetz, es gibt gar nichts, wonach wir uns richten konnten. Aber wir haben versucht, die Wahl so transparent wie möglich zu machen, und haben sogar Briefwahl angeboten. Die Wahlbeteiligung lag dann auch bei 94 Prozent unter allen Mitgliedern.

Was waren Ihre Gefühle?

BAITIS: Es war emotional, ich kriege jetzt noch Gänsehaut, wenn ich daran denke. Wir haben die Stimmen extra im Betrieb öffentlich ausgezählt – in der Kantine, damit uns nichts nachgesagt wird. 120 Menschen saßen da und haben uns bei der Auszählung zugeguckt. Es wurde immer lauter, weil sie alle diskutierten.

Wofür hat sich die Belegschaft entschieden?

BAITIS: 75 Prozent wollten bei Airbus bleiben. Jetzt greift der Restrukturierungsplan.

Die Belegschaft hatte gegen eure Empfehlung als Betriebsrat entschieden. War das nicht ein schwerer Schlag?

BAITIS: So ist es. Aber ich war erleichtert, weil das Ergebnis eindeutig war.

BREDEMEYER: Wir haben die Wahl organisiert und

Verantwortung als Vertrauensleute in dem Konflikt übernommen. Dass das Votum nicht zu der Empfehlung des Betriebsrats passte, war aber nicht wirklich relevant. Wichtiger war, dass wir es demokratisch entschieden haben. Trotzdem musste man erst mal zwei, drei Tage durchpusten und sagen: Was machen wir denn jetzt?

Bestand nicht die Gefahr, dass der ganze Betriebsrat zurücktritt?

BAITIS: Das hätte passieren können. Wir sind noch im Wunden-lecken-Modus und müssen ein bisschen Egopfleger untereinander betreiben. Aber ich glaube, wir werden Belegschaft und Betriebsrat auch wieder zusammenführen.

Wie wichtig war die Vertrauensleutekultur dafür, dass diese Abstimmung möglich war?

BREDEMEYER: Sie wäre ohne diese Organisation und ohne den hohen Organisationsgrad schlecht möglich gewesen. Nach der Wahl ist das Vertrauen in den Betriebsrat noch da, obwohl gegen seine Empfehlung entschieden wurde.

BAITIS: Wie wichtig unsere Vertrauensleutearbeit ist, haben wir auch bei einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekt gemerkt. Da haben wir uns mit unserer Rolle als Förderer von Beteiligung befasst. An der wissenschaftlichen Auswertung waren auch Vertrauensleute von Verdi und der IG BCE beteiligt. Für uns, die wir sonst in unserer IG-Metall-Blase stecken, war dieser Austausch mit anderen Gewerkschaften spannend. ■



Jens Holze, stellvertretender Vertrauenskörperleiter, Thomas Werner, Erster stellvertretender Betriebsrat, Sonja Meister, Betriebsratsvorsitzende und Karin Beck, Zweite stellvertretende Betriebsrätin (v.l.n.r.) in der Produktion von FTE in Ebern.

Jedes Problem verdient seine eigene Lösung

INITIATIVE Ein Betrieb baut Stellen in der Entwicklung ab, in einem anderen stehen in der Produktion veraltete Maschinen, ein dritter zahlt Niedriglöhne. In allen dreien kämpfen Betriebsräte und Vertrauensleute. Unterstützt werden sie dabei von einem Projekt der Gewerkschaft: „IG Metall vom Betrieb aus denken“.

Von **Martin Kaluza**

Der Automobilzulieferer FTE im fränkischen Ebern hat allein in den letzten fünf Jahren an den Standorten zwischen Coburg und Bamberg nach und nach 450 Stellen gestrichen. Zwar wurde niemand entlassen, doch in der letzten Runde traf es auffällig viele Stellen aus der Forschungs- und Entwicklungsabteilung. Da wusste Betriebsratsvorsitzende Sonja Meister: „Wenn wir nicht sofort etwas unternehmen, blutet der Standort aus.“

Gerade Forschung und Entwicklung braucht FTE dringend. Das Unternehmen lebt von Ge-

triebe- und Bremshydrauliken für die Automobilindustrie. „Mit unseren Produkten hängen wir vom Verbrenner ab“, sagt Meister. Die Unternehmensleitung hat sich bisher nicht geäußert, was sie künftig in Ebern bauen will. Ein weiteres Problem: 2017 wurde FTE Teil des französischen Großkonzerns Valeo. Die strategischen Entscheidungen fallen seitdem nicht mehr in Ebern.

Sonja Meister und ihr Team beteiligten sich an dem Projekt „IG Metall vom Betrieb aus denken“. In den Qualifikationsmodulen entwickelten sie, unterstützt von der IG Metall, ihrem Rechts-



Stefan Rothenburger (rechts),
Betriebsratsvorsitzender bei
Xylem in Hannover im Gespräch
mit Betriebsrat Christian Röhl.

anwalt Stephan Sartoris und dem IMU-Institut Berlin, eine Strategie: Diejenigen, die den Betrieb am besten kennen, überlegen gemeinsam, wie man ihn zukunftsfähig machen kann. Das Team sprach die 200 Beschäftigten aus der Entwicklungsmannschaft an. In Zehnergruppen besprachen sie in Workshops, welche Themen, Technologien und Innovationen im Betrieb vorangetrieben werden sollten, um den Standort zukunftsfest zu machen. Auch viele Ingenieure ließen sich auf das Projekt ein.

Die Metaller planten im Rahmen der Zukunftsreihe eine Kampagne, nahmen Videos auf, gründeten einen Betriebsrats-Podcast und berichteten regionalen Medien in Interviews über die Bedrohung des Standorts. Einen runden Tisch aus Lokalpolitikern, Medien und Belegschaft, den der Betriebsrat im Februar 2022, mitten in der Zeit der Verhandlungen, organisiert hatte, ließ die Geschäftsführung platzen. Zu gering das Interesse – zunächst.

Eine erste Zukunftsvereinbarung konnte der Betriebsrat in enger Zusammenarbeit mit Andrea Sicker, Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Bamberg, und Martin Schwarz-Kocher vom IMU-Institut aushandeln. „Wir hatten einen Hebel“, erklärt Sonja Meister. „Wir stimmten weiteren sozialverträglichen Stellenstreichungen nur unter der Bedingung zu, dass der Arbeitgeber mit uns eine Zukunftsvereinbarung unterschreibt.“ Darin ist festgehalten, dass der Stellenabbau reduziert wird, um ein Team zu formieren, das sich federführend um die Zukunftsprojekte kümmert. Dieses Team soll gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus der Belegschaft Vorschläge für Innovationen erarbeiten, die in Ebern entwickelt und produziert werden könnten. Zudem wurde festgeschrieben, dass eine zweite Zukunftsvereinbarung verhandelt werden soll. Betriebsrat und IG Metall wollen darin die Perspektive für Ebern festschreiben. „Wenn die Mitarbeiter so viel einbringen, muss der Arbeitgeber etwas zurückgeben“, sagt Sonja Meister.

Investitionsstau auflösen

In Laatzen bei Hannover gerät der Betriebsratsvorsitzende bei Xylem, Stefan Rothenburger, ins Schwärmen. Er hält einen Wasserzähler der neuesten Generation in der Hand. „Das ist die neue

Welt“, sagt er und dreht den Zähler so, dass man hindurchschauen kann. Die alte Welt, das waren Wasserzähler, in deren Mitte sich ein kleiner Propeller drehte, um den Durchfluss zu messen. In den Zählern der neuesten Generation rauscht das Wasser ungebremst durch. Gemessen wird per Ultraschall. Die Großwasserzähler kommen in den Hauptwasserleitungen von Städten und Gemeinden in aller Welt zum Einsatz.

„Wir möchten, dass der hier entwickelte Wasserzähler auch hier produziert wird“, sagt Rothenburger. „Aber die Maschinen in der Vorfertigung sind zu alt dafür.“ Selbst die jüngste läuft schon 15 Jahre, und sie steht in einer Halle, die zuletzt vor über 20 Jahren modernisiert wurde. „Wenn der Zähler auf dem Markt einschlägt, haben wir hier ein Problem. Wir können ihn hier zwar bauen, aber viel zu langsam“, erklärt Betriebsrat Christian Röhl.

2016 wurde der damals über 170 Jahre alte Familienbetrieb von Xylem übernommen, einem US-amerikanischen Großkonzern mit weltweit 17 000 Beschäftigten. Die Belegschaft fürchtet nun, dass die elektronischen Zähler an anderen Konzern-Standorten mit niedrigeren Löhnen produziert werden.

Andreas Wendland, der Leiter des Vertrauenskörpers, kam auf die Idee, sich am Projekt „IG Metall vom Betrieb aus denken“ zu beteiligen. Die Aufgabe: Wie überzeugt man Geschäftsführung und Mutterkonzern von den Vorteilen einer Investition in Laatzen? In den Workshopmodulen wurde den Teilnehmenden schnell klar, dass 140 Beschäftigte allein keinen großen Druck aufbauen können. Unterstützt von der externen Coaching-Agentur Mitmacht aus Berlin, suchten sie schließlich die Öffentlichkeit.

Der Betriebsrat lud die Landtagsabgeordnete Silke Lesemann und den heutigen Bürgermeister zu einer Betriebsbesichtigung ein. Die Lokalpresse berichtete über den Besuch. Vermittelt durch Lesemann, kamen auch der ehemalige und der aktuelle Ministerpräsident und schauten sich den Betrieb an. Auch hier war die Presse dabei. „Jetzt kennt uns im Landkreis jeder, und die Leute wissen, dass der Betrieb wichtig ist für die Region“, sagt Rothenburger. Die Geschäftsleitung sei zwar nicht glücklich gewesen über die Artikel. „Doch wir sehen uns ja nicht als Feinde der

Foto: Benjamin Jenak



Immer mittwochs tragen Vertrauensmann Mario Plewa und andere Gewerkschaftsmitglieder ihre IG Metall-T-Shirts im Betrieb.

► Geschäftsleitung“, so der Betriebsratsvorsitzende. Ganz im Gegenteil: „Wir verdienen hier unser Geld und sitzen im gleichen Boot. Und wir haben eine breite Unterstützung im Mittelbau des Managements. Der Produktionsleiter ist auch IG Metall-Mitglied. Unser Organisationsgrad liegt bei 70 Prozent.“

Noch ist das Projekt nicht abgeschlossen und das Ziel nicht erreicht. Doch Rothenburger hat schon eine Veränderung registriert. Die ganze Belegschaft stehe hochmotiviert hinter dem Standort und den neuen Wasserzählern. „Wir werden inzwischen ernster genommen“, sagt er. „Man spricht uns nicht mehr die Kompetenz ab.“

Erste Schritte zum Flächentarifvertrag

Das knallrote T-Shirt, das Mario Plewa unter dem Blaumann trägt, gehört zum Programm. In seinem Betrieb der Höfer Metall Technik, in dem er Vertrauensmann und Betriebsratsvorsitzender ist, war die IG Metall lange nicht so gern gesehen. 35 Mitglieder gab es in der 280 Leute starken

Belegschaft. Doch dann verhandelte die Gewerkschaft im Lauf von zwei Jahren in zwei Schritten Übergangsregelungen mit spürbaren Lohnerhöhungen. Das schweißte so zusammen, dass 120 neue Mitglieder in die Gewerkschaft eintraten. Und jeden Mittwoch tragen sie im Betrieb die roten IG Metall-T-Shirts.

Der Betrieb mit dem Standort Hettstedt in Sachsen-Anhalt gehört zur Unternehmensgruppe Höfer Metall Technik (HMT). In Hettstedt werden Aluminiumbolzen gegossen und zu Profilen verpresst, Abnehmer sind Auto- und Bauindustrie. Das Hauptproblem der Beschäftigten ist das gleiche wie im ganzen Bundesland: Es werden kaum Tariflöhne gezahlt. Deshalb heißt die Initiative „IG Metall vom Betrieb aus denken“ hier „Tarif Aktiv in Sachsen-Anhalt“.

Das Projekt half Plewa und seinen Mitstreitern, eine Kampagne aufzubauen, die der Belegschaft in den Verhandlungen mehr Gewicht verleiht, damit eines Tages auch hier der Flächentarifvertrag gilt. „Ein beträchtlicher Teil unserer Belegschaft hat noch letztes Jahr weniger verdient als den Mindestlohn von zwölf Euro. Um die ging es uns bei den Verhandlungen ganz besonders“, sagt Plewa. „Wir wollten die Löhne so weit anheben, dass sie sich in Rentenpunkten niederschlagen. Wir wollten die Altersarmut bekämpfen.“ Im Büro der IG Metall in Hettstedt klebt Plewa das Poster mit den vier Modulen der Qualifizierungsreihe an eine Tür: Besonders das zweite Modul war für das HMT-Projekt hilfreich. Hier erstellte das Team Aufgabenpläne, legte Rollen fest und überlegte, welche IG Metall-Mitglieder man in den Betrieben ansprechen könnte, um sie mit ins Boot zu holen. „Es war wichtig, die Rollen im Team zu klären, denn so konnten wir Druck aufbauen.“

Den Druck will Plewa weiterhin hoch halten, und dank der vielen neuen Gewerkschaftsmitglieder wird der Hebel länger. Das bislang Erreichte sieht Plewa als einen ersten Schritt: „Wir sind noch weit von den Flächentarifen weg. Doch ab dem 1. Januar 2023 bekommt hier keiner mehr weniger als 13 Euro.“ ■



EIN SCHLUPFLOCH WENIGER

URTEIL Der Europäische Gerichtshof hat die Rechte der Beschäftigten im Aufsichtsrat gestärkt und bestätigt, dass nationale Mitbestimmungselemente schützenswert sind. Der Gesetzgeber muss diese Chance nun nutzen.

Im SAP-Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) ging es um die Frage, ob bei der Gründung einer Europäischen Gesellschaft (SE) durch Umwandlung auch weitere wesentliche Elemente der Mitbestimmung geschützt sind, konkret um die Gewerkschaftssitze im Aufsichtsrat. Nach der Umwandlung in eine SE wollte der Softwareriese die Gewerkschaftssitze zunächst komplett streichen, konnte sich damit aber nicht durchsetzen. Im Ergebnis stand jedoch, dass im Fall einer möglichen zukünftigen Verkleinerung des Aufsichtsrats die Gewerkschaftssitze nicht mehr in einem eigenen Wahlgang bestimmt werden. „Auch das wäre einer Abschaffung der Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern im Aufsichtsrat gleichgekommen“, sagt Sebastian Sick, Jurist am Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.) der Hans-Böckler-Stiftung. Bereits im gewerkschaftsfern besetzten Besonderen Verhandlungsgremium kämpfte er bei der SE-Gründung gegen die Abschaffung der Gewerkschaftssitze und ebnete der Klage den Weg. Juristisch war die Meinungslage umstritten, und so fand der Gang vors Gericht auch viele Kritiker. Letztendlich ging es um eine Grundsatzfrage für die Gewerkschaften und um die Zukunft der Unternehmensmitbestimmung insgesamt. In den ersten zwei Instanzen mussten IG Metall und Verdi Niederlagen einstecken und gaben doch nicht auf. Ihr Durchhaltevermögen wurde belohnt: Das Bundesarbeitsgericht (BAG) und nun auch der EuGH bestätigten die Auffassung der Gewerkschaften. Auch die EU-Kommission und die Bundesregierung folgten der Position. „Der Erfolg gibt uns recht“, sagt Daniel Hay, Di-

rektor des I.M.U.. „Das getrennte Wahlverfahren für Gewerkschaftsvertreter im Aufsichtsrat bei der Umwandlung in eine SE hat Bestand. Eine tolle Bestätigung durch den EuGH für die Mitbestimmung im Aufsichtsrat“, so Hay.

Der Abschaffung von Gewerkschaftssitzen durch SE-Umwandlung hat der EuGH so einen Riegel vorgeschoben. Darüber hinaus erklärte der EuGH, dass alle wesentlichen nationalen Elemente der Mitbestimmung geschützt sind und in Zukunft für die gesamte europäische Belegschaft einer SE gelten. „Damit ist der nationale Gesetzgeber relativ frei, das Mitbestimmungsrecht zu schützen“, sagt Sebastian Sick vom I.M.U. Welche Kernelemente der nationalen Mitbestimmung darunter konkret fallen, müsse nun ausbuchstabiert werden.

Daniel Hay war von Beginn der gerichtlichen Auseinandersetzung an klar, dass es schwer werden würde: „In der Wissenschaft gibt es wenige Publikationen, die das Thema aus Mitbestimmungssicht behandeln, aber sehr viele arbeitgebernahe, auch wenn deren Argumente sehr dünn und dem anwaltlichen Beratungsgeschäft zugetan sind.“ Umso mehr freut er sich, dass sie nun Erfolg hatten: „Aus einer Minderheitenmeinung ist EuGH-Rechtsprechung geworden. Das wäre ohne die wissenschaftliche und koordinierende Unterstützung des I.M.U. der Hans-Böckler-Stiftung nicht möglich gewesen“, sagt Hay. Die hierzu speziell eingerichtete und von Sebastian Sick geleitete EuGH-Taskforce holte auch die europäischen Gewerkschaften und die Regierung von Luxemburg mit ins Boot. ■

„Ich bin voller Hoffnung“

PROTEST Während der Arbeit an ihrer Promotion fragte sich Azadeh Akbari, ob angesichts der modernen Überwachungsmethoden in autoritären Ländern demokratische Bewegungen eine Chance haben. Seit den Demonstrationen im Iran wächst ihre Hoffnung.

Von Fabienne Melzer

Seit einigen Wochen fliegen die Interviewanfragen bei Azadeh Akbari über alle Kanäle herein. Als Expertin für Überwachung in autoritären Staaten wie dem Iran ist die Wissenschaftlerin der niederländischen Universität Twente zurzeit sehr gefragt. Vor drei Jahren veröffentlichte sie ihre Dissertation zu dem Thema, die sie mit einem Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung geschrieben hatte.

„Unter anderem habe ich untersucht, wie Hidschab-Regeln überwacht werden und wie sie die Freiheit von Frauen im öffentlichen Raum einschränken. Die iranische Regierung kontrolliert Frauen mit Verkehrskameras selbst am Steuer.“

Manches konnte sie während der Arbeit nur vermuten, etwa, dass die iranische Regierung auch Künstliche Intelligenz nutzt, um die Menschen zu kontrollieren. Bestätigt fühlte sie sich in diesem Jahr von einem Bericht über einen Streit in einem Bus. Dort war offenbar eine Frau ohne Kopftuch mit einer Regimebefürworterin aneinandergeraten.

„Bereits einen Tag nach dem Streit wurde die unverschleierte Frau verhaftet. Das zeigt mir, dass die Regierung Gesichtserkennung nutzt. Seit ein paar Jahren gibt es digitale Ausweise, damit hat die Regierung eine Datenbank von allen Gesichtern. Ein solches Überwachungssystem ist sehr gefährlich für die Widerstandsbewegungen.“

Azadeh Akbari wurde 1983 im Iran geboren, vier Jahre nach der Iranischen Revolution. Das Tragen des Hidschabs war eine der ersten Regeln, die das

Regime durchgesetzt hatte. Auch das Familiengesetz, wonach Frauen sich scheiden lassen durften, wurde sofort abgeschafft. Dennoch sind Frauen nicht aus dem öffentlichen Raum verschwunden. Viele arbeiten, fast 60 Prozent der Studierenden sind Frauen. Der Iran hat eine der höchsten Alphabetisierungsraten im Nahen Osten. Von außen erscheint das wie ein Widerspruch. Azadeh Akbari sieht darin das Bild der Frau, wie es sich das iranische Regime ausmalt: Die moderne islamische Frau ist eine gute Mutter und gebildet, damit sie ihre Kinder gut erziehen kann. Doch immer weniger Frauen wollen diesem Bild entsprechen.

„Der Iran hat eines der höchsten Heiratsalter im Nahen Osten. Frauen sind im Schnitt über 30 und bekommen auch sehr spät Kinder. Die Regierung wollte die Frauen nach ihrem Ideal formen. Aber Frauen sind keine Puppen.“

Azadeh Akbari studierte Journalistik im Iran und schrieb über Frauen- und Kinderrechte. Das Regime entzog ihr die Erlaubnis, als Journalistin zu arbeiten. Sie fühlte sich immer mehr eingeschränkt. Frauen im Iran wissen nie, wann und wo ihnen Kontrollen begegnen. Besonders seit 2005 die Sittenpolizei gegründet wurde.

„Sie nehmen Frauen fest, fertigen sie ab wie Kriminelle und lassen sie manchmal auch psychologisch untersuchen. Eine Frau, die keinen Hidschab tragen will, wird als psychisch krank bezeichnet. Dieser Prozess ist so beleidigend und ungerecht. Wenn Frauen heute im Iran sagen, sie sind wütend, dann ist das eine Wut, die sich durch diese unzähligen Demütigungen über Jahre aufgestaut hat.“



Azadeh Akbari wurde selbst mehrmals verhört und stellte fest, dass ihre Telefonate abgehört worden waren. 2010 verließ sie schließlich den Iran, ging nach England, studierte an der London School of Economics und kam 2016 nach Deutschland. Dort forschte sie als Promotionsstipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung über die Überwachung im Iran. Seit die Menschen in ihrem Geburtsland täglich protestieren, holt sie ihr Thema wieder ein.

„Der Internet-Shutdown im Iran ist nicht nur Zensur, sondern ein völliges Abschneiden von Informationen. Das passiert aber nicht nur im Iran. Ich glaube, die Zukunft ist digital, und für diese digitale Zukunft müssen wir die Verantwortung übernehmen und Menschen in diesen Ländern das Internet zugänglich machen. Mit Starlink hat Elon Musk, gezeigt, dass es die Technik dafür gibt. Das ist super, aber niemand weiß, was Elon Musk mit den Daten macht. Warum können nicht internationale Organisationen wie die UNO einen freien Zugang für alle Menschen schaffen? Die Technik ist sehr schnell international geworden, aber die Gesetze sind immer noch lokal.“

Als Azadeh Akbari an ihrer Dissertation arbeitete, fragte sie sich, ob sich angesichts der staatlichen Überwachungskräfte in autoritären Ländern wie dem Iran überhaupt eine demokratische Bewegung mobilisieren lasse. Doch diese Proteste seien anders. Diesmal ist der Tod der Kurdin Masha Amini und das Vorgehen der Sittenpolizei Anlass der Demonstrationen. Seit Wochen kommen Menschen auf die Straßen und riskieren ihr Leben. Frauen sind diesmal die treibende Kraft, viele von ihnen demonstrieren ohne Hidschab. Azadeh Akbari sieht darin eine neue soziale und progressive Bewegung. Dafür spreche schon das Motto: „Frauen, Leben, Freiheit“.

„Früher ging es immer um Tod, auch im Widerstand. Da hieß es: ‚Tod dem Diktator!‘ Die Frauen bieten ein neues Verständnis von Gesellschaft. Es ist auch das erste Mal, dass Männer verstanden haben, dass sich die gesamte Gesellschaft nur durch die Befreiung der Frauen und anderer Minderheiten von der Unterdrückung befreien kann. Sie können die Menschen auf der Straße erschießen, aber sie können diese Entwicklung nicht mehr zurückdrehen. Deshalb bin ich voller Hoffnung.“



Foto: privat

Azadeh Akbari promoviert über digitale Überwachung im Iran.



Linda Glanz, angehende Regisseurin

Ans Theater sollte es gehen, das wusste Linda Glanz früh. Schon als Schülerin nahm sie an Performancewettbewerben teil, machte im Jugendclub des Deutschen Theaters in Berlin mit. „Was genau mir so gefiel, kann ich gar nicht sagen“, erzählt sie, „doch ich habe mich unter Theaternmenschen immer wohlfühlt.“

Also bewarb sie sich bei der Ernst-Busch-Hochschule für Schauspielkunst in Berlin, dort, wo von Henry Hübchen über Nina Hoss bis Lars Eidinger Generationen von Schauspielern durch eine straffe Schule gingen. Linda Glanz indes zog es nicht auf die Bühne, sondern hin zu Gestaltung und Konzeption, in den Studiengang Schauspielregie, der an „der Ernst Busch“ ebenfalls angeboten wird. Das Auswahlverfahren hatte es in sich. Als Höhepunkt der dreistufigen Auslese mussten die, die so weit gekommen waren, unter anderem unter den Augen von Schaubühnen-Intendant Thomas Ostermeier Regie führen. „Eine krasse Prüfungssituation“, konstatiert Linda Glanz und fragt: „Muss man potenzielle Studierende wirklich so etwas aussetzen?“ Dennoch ist sie froh, dass sie durchhielt – und angenommen wurde: „Heute erlebe ich die Atmosphäre meist als wertschätzend und inspirierend. Was immer wir vorhaben, wir werden unterstützt.“

In ihrer Arbeit ist die Berlinerin, die im vierten Semester studiert, immer auf der Suche nach aktuellen Themen. Schon für ihre Bewerbung arbeitete Linda Glanz zum Thema Supermarkt; für das kommende Semester plant sie eine Regiearbeit mit einigen Kassiererinnen. Wohin sie das führen wird, ob in die freie Szene oder an ein Stadttheater, ist noch offen, auch weil sie es sich in ihrer Branche kaum aussuchen kann. „Im Grunde sind wir alle darauf eingestellt, von Spielzeit zu Spielzeit zu schauen, was geht.“ Weil auch ihre Eltern selbstständige Künstler sind, schreckt sie das wenig. An dem Böckler^K-Stipendium schätzt sie außer den Kontakten zu Menschen, die etwas ganz anderes machen, auch gewerkschaftliche Sichtweisen: „Geprobt wird oft bis 22 Uhr und auch am Wochenende. Selbstausbeutung, Work-Life-Balance, Vereinbarkeit von Beruf und Familie – all diese Debatten stehen am Theater noch an.“

Cya Bazzaz, Komponist und Pianist

Mit einem musikalischen Wunderkind, das mit drei Klavier spielt und mit sechs auf der Bühne steht, hatte Cya Bazzaz nichts gemein. Er war schon zwölf, als er sich Gitarre und Keyboard selbst beibrachte, in einem Elternhaus, das vollauf damit beschäftigt war, vier Kinder in einem fremden Land auf einen guten Weg zu bringen. Seine Eltern hatten im Norden des Irak studiert, in Deutschland fuhr der Vater Taxi, die Mutter kümmerte sich um die Familie. Als ein Lehrer das Talent des kurdischen Berliners erkannte, war er schon 17. Erst dann meldete er sich an einer Musikschule an.

Was folgte, nennt Cya Bazzaz selbst einen verrückten Werdegang. Nach zwei Jahren gab es den ersten Förderpreis für ein Orchesterwerk, kurz darauf die erste Uraufführung eines Violinkonzerts. Wenig später plagten ihn Schmerzen im Handgelenk, Klavierspielen war über Jahre kaum möglich. „Ein Funke muss mich geleitet haben“, erzählt er, „nicht aufzugeben war im Grunde irrational.“ Immerhin, als Komponist konnte er dranbleiben, und als solcher stieg mit jedem Erfolg sein Selbstbewusstsein – auch seinen Eltern gegenüber. „Die hätten mich gern als Arzt, Ingenieur, oder Anwalt gesehen“, erzählt er, „was aus ihrer Perspektive auch völlig verständlich ist.“ Aus heutiger Sicht allerdings würde er gern mehr junge Menschen inspirieren, „ihren Interessen zu folgen, nicht einem vermeintlich vorgezeichneten Weg“.

Denn inzwischen studiert der Böckler-Stipendiat an der Berliner Universität der Künste im fünften Semester Klavier, im neunten Komposition. Bei der Hans-Böckler-Stiftung bewarb er sich auf Anregung einer Dozentin. Kontakt zu Gewerkschaften hatte er zuvor nie. Das passende Vokabular ist ihm hingegen wenig fremd: „Als Solo-Selbstständiger muss ich durch meine Kunst einen Mehrwert schaffen. Von Tarifikämpfen ist das weit entfernt.“ Und: Mitbestimmung und Teilhabe seien ihm auch bei seiner Musik wichtig: Wie bezieht man das Publikum in die Gestaltung von Konzerten ein? Wie können musikalische Kompetenzen besser gefördert werden, als das heute in Schulen geschieht? „All das sind Fragen, die mich bewegen“, berichtet Cya Bazzaz, der auch in seine Kompositionen gesellschaftspolitisch-philosophische Themen einbaut: „Ich bin immer auf der Suche nach neuen Perspektiven.“



Foto: Stephan Pramme

Kunst trifft Gewerkschaft

STUDIENFÖRDERUNG Die Hans-Böckler-Stiftung unterstützt auch Kunstschafter. Ein Pianist, eine Regisseurin und ein digitaler Künstler erhielten ein Stipendium und damit Einblicke in die Gewerkschaftswelt, die ihnen vorher fremd war.

Von Jeannette Goddar

Jaro Habiger, Spezialgebiet digitale Kunst

Es hätte auch Physik werden können oder Informatik. Als Jugendlicher verbrachte Jaro Habiger seine Freizeit im Schülerforschungszentrum, räumte so manchen Jugend-forscht-Wettbewerb ab, brachte sich selbst Programmieren bei. Doch als sich der Absolvent einer Reformschule die dazu passenden Studiengänge anschaute, stellte er fest: „Das wirkte alles enorm verschult.“

Also schickte der Kasseler eine Bewerbungsmappe an die Kunsthochschule, von der er wusste, dass dort freieres Lernen möglich ist. Zu sehen bekam die Auswahlkommission einiges, was Jaro Habiger für die Klimabewegung Fridays for Future gestaltet hatte. „Ich war ab dem dritten Treffen der Kasseler FFF-Gruppe dabei“, erzählt er, „und, weil ich gut am Computer war, eben schnell für Flyer und Demoaufrufe zuständig.“

Und das offenbar überzeugend. In diesen Tagen beginnt für ihn das zweite Semester im Studiengang Visuelle Kommunikation. Das nutzt er ebenfalls dafür, mit künstlerisch-digitalen Mitteln an politisch-gesellschaftlichen Botschaften zu arbeiten. Seine erste Uni-Arbeit, mit der er sich auch um das Böckler-K-Stipendium bewarb, ist dafür ein Beispiel: In einem künstlerischen Essay stellte er an einem interaktiven Ladebalken dar, wie lange Menschen in verschiedenen Berufen für einen Euro arbeiten müssen. „Ich wollte die Absurdität der Lohnungleichheit so plastisch darstellen wie möglich“, erzählt er. „Ich vermute, das hat auch der Hans-Böckler-Stiftung gefallen.“ Bei dieser beworben hat er sich vor allem wegen der angebotenen Seminare: „Ich bin kein Arbeiterkind, komme nicht aus der Gewerkschaftsbewegung. Gerade deswegen finde ich wichtig, mich linken Perspektiven zu nähern, die ich bisher nicht gut kenne“, sagt Jaro Habiger.

Wohin ihn das Studium führt, weiß er noch nicht – und so bald muss er das auch nicht. Seine Hochschule nimmt sich die Freiheit, weder Bachelor noch Master oder Diplom zu verleihen. Nach fünf Jahren bekommen die Absolventen den „Künstlerischen Abschluss der Kunsthochschule Kassel“. „Wenn alle Stricke reißen“, sagt er lakonisch, „kann ich dann ja immer noch Softwareentwickler werden. Der Plan ist es nicht.“

Die Stiftung fördert Kunst

Mit dem Böckler^K-Stipendium unterstützt die Hans-Böckler-Stiftung Studierende aller Kunstrichtungen. Jährlich werden 15 Studierende aus dem Bereich der bildenden, angewandten und darstellenden Künste, der Musik, des kreativen Schreibens sowie der digitalen Kunst neu in die Förderung aufgenommen.

Starke Mitbestimmung für eine starke Demokratie

EVENTS Die Mitbestimmung in Form des Betriebsverfassungsgesetzes feierte in diesem Jahr nicht nur Geburtstag, sie wird auch mehr denn je gebraucht. Das zeigte sich in den Diskussionen und Vorträgen verschiedener Veranstaltungen der Hans-Böckler-Stiftung.

Von Jeannette Goddar und Fabienne Melzer

Foto: GERNGROSS + GLOWINSKI



Manchmal hilft ein Blick von außen, die eigene Lage deutlicher zu sehen. Einen solchen Blick warf Oliver Nachtwey, Professor für Sozialstrukturanalyse an der Universität Basel, von der Schweiz auf Deutschland und fragte zu Beginn seines Vortrags beim Herbstforum des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung in Berlin: „Warum ist Deutschland im Verhältnis zu Großbritannien und den USA stabiler – trotz gewachsener Ungleichheiten?“ Seine Hypothese: „Weil es in Deutschland eine erweiterte Form der Demokratie gibt, die Mitbestimmung.“

Claudia Bogedan, Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung, verwies auf die Forschungsergebnisse des WSI: „Es gibt einen Zusammenhang zwischen der demokratischen Verfasstheit einerseits und den Löhnen und Arbeitsbedingungen andererseits.“ Darüber hinaus verdeutlichte WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch die Wirkung der Mitbestimmung auf die

Demokratie insgesamt: „Wer an seinem Arbeitsplatz mitreden kann, neigt seltener zu antidemokratischen Ansichten und fürchtet sich auch weniger vor dem technischen und digitalen Wandel.“ Auch aus diesem Grund sollten Gesellschaft und Regierende ein Interesse daran haben, die drei Säulen von Demokratie in Arbeit zu stärken: betriebliche Mitbestimmung, Unternehmensmitbestimmung und Tarifautonomie.

In der historischen Herleitung zeigte Oliver Nachtwey eine Besonderheit von Demokratie in Arbeit: Die industriellen Staatsbürgerrechte berühren alle Ebenen, die zivilen Staatsbürgerrechte wie die Meinungsfreiheit oder die politischen, etwa das Recht, eine Vertretung wählen zu können.

Die Digitalisierung sowie die zunehmende Zersplitterung von Belegschaften in Stamm-, Leih- und Werkvertragsbeschäftigte fordere die Erneuerung der industriellen Staatsbürgerrechte heraus. „Früher waren in einem IG-Metall-Betrieb alle Beschäftigten Teil des Unterneh-



Diskussionsrunde beim WSI-Herbstforum (links); Ständchen zum 70. Geburtstag des Betriebsverfassungsgesetz (Mitte); Gruppenbild mit Herrn: WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch, DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi, Bundeskanzler Olaf Scholz und Stiftungsgeschäftsführerin Claudia Bogedan (v.l.n.r.) bei der Feier zum 70. Geburtstag des Betriebsverfassungsgesetzes.

► mens. Heute sind Catering und Security outgesourct, Ingenieure arbeiten über Werkverträge“, sagte Nachtwey. In vielen Dienstleistungsbereichen löse sich die Belegschaft völlig auf. „Ein Essenskurier hat keinen Vorgesetzten mehr. Er bekommt seine Aufträge vom Algorithmus.“

Wie Mitbestimmung hier gelingen kann, war Thema eines der Foren. Der Soziologe Heiner Heiland von der Georg-August-Universität in Göttingen attestiert der Branche eine „lebendige und aufregende“ Organisierung von Beschäftigten, etwa bei den Protesten der Kurier*innen des Lieferdienstes Gorillas oder in der Facebook-Gruppe „Liefern am Limit“. Die gute Nachricht: Der Trend gehe klar zur Festanstellung – und zur Gründung von Betriebsräten.

Johanna Wenckebach, die Direktorin des Hugo Sinzheimer Instituts der Hans-Böckler-Stiftung, zog eine gemischte Bilanz: Die Lücken im 70 Jahre alten Betriebsverfassungsgesetz seien groß. Neben digitalen Zugangsrechten für Gewerkschaften brauche es mehr Mitbestimmung bei der künstlichen Intelligenz, etwa im Datenschutz.

Claudia Bogedan eröffnete das Abschlusspodium mit klaren Worten. In Zeiten, in denen viel Erreichtes brüchig werde, sei klar: Der Kapitalismus wird Lücken, die man ihm lässt, immer nutzen. Und die Lücken seien zurzeit groß: „Klima, Ökologie, Geschlechtergerechtigkeit, Vielfalt – keins der großen Themen unserer Zeit ist seiner Bedeutung entsprechend im Betriebsverfassungsgesetz verankert.“

Einige Wünsche blieben offen

Wer zu einer Geburtstagsfeier eingeladen wird, bringt Geschenke mit. Zu einem runden Geburtstag fallen die Geschenke schon mal etwas größer aus. Mit dieser Erwartung begrüßte Stiftungsgeschäftsführerin Claudia Bogedan die Gäste, die zum 70. Geburtstag des Betriebsverfassungsgesetzes Anfang November nach Berlin gekommen waren. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz war der Einladung von DGB und Hans-Böckler-Stiftung gefolgt. Auf sein Geburtstagsgeschenk waren wohl alle am meisten gespannt.

Schließlich kann nur die Bundesregierung der Mitbestimmung den zurzeit größten Wunsch erfüllen: ein Betriebsverfassungsgesetz auf der Höhe der Zeit. Die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi sieht die Gesellschaft in einer Phase, in der Mut und Einsatz gefragt sind. „Transformation, zumal in Krisenzeiten, kann aber nur gelingen, wenn sie auf dem Auge sozialer Nachhaltigkeit nicht blind bleibt“, sagte Fahimi beim Festakt in Berlin. Nur fehlten hierfür der Mitbestimmung nach 70 Jahren die passenden gesetzlichen Werkzeuge. Das fange schon bei der grundlegenden Frage an, ob Beschäftigte ihr Vertretungsrecht wahrnehmen können. So wird jede sechste Betriebsratsneugründung mit illegalen Mitteln behindert.

Aus eigener Erfahrung konnte dazu Serdal Sardas, erster und einziger Betriebsratsvorsitzender bei Amazon in Deutschland, berichten. Der Weg zum Betriebsrat am Amazon-Standort Wunstorf war lang und steinig. Ohne die stän-



dige Unterstützung der Gewerkschaft Verdi hätten sie es kaum geschafft. Für viele Beschäftigte in Wunstorf war es nicht nur die erste Betriebsratswahl: Viele sind Geflüchtete und konnten zum ersten Mal überhaupt demokratisch wählen. Deshalb geht es für WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch bei der Erneuerung des Betriebsverfassungsgesetzes um mehr als Paragraphen: „Es geht um die Frage, ob wir Menschen das Recht zugestehen, demokratische Teilhabe am Arbeitsplatz zu erleben. Damit steht und fällt auch die Glaubwürdigkeit der Demokratie.“

Auch Bundeskanzler Olaf Scholz betonte die Wichtigkeit der Mitbestimmung für das Gelingen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels. Die Transformation könne nur mit Betriebsräten gelingen. Sie wissen, was die Beschäftigten brauchen, vermitteln zwischen Unternehmensleitung und Belegschaft. „Damit Betriebsräte das alles leisten können, wollen wir sie stärken und das Betriebsverfassungsgesetz weiterentwickeln“, sagte Scholz und zählte die im Koalitionsvertrag genannten Reformen auf: das Recht auf digitalen Zugang zum Betrieb und die Einstufung der Betriebsratsbehinderung als Offizialdelikt.

Da blieben noch einige Wünsche offen. So sprach Yasmin Fahimi neben diesen beiden Reformen weitere notwendige Änderungen an wie das Mitspracherecht beim Umwelt- und Klimaschutz, bei der Digitalisierung, der Vielfalt im Betrieb sowie eine Demokratiezeit für alle Beschäftigten. ■

Soziale Rechte wurden und werden erkämpft

Fast alle sozialen Rechte wurden zunächst von Gewerkschaften erkämpft und dann verallgemeinert. Darauf wies der Soziologe Oliver Nachtwey beim WSI-Herbstforum hin und nannte als Beispiel den Kampf der IG Metall um Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Das gilt bis heute. So schloss die IG BCE im August eine Vereinbarung mit dem Arbeitgeberverband Chemie über ein digitales Zugangsrecht der Gewerkschaften zum Betrieb ab. Viele Menschen arbeiten heute mobil und sind über ihren Betrieb nur selten erreichbar. IG-BCE-Vorstandsmitglied Karin Erhard nannte die Vereinbarung einen wichtigen Türöffner. „Nur mit zeitgemäßer, digitaler Kommunikation können wir Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung zukunftsfähig machen“, sagte sie. Was die IG BCE vorgemacht hat, will die Bundesregierung nun in ein Gesetz für alle gießen.



Foto: Annette Hornischer

Mehr Rechte für eine bessere Transformation

Bereits auf der Engineering- und IT-Tagung im September machte die Zweite Vorsitzende der IG Metall, Christiane Benner, deutlich, wie wichtig angesichts der Transformation eine Erneuerung des Betriebsverfassungsgesetzes sei. Sie zitierte eine Umfrage ihrer Gewerkschaft, wonach rund die

Hälfte der Befragten angab, dass ihr Betrieb keine Strategie für die Transformation habe. Deshalb forderte Benner: „Viele Betriebsräte haben Alternativkonzepte entwickelt. Die werden von Arbeitgebern oft einfach abgelehnt. Wir brauchen als Kernstück einen erzwingbaren Interessenausgleich nach Paragraph 112 Betriebsverfassungsgesetz.“

Mit Charisma, Charme und Pfeife

Frank von Auer war ein Mann, der stolz auf seine Herkunft aus baltendeutschem Adel war, aber ohne jeden Dünkel. Die GEW-Gewerkschafterin Ilse Brusis, die ihn als Vorstandsvorsitzende der Stiftung im Jahr 1983 zum Geschäftsführer machte, beschreibt ihn als „sehr angenehmen, gebildeten und immer gut informierten Kollegen“. In der Stiftung, die damals eine wichtige Rekrutierungsfunktion für hauptamtliche Gewerkschafter hatte, sorgte er dafür, dass Seilschaften mit einer zu großen ideologischen Nähe zur DDR nicht an Einfluss gewannen. Zugleich schuf er eine moderne Abteilungsstruktur, machte die Stiftung zu einem Akteur im politischen Diskurs der Bundesrepublik und vermarktete die Ergebnisse der Forschungsförderung auf Pressekonferenzen zu Themen wie Umweltschutz, Rüstungskonversion und Gleichstellung. In der „Kommission Mitbestimmung“, die Anfang des Jahres 1998, kurz nach von Auers Ruhestand, Empfehlungen zur Zukunft der

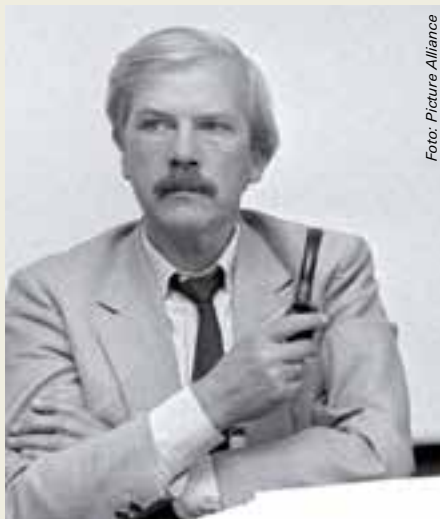


Foto: Picture Alliance

Frank von Auer auf einer Pressekonferenz (1986)

Mitbestimmung vorlegte, kooperierte er mit der Bertelsmann-Stiftung. Von Auer, der 1939 in Tallin zur Welt gekommen war, wuchs in Hessen in bitterer Armut auf. Als junger

Mann engagierte er sich im Liberalen Studentenbund Deutschlands (LSD), der von der FDP finanziell unterstützt wurde. Als es 1969 zum Bruch des LSD mit der Partei kam, weil dieser beanspruchte, „integraler Bestandteil der sozialistischen Opposition zu sein“, war Frank von Auer sein letzter Vorsitzender – und längst Mitglied der SPD. Vor seinem Amt als Geschäftsführer der Stiftung (neben Gerhard Leminsky) und Sprecher der Geschäftsführung hatte von Auer ab 1970 bei der GEW gearbeitet, erst als Referent für Presse, Öffentlichkeitsarbeit und Werbung, und von 1977 bis 1983 dem Hauptvorstand angehört. Frank von Auer, ein passionierter Pfeifenraucher, blieb bis September 1997 Geschäftsführer der Stiftung. Danach widmete er sich den deutsch-israelischen Beziehungen, die er als Sozialattaché an der Deutschen Botschaft in Tel Aviv überaus engagiert pflegte. Frank von Auer verstarb am 21. Oktober 2022 in Mainz. Er wurde 83 Jahre alt. ■

STUDIENFÖRDERUNG

50. Tagung der Vertrauensdozentinnen und -dozenten

Als Ingenieur wählte Johannes Weinig eine technische Metapher: „Das Schöne an so einer Tagung“, sagte der Sprecher der Vertrauensdozentinnen und -dozenten der Hans-Böckler-Stiftung, „ist doch, dass man sich einfach mal wieder kalibriert.“ Dass man sich im Austausch besinnt auf die gemeinsamen Werte, „das Soziale, die Gerechtigkeit, der faire Umgang miteinander“. Der Bielefelder Professor für Wasser- und Abfallwirtschaft konnte Ende Oktober rund 150 Teilnehmer zur 50. Konferenz der Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten der Hans-Böckler-Stiftung in Bremen begrüßen. Im Fokus standen der Klimawandel und die Rolle der Wissenschaft bei der sozialökologischen Transformation,

über die auch Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte mit den Gästen diskutierte. Ohne die Vertrauensdozenten, betonte Stiftung-Geschäftsführerin Claudia Bogedan, sei der Einsatz der Stiftung für Bildungsgerechtigkeit nicht denkbar. „Sie sind die Menschen vor Ort, die Studierende mit Rat und Tat unterstützen“, erklärte sie. Für den Einstieg in die Debatten sorgte mit Mojib Latif einer der bekanntesten Klimaforscher des Landes. In seiner Keynote machte er deutlich, wie lange die Gefahr der Erderwärmung schon bekannt ist und wie wenig dagegen getan wurde. Um die Transformation zu gestalten, müssten Betroffene zu Beteiligten gemacht werden, forderte Karin Luckey, Rektorin der Hochschule

Bremen. Andreas Keller, Stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft GEW, warb für eine „Erneuerung der Hochschulen an Haupt und Gliedern“: mehr Grundfinanzierung statt Rangeln um Drittmittel, weg vom „Hire and fire“-Prinzip der Zeitverträge. Jutta Günther, Rektorin der Universität Bremen, kritisierte die „engen Karrierewege“, auf denen „kein Platz für Transfer“ sei. Zumindest der Wunsch der Uni-Rektorin, dass die Diskussionen nach draußen zu den Studierenden getragen werden mögen, dürfte in Erfüllung gehen. Zu den Gästen zählte auch Hubertus Hess-Grunewald, Präsident von Werder Bremen und Alumnus der Stiftung, sodass auch eine Stadionführung nicht fehlte. ■

VERWALTUNG

Das sind unsere Azubis

Ivan Tissen und Dana Scheeres heißen die beiden Auszubildenden in der Stiftung. Dana Scheeres hat ihre Ausbildung erst im August begonnen und lernt gerade die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Transfer kennen. „Was ich bisher von der Stiftung gesehen habe, gefällt mir super“, sagt sie. Ivan Tissen, der schon seit 2021 dabei ist, urteilt ähnlich: „An der guten Atmosphäre im Haus merkt man sofort, dass die Stiftung kein Unternehmen ist, in dem es um Gewinnerzielung geht.“ Seine nächste Station ist die EDV. Vanessa Grave, Personalleiterin der Stiftung, freut sich über jeden Ausbildungsplatz: „Das ist eine zukunftsstiftende Seite der Personalarbeit und macht besonders Spaß.“ Die Hans-Böckler-Stiftung hat auch während der Coronapandemie durchgehend Ausbildungsplätze angeboten. ■



Foto: Karsten Schöne

STUDIENFÖRDERUNG

Die Magie des Glases



Foto: Kay Meiners

Es ist ein uralter Werkstoff, den sich die Künstlerinnen Ulrike Mohr und Veronica Andres vorgenommen haben. Im Foyer der Stiftung zeigen sie die Ergebnisse einer künstlerischen Recherche zum Glashandwerk, die sie in der Glass Factory im schwedischen Boda, in den Werkshäl-

len der 2003 stillgelegten Glashütte Boda Glasbruk, unternommen haben. Mit Fotografien, Interviews und eigenen Experimenten spüren die Ex-Stipendiatinnen der Stiftung dem historischen Wandel in der Glasindustrie nach. Von Ulrike Mohr sind unter anderem ballonartige Objekte mit verkohlten Rückständen im Inneren zu sehen, die das Glas mit dem Köhlerhandwerk verbinden und Assoziationen an vorindustrielle Nutzungen von Rohstoffen und Energie wecken. Veronica Andres zeigt Fotos und Interview-Auszüge zur Glasproduktion in der schwedischen Region Småland. Zur Ausstellung ist begleitend ein Katalog erschienen. ■

PERSONALIA

Neue Chefredakteurin



Foto: Marina Sander

Claudia Czingon übernimmt ab Januar 2023 die Redaktionsleitung der WSI-Mitteilungen. Die promovierte Soziologin ist eine erfahrene Wissenschaftsredakteurin. Seit 2018 war Claudia Czingon bis zu

ihrem Wechsel in die Stiftung am WZB als verantwortliche Redakteurin des „Leviathan – Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft“ tätig. ■

Freiwilliges Soziales Jahr



Foto: Karsten Schöne

Lorenz Adelman hat im September sein Freiwilliges Soziales Jahr im politischen Leben (FSJ) bei der Hans-Böckler-Stiftung begonnen.

„Meine Bewerbung war eine Initiativbewerbung“, sagt Adelman,

der vor dem Studium etwas anderes machen wollte. Plätze für das FSJ gelten als rar, es gibt deutlich mehr Interessierte als freie Stellen.

„Sehr freundliche Kollegen und interessante Aufgaben“ – so beschreibt Adelman den ersten Eindruck von der Stiftung. ■

Ökonom am IMK



Foto: Karsten Schöne

Tom Bauermann leitet seit September das neu geschaffene Referat „Makroökonomie der sozial-ökologischen Transformation“ am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK). Bauer-

mann hat an der Ruhr-Universität Bochum promoviert. In den letzten zwei Jahren war er bei der SPD-Fraktion der Bremischen Bürgerschaft als Referent für Wirtschaft, Arbeit, Klimaschutz, Energie und Digitalisierung zuständig und hat dort in der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ mitgearbeitet. Aufgabe war es, eine beschäftigungssichernde Transformationsstrategie für das Land Bremen zu entwerfen. ■

Thema: Industrie

STIFTUNG Welche Zukunft hat die Industrie? Wie bewältigt sie die sozial-ökologische Transformation? Und wie kann die Wissenschaft die Praxis wirksam unterstützen? Überall in der Stiftung wird an diesen Themen gearbeitet.

Von Kay Meiners

TATJANA BAUER ist am I.M.U. Expertin für Wissensmanagement. Sie transferiert die Forschungs- und Arbeitsergebnisse des Instituts in Formate wie Videos und Social Media.

2



OLIVER EMONS ist am I.M.U. unter anderem zuständig für die Branchenmonitore, die das Institut herausgibt und in regelmäßigen Abständen aktualisiert.

3



1

JAN-PAUL GIERTZ berät und vernetzt Mitbestimmungssakteure und Personaler zu den Themen Arbeitspolitik und Transformation u. a. in der Industrie. Er ist Experte für strategische Personalplanung, Personalstrategie als Mitbestimmungsthema und Qualifizierung.



4

MICHAEL STOLLT koordiniert die Szenarien-Aktivitäten im I.M.U. Der Szenarien-Ansatz bietet einen konstruktiven Zugang, mögliche Veränderungen frühzeitig zu begleiten. Im Fokus stehen hierbei häufig branchenbezogene Transformationsprozesse.



8

SASKIA FREYE leitet in der Forschungsförderung den Bereich „Strukturwandel und globale Arbeitsteilung“ und betreut dort unter anderem das Projekt „Monitoring Innovations- und Technologiepolitik“. Gemeinsam mit Sabrina Hellfeier koordiniert sie zudem den Forschungsverbund „Sozial-ökologische Transformation“.

Fotos: Karsten Schöne (01, 02, 03, 04, 08); Hans-Böckler-Stiftung (05); Uli Baatz (06, 07)



SABINE STEPHAN ist Expertin für Außenhandel und Handelspolitik am IMK. Sie forscht zu internationalen Handelsabkommen und immer wieder auch zu den Folgen von Handelskonflikten, etwa für die Automobilindustrie.

ALEXANDER HERZOG-STEIN forscht am IMK zur Arbeitsmarktökonomik und zu den Auswirkungen von Krisen und Transformationsprozessen auf den Arbeitsmarkt insgesamt und auf einzelne industrielle Branchen.



ULRIKE STEIN arbeitet unter anderem zu Einkommensverteilung und Arbeitsmarkt. Zusammen mit Sabine Stephan und Alexander Herzog-Stein erforscht sie zum Beispiel die Wirkung von Transformationsprozessen in der Automobilindustrie.



Die Formen der Zusammenarbeit in der Hans-Böckler-Stiftung sind komplex und vielfältig. Dieses Format stellt ausschnitthaft und ohne Anspruch auf Vollständigkeit Beschäftigte vor, die an einem Querschnittsthema arbeiten.

DURCHBLICK

Wirtschaftspodcast



Im Böckler-Podcast „Systemrelevant“ analysieren führende Wissenschaftler der Hans-Böckler-Stiftung gemeinsam mit Moderator Marco Herack, was Politik und Wirtschaft

bewegt: makroökonomische Zusammenhänge, ökologische und soziale Herausforderungen und die Bedingungen einer gerechten und mitbestimmten Arbeitswelt. Hier wird die Gaspreisbremse erklärt oder die Übergewinnsteuer diskutiert.

www.boeckler.de/de/podcasts-22421.htm

Branchenmonitore

Die Branchenmonitore des I.M.U. geben einen grafisch orientierten Kurzüberblick über wesentliche strukturelle, konjunkturelle und sonstige Entwicklungen in einer Branche. Sie liefern kurz und knapp Informationen zu Wettbewerb, Abhängigkeiten, Beschäftigungssituation, Nachhaltigkeit, aktuellen Trends und wichtigen Themen in einer Branche. Zielgruppe sind Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten und Betriebsräte.

www.mitbestimmung.de/html/ubersicht-aller-branchenmonitore-a-z-12438.html

Kurz & gut



Die neue Videoserie der Hans-Böckler-Stiftung gibt praxisnahe Einblicke in aktuelle Projekte und Studien des I.M.U.

Gezeigt wird, wie Betriebsräte und Gewerkschaften die Herausforderungen unserer Zeit angehen und worauf es in der betrieblichen Praxis ankommt. Bisher sind fünf Folgen erschienen; die Themen reichen von der Digitalisierung bis zur sozial-ökologischen Transformation.

www.mitbestimmung.de/html/kurz-gut-17817.html

ALTSTIPENDIATEN DER STIFTUNG

Der Bischof

JÜRGEN JOHANNESDOTTER war der erste von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Theologiestudent. Der Arbeitersohn wurde später evangelischer Landesbischof – und hält der Gewerkschaft bis heute die Treue.

Von Joachim F. Tornau – Foto Christian Burkert

An dem Foto hat Jürgen Johannesdotter seine helle Freude. Es zeigt ihn bei einer Maikundgebung der Gewerkschaften vor etlichen Jahren. Zu sehen ist der damalige Bischof der evangelisch-lutherischen Landeskirche Schaumburg-Lippe am Rednerpult der IG Metall, schwarz gewandet mit weißem Bischofskragen, die Sonne auf dem Transparent im Hintergrund formt sich um seinen Kopf wie ein Heiligenschein.

Den 79-jährigen amüsiert die Provokation, die das Foto für manch konservativen Christen bedeuten mag. Aber in der Sache ist es ihm ernst. „Von klein auf bin ich bei jeder Maikundgebung gewesen“, sagt er. Und damit habe er, der Theologe, der seit Jugendtagen Mitglied der IG Metall ist, nie wieder aufgehört. Nicht als Dorfpfarrer in Ostfriesland, nicht als Studiendirektor im Predigerseminar Kloster Loccum, nicht als Landessuperintendent im Kirchensprengel Stade. Und auch nicht, als er schließlich Bischof in Bückeburg wurde. „An fast jedem 1. Mai habe ich eine Rede gehalten.“ Über Gerechtigkeit. Über die Sozialverpflichtung des Eigentums. Über die Solidarität, die für ihn die politische Schwester der christlichen Nächstenliebe ist.

„Wo ich herkomme, war Solidarität kein Schlagwort, sondern ein Lebewort“, sagt Johannesdotter. Und so versteht er auch seinen Glauben: Nicht allein in schönen Worten zeige er sich, sondern im Tun. Der Mann, der, seit 2009 im Ruhestand, so beeindruckend Karriere machte in der evan-

gelischen Kirche, stammt aus einer armen Arbeiterfamilie. Mit vier Geschwistern wuchs er in Bramsche bei Osnabrück auf als Sohn eines Weltkriegsinvaliden und einer Fabrikarbeiterin, die die Familie mit ihrer Arbeit in einer Drahtlackiererei mühsam über Wasser hielt. Auch Jürgen musste zum Familienunterhalt beitragen, erst mit



Foto: privat

Student Jürgen Johannesdotter

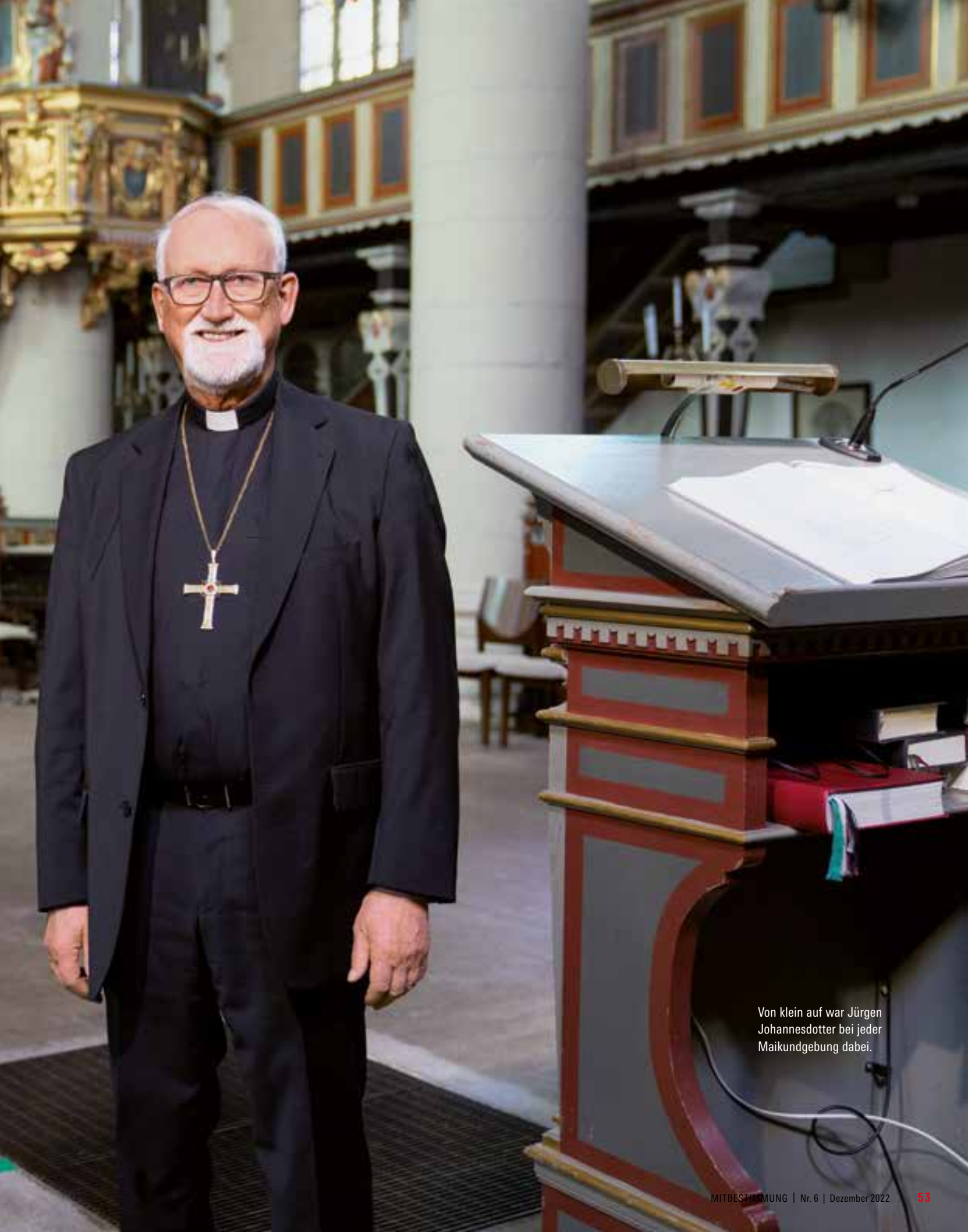
Botengängen, dann als Hilfsarbeiter in der Drahtfabrik und später als Arbeiter auf dem Bau.

In einer Kirche, deren Wände er damals mauerte, für 2,72 DM pro Stunde, das weiß er noch genau, stand Johannesdotter 40 Jahre später auf der Kanzel. Ein Sinnbild seines Lebenswegs. „Was ich immer noch empfinde, ist eine tiefe Dankbarkeit, dass ich diesen Weg gehen durfte“, sagt er. Viel verdanke er seiner Mutter. Als „ausgesprochen politisch denkend, feinfühlig und

klassenbewusst“ beschreibt er sie, die wie der Vater früh gestorben ist. Sie war es, die ihn bei der Gewerkschaft anmeldete, und sie war es auch, deren Gewerkschaftskontakte ihm nach dem Abitur, das er als erstes Kind aus dem Bramscher Arbeiterviertel ablegen konnte, ein Studienstipendium der Stiftung Mitbestimmung verschafften.

Dass die Vorläuferin der Hans-Böckler-Stiftung mit ihm zum ersten Mal einen Theologiestudenten förderte, lag allerdings nicht an der Mutter. „Ich habe nie ein Gebet zu Hause gehört, auch kein Tischgebet“, erzählt Johannesdotter. Schon für Soziologie sei er eingeschrieben gewesen, da habe ihm ein Pfarrer den Floh der Theologie ins Ohr gesetzt. Den Ausschlag jedoch hätten die vielen Gespräche gegeben, die er in Marburg mit dem dortigen Vertrauensdozenten der Stiftung führte, dem Literatur- und Theaterwissenschaftler Johannes Klein. „Ein Katholik, der aus der Kirche ausgetreten, aber damit nicht fertig war“, sagt Johannesdotter. „Auch dank ihm ist aus meiner Neugier immer mehr Überzeugung geworden.“

Der Mann, der noch heute die Scheinheiligkeit mancher seiner 68er-Mitstudierenden aus wohlhabendem Elternhaus brandmarkt – „links reden, rechts leben, das geht gar nicht“ –, er wollte in religiösen Fragen nie ein Revoluzzer sein. „In manchem bin ich konservativ“, sagt er. Heute lebt der ehemalige Landesbischof abwechselnd in Bückeburg und auf Norderney. Gelegentlich steigt er dort auch heute noch auf die Kanzel, als Urlaubsvertretung. ■



Von klein auf war Jürgen
Johannesdotter bei jeder
Maikundgebung dabei.

BÖCKLER- FÜR AUFSICHTSRÄTE

Weiterbildung für Aufsichtsrät*innen

Die Hans-Böckler-Stiftung bietet im Jahr 2023 erneut eine eigene Seminarreihe mit Fachthemen für Aufsichtsräte an. Sie ergänzt das Qualifizierungsangebot der Gewerkschaften und des DGB-Bildungswerks.

Vorstandsvergütung

Welche Möglichkeiten bestehen zur nachhaltigen Ausrichtung?

**2. und 3. Februar 2023
in Düsseldorf**

Zukunftstechnologie „Künstliche Intelligenz“

Gibt es Gestaltungsspielräume für menschengerechte Arbeit?

9. Februar 2023, online

Jahresabschluss

Welche Rechte und Pflichten habe ich?

**14. und 15. Februar 2023
in Düsseldorf**

Neues im Aufsichtsratsrecht

Was ist aktuell auf der Agenda?

6. März 2023, online

Das nachhaltige Unternehmen

Wie kann Nachhaltigkeit im Unternehmen verankert werden?

**23. und 24. März 2023
in Düsseldorf**

Unternehmensfinanzierung

Wie finanzieren Unternehmen die Transformation?

19. und 20. April 2023 in Düsseldorf

Szenarien

Mit welchen Strategien navigieren wir durch unsichere Zeiten?

25. und 26. April 2023 in Düsseldorf

Haftung

Welches Risiko übernehme ich?

16. Mai 2023 in Düsseldorf

Neues in der Bankenregulierung

Welche Entwicklungen sind relevant?

22. und 23. Mai 2023, online

Ökologische Nachhaltigkeit

Wie steht es um Messbarkeit, Rechte und Pflichten?

5. und 6. Juni 2023 in Düsseldorf

Resilienz im Wandel

Was stärkt Unternehmen in der Transformation?

20. und 21. Juni 2023 in Düsseldorf

Unternehmensstrategie

Wie kann der Aufsichtsrat Einfluss auf die Strategie nehmen?

**6. und 7. September 2023
in Düsseldorf**

Mikropolitik in Organisationen

Legitime Machtmittel für die Mitbestimmung?

21. September 2023 in Düsseldorf

Personalstrategie

Gestaltungsfeld für die Mitbestimmung?

27. September 2023 in Düsseldorf

Personalrisikomanagement

„Missing Link“ in der Unternehmensführung?

28. September 2023 in Düsseldorf

Verschwiegenheit

Was gilt für Insiderrecht und Whistleblowing?

17. Oktober 2023, online

Risikomanagement

Wie beugen Unternehmen bestandsgefährdenden Risiken vor?

**7. und 8. November 2023
in Düsseldorf**

Digitalisierung

Wie ändern sich Aufsichtsratsarbeit und Strategie?

15. November 2023 in Düsseldorf

Fusionen und Übernahmen

Wie managen Unternehmen M&A-Transaktionen?

22. und 23. November 2023 in Düsseldorf

ESG und Sustainable Finance

Was ist wichtig für Arbeitnehmervertreter*innen?

**27. und 28. November 2023
in Düsseldorf**

Planspiel Aufsichtsratssitzung

Wie arbeitet der mitbestimmte Aufsichtsrat?

**12. und 13. Dezember 2023
in Düsseldorf**

Jahresabschluss

Wie analysiere ich ihn kritisch?

**14. und 15. Dezember 2023
in Düsseldorf**

SEMINARE

2023

Hinweis: Die Böckler-Seminare für Aufsichtsrät*innen 2023 werden zum Teil in Präsenz und zum Teil online durchgeführt.



„Böckler Spotlight Nachhaltigkeit“

Neue Online-Seminarreihe

Das I.M.U. bietet in der ersten Jahreshälfte 2023 eine spezielle Reihe zu aufsichtsratsrelevanten Nachhaltigkeitsthemen an. Unter dem neuen Format „Böckler Spotlight“ finden, ergänzend zum allgemeinen Seminarprogramm, kurze Onlineseminare mit einzelnen Schlaglichtern statt.

1. Nachhaltigkeitsstandards in der Unternehmensberichterstattung

Ein Plus für mehr Nachhaltigkeit?

11. Januar 2023, online von 10 bis 12 Uhr

2. Nachhaltigkeit im Corporate Governance Kodex

Was ändert die Kodex-Reform 2022 für die Unternehmensführung?

25. Januar 2023, online von 10 bis 12 Uhr

3. Corporate Sustainability Directive (CSRD) und EFRAG-Standards

Welche Änderungen gibt es in der Nachhaltigkeitsberichterstattung?

22. Februar 2023, online von 10 bis 12 Uhr

4. EU Sustainable Finance Taxonomie

Welche Anwendungsbereiche gibt es für das Klassifizierungssystem?

15. März 2023, online von 10 bis 12 Uhr

5. ESG-Kriterien in der Unternehmensfinanzierung

Wie beeinflussen sie die Kapitalbeschaffung der Unternehmen?

29. März 2023, online von 10 bis 12 Uhr

6. Das deutsche Lieferkettengesetz

Mehr Transparenz in der Lieferkette?

5. April 2023, online von 10 bis 12 Uhr

7. Nachhaltigkeitskriterien in der Vorstandsvergütung

Wie lassen sie sich in Vergütungssystemen verankern?

3. Mai 2023, online von 10 bis 12 Uhr

8. Nachhaltiges Personalmanagement

Neue Perspektiven der Unternehmensführung?

31. Mai 2023, online von 10 bis 12 Uhr

SAVE THE DATE Böckler Konferenz für Aufsichtsrät*innen 13. und 14. Juni 2023 in Berlin

ANMELDUNG UND WEITERE INFORMATIONEN:

Anmeldung zu den Seminaren und ausführliche Informationen unter www.mitbestimmung.de/ar-seminare

Es fallen keine Gebühren oder Übernachtungskosten an, lediglich die Fahrtkosten sind von den Teilnehmern selbst zu tragen.

ANSPRECHPARTNER*IN FÜR DAS GESAMTPROGRAMM:

Sebastian Sick, Stefanie Ummelmann, Telefon: 02 11/77 78-310

**Hans Böckler
Stiftung**

Mitbestimmung · Forschung · Stipendien

Mit aller Gewalt

GESCHICHTE Wirtschaftskrisen sind Zeiten effektiven Lernens. In ihnen entfaltet sich die Wucht der Transformation. Die Globalisierung werden sie nicht aufhalten, glaubt der Historiker Harold James.



Aktuell wird viel darüber diskutiert, dass die Globalisierung in ihr Gegenteil umschlagen könnte – oder in einen Zustand der Stagnation. Die Anzeichen dafür mehrten sich spätestens seit der letzten Finanzkrise. Die aktuelle Multikrise liefert Anhaltspunkte, Parallelen zur großen Weltwirtschaftskrise der Zwischenkriegszeit zu ziehen.

Der britische Historiker Harold James, der als Professor an der US-Universität Princeton lehrt, erliegt dieser Versuchung nicht, vielmehr schreibt er, solche Vergleiche führten oft in die Irre: „Krisen, Einbrüche und Schocks nehmen unterschiedlichste Formen an. Daher laufen jene Beobachter, für die alle diese Ereignisse gleich oder Variationen desselben Phänomens sind, Gefahr, in die Falle falscher Äquivalenzen zu tappen.“

Wenn James uns auf eine Reise durch sieben große Krisen des 19. und 20. Jahrhunderts mitnimmt und dabei immer wieder zeigt, in welchem Ausmaß ökonomische Krisen am Ende die gesellschaftliche und politische Ordnung erneuern, dann tritt neben einigen universellen Einsichten und Lehren immer auch das Besondere jeder Krise hervor. Stets werden die Menschen in einer neuartigen, nie da gewesenen Weise gefordert. Die Traumata, die durch Mangel an Nahrungsmitteln, medizinischen Gütern oder Energie entstehen, und die heftigen Preisbewegungen, die sie auslösen, sind starke Triebkräfte der Veränderung und wirken transformativ.

Das galt auch für die Hungerkrise, die Deutschland und Teile Europas in der Mitte des 19. Jahrhunderts heimsuchte und die Karl Marx das Ausgangsmaterial für seine Theorie des Kapitalismus lieferte – die älteste Krise, die in diesem Buch behandelt wird. Sie bescherte den USA jede Menge neuer Einwohner und Ideen. Genau die Menschen, die Europa verlassen, werden Tausende Kilometer entfernt zu Agenten der Veränderung. Im Jahr 1854, in dem die Welle deutscher Auswande-

rer in die USA ihren Höhepunkt erreicht, wird Kansas, ein Territorium im Kernland der USA, für die Einwanderung freigegeben. Die neuen Siedler aus Deutschland und Skandinavien tragen dazu bei, dass Kansas ein freier und kein Sklavenhaltender Staat wird. Der männliche und weiße Teil der Bevölkerung kann, so will es das Gesetz, über die Sklavenfrage entscheiden.

James entfaltet eine Welt, die schon im 19. Jahrhundert eng verflochten ist, und führt uns durch die Krise der 1840er, aber auch durch den positiven Angebotsschock der 1870er Jahre, der sich aus der Transportrevolution durch Dampfschiff und Eisenbahn ergab, durch die Inflation des Ersten Weltkriegs, die Weltwirtschaftskrise und schließlich die Krise der 1970er Jahre, die Krise von 2008 und die Coronakrise.

Am Ende versucht er, ein Zukunftsbild einer fortschreitenden internationalen Zusammenarbeit zu entwerfen. „Die Globalisierung verbessert Leben“, schreibt James – auch wenn die internationale Zusammenarbeit gerade schwierig ist. Viele Globalisierungskrisen haben am Ende zu mehr Globalisierung geführt, warum nicht auch diese? Optimistische Visionen sind Balsam für die deutsche Angst, aber gerade sie fallen auch etwas blass und unpräzise aus. Vielleicht liegt das an der besonderen Vorsicht eines Historikers, der sich der Einzigartigkeit jeder historischen Situation bewusst ist. ■

Von Kay Meiners

Harold James: **Schockmomente**. Eine Weltgeschichte von Inflation und Globalisierung 1850 bis heute. Freiburg, Herder Verlag 2022. 544 Seiten, 35 Euro

Fazit

EINE WÜRDIGUNG DER KRISE ALS TRANSFORMATIVE KRAFT

Migration neu erzählt



Vom Anwerbeabkommen bis zum Ankommen in der zweiten Heimat erzählt der ehemalige IG Metall-Sekretär Nihat Öztürk die Geschichte der Migration in Deutschland seit Mitte der 1950er Jahre. Sein Essay, der im zweiten Teil des Buches mit der Dokumentation von 21 Ausstellungstafeln einer zugehörigen Wanderausstellung bebildert ist, schlägt den großen Bogen über rund 70 Jahre. Nihat Öztürk

kennt sich in der Forschung zur Migrationsgeschichte bestens aus und scheut nicht das prononcierte Urteil: „Wir haben kein Flüchtlingsproblem, sondern ein Problem (...) des Werteverfalls und des Rassismus. Selbst die beispielhafte Solidarität mit den Menschen in und aus der Ukraine (...) hat eine hässliche Seite. Die rassistische Sortierung der Kriegsflüchtlinge in schützenswerte weiße Europäer (uns kulturell nahe Menschen) und nicht schützenswerte People of Color.“

Von **Wolfgang Jäger**

Nihat Öztürk (Hrsg.): **Etappen, Konflikte und Anerkennungskämpfe der Migration.** Berlin, Die Buchmacherei 2022

In Adornos Schuhen



„Corona-Kritiker mit Blumenketten, Künstlerinnen, die naturwissenschaftliche Erkenntnisse infrage stellen, Journalisten, die sich als Rebellen gegen angebliche Sprechverbote inszenieren“ – sie sind Sujet des Buches von Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey. Mit viel Theorie und rund 60 Interviews aus dem Umfeld der Querdenker und der AfD konstruieren sie einen neuen Sozialtypus: „Der libertäre Autoritäre (...) streitet lautstark für individuelle Freiheiten. Etwa

frei zu sein von Rücksichtnahme (...) und frei von gesellschaftlicher Solidarität“. Dieses Buch, das womöglich als Aktualisierung von Adornos „Studien zum autoritären Charakter“ gemeint, ist ohne Frage hochaktuell. Doch wird man den Eindruck nicht los, dass der beschriebene Sozialtypus eine Simplifizierung sein könnte, die auf Personen sehr unterschiedlicher Couleur gemünzt wurde.

Von **Kay Meiners**

Carolin Amlinger/Oliver Nachtwey: **Gekränkte Freiheit.** Aspekte des libertären Autoritarismus. Berlin, Suhrkamp 2022. 480 Seiten, 28 Euro

DREI FRAGEN AN WOLFGANG DÄUBLER

Foto: picture alliance / SZ Photo | Jürgen Heinrich



Wolfgang Däubler, Arbeitsrechtsexperte und Autor eines Rechtsgutachtens über die Interessenvertretung im digitalen Betrieb

Unterm Strich: Ist der digitale Betrieb eher eine Gefahr für die Interessenvertretung oder eine Chance?

Wenn der Betriebsrat mit den neuen Techniken gut umgehen kann, ist das eher eine Chance. Wie sonst sollte man auch 200 Leute im selben Augenblick an ihrem Arbeitsplatz erreichen, wenn nicht über digitale Technik?

Wie weit darf sich der Betriebsrat in eigenen digitalen Medien über die Zustände im Unternehmen äußern?

Intern darf der Betriebsrat vieles sagen – bis an die Grenze der Beleidigung. Im Netz ist es schwieriger. Am besten ist es, wenn einige Freunde einen Blog aufmachen und das einzelne Betriebsratsmitglied sich dort äußert.

Wo muss das geltende Recht am dringendsten an den digitalen Betrieb angepasst werden?

Der Gesetzgeber sollte klarstellen, dass den Arbeitgeber Pflichten treffen. Der Arbeitgeber muss der Gewerkschaft eine Liste mit den E-Mail-Adressen aller Beschäftigten überlassen, und er muss einen Link zwischen der Homepage des Betriebsrats und der Gewerkschaft möglich machen. Nutzt er Videotechnik, um sich an die Belegschaft zu wenden, muss er der Gewerkschaft dasselbe Recht einräumen.

Die Fragen stellte **Kay Meiners**

Wie Schutz zum Recht wurde



Das Kündigungsschutzrecht hat in der Arbeitsrechtsordnung der Bundesrepublik eine überragende Bedeutung. Dies gilt insbesondere aus der Perspektive der abhängig Beschäftigten: „Es soll rationale und gerechte Kriterien für die Beendigung des für die Beschäftigten existenzsichernden Arbeitsverhältnisses liefern. Das macht Kündigungsschutzrecht zum fundamentalen Arbeitsrecht“, schreiben der emeritierte Professor

an der Universität Kassel und langjähriger Justiziar der IG Metall, Michael Kittner, und Ernesto Klengel, Referatsleiter beim Hugo Sinzheimer Institut (HSI) der Hans-Böckler-Stiftung, in der Einleitung ihres historischen Buches, das im Bund-Verlag erschienen ist.

Von der Grundlegung des Kündigungsschutzes in der Weimarer Republik über dessen Umgestaltung im Nationalsozialismus bis hin zur Reetablierung und Veränderung der entsprechenden Rechtsnormen im Nachkriegsdeutschland leuchten die beiden Autoren die relevanten Prozesse in äußerst informativer Weise aus. Sie erklären, warum der Kündigungsschutz aus dem Betriebsrätegesetz gelöst und in eine eigenständige Kodifikation überführt wurde und wie Regelungen, die gegenüber der vorherigen Rechtslage neu waren, ihren Weg in das Gesetz genommen haben. Damit dokumentieren sie neben der Rechtsgeschichte auch ein Stück Zeitgeschichte rund um einen Baustein des Sozialstaates.

Viele Rechtsstreitigkeiten vor den Arbeitsgerichten drehen sich um kündigungsschutzrechtliche Fragen. Auseinandersetzungen um die Beschäftigungssicherung werden in Zeiten massiver ökonomischer Umbrüche weiter an Bedeutung gewinnen. Wenn man sich diese enorme Relevanz des Kündigungsschutzes für die Praxis vor Augen führt, ist es erstaunlich, dass seine Geschichte bislang nur unzureichend erforscht wurde und zentrale Akteure, die seine Entstehung wesentlich beeinflusst haben, bislang weitgehend unbekannt geblieben sind. Diese Lücke schließen Michael Kittner und Ernesto Klengel nun mit ihrer ebenso fundierten wie gut lesbaren Veröffentlichung. ■

Von **Dirk Manten**

Michael Kittner/Ernesto Klengel: **Die Entstehung des Kündigungsschutzgesetzes**. Eine Nachkriegs-Beziehungs-Geschichte zwischen Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften. HSI-Schriftenreihe, Band 44. Frankfurt, Bund Verlag 2022. 411 Seiten, 36 Euro

Smartwatch & Co



Datenbrillen oder Smartwatches sind Wearables, digitale Kleingeräte, am Körper getragen und mit unterschiedlichsten Funktionen ausgestattet. Sie erobern jetzt zunehmend den Betrieb und stoßen, so ein Ergebnis dieser Studie, auf eine überraschend hohe Akzeptanz – auch wenn sensible Daten wie Puls oder Bewegung erfasst werden. Doch dazu muss der Einsatz sauber geregelt werden, wie die Autoren schreiben: „Wir betrachten Wearables als eine Technologie, deren Nutzung ausgehandelt werden muss.“ ■

Von **Kay Meiners**

Martin Krzywdzinski/Sabine Pfeiffer/Maren Evers/Christine Gerber: **Die Vermessung der Arbeitswelt**. Study der Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 475. Düsseldorf 2022. 176 Seiten

Sie wollen mehr Publikationen aus der Hans-Böckler-Stiftung?



Besuchen Sie [boeckler.de](https://www.boeckler.de) (Veröffentlichungen).

Verordneter Lernprozess



Dass mobile Arbeit vor der Pandemie verpönt war, lag meist am Management, das die Mitarbeiter vor Ort haben wollte. Der Arbeitswissenschaftler Carsten Wirth bezeichnet die Homeofficepflicht während der Coronapandemie als staatlich verordneten Lernprozess. Er hat Unternehmen befragt, wie sie nach der Pandemie mit mobiler Arbeit umgehen. Ergebnis: Das Management hat seine ablehnende Haltung abgelegt, Betriebsräte können mobile Arbeit gestalten. Wirth zeigt die rechtlichen Möglichkeiten auf, weist aber auch auf Schwierigkeiten für die Mitbestimmung hin. ■

Von **Fabienne Melzer**

Carsten Wirth: **Homeoffice-Beschäftigte allein zu Haus?** Mitbestimmungspraxis Nr. 48. Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung, Düsseldorf, August 2022. 40 Seiten

DAS POLITISCHE LIED



Pink Floyd feat. Andriy Khlyvnyuk from BoomBox: Hey Hey Rise Up (2022)

Ach, auf der Wiese steht der rote Schneeball tief geneigt.
Unsere ruhmreiche Ukraine ist betrübt.
Und wir werden diesen roten Schneeball wieder aufrichten,
Und wir werden unsere ruhmreiche Ukraine, hey, hey, aufmuntern!

DER ROTE SCHNEEBALL

Als das Telefon klingelt, ist Andriy Khlyvnyuk vorsichtig. Der Anrufer gibt sich als David Gilmour aus, Gitarrist und Sänger der legendären Rockband Pink Floyd. Khlyvnyuk hat selbst eine Band, er ist Sänger bei BoomBox, einer der bekanntesten Gruppen der Ukraine. Doch seit ein paar Tagen herrscht Krieg: Russland hat das Land angegriffen, während Khlyvnyuk in den USA war. Er hat die Tournee sofort abgebrochen und sich dem Militär angeschlossen. Khlyvnyuk hat eine lose Verbindung zu Gilmour. Seine Band hatte im Jahr 2015 einmal in London mit dem Gitarristen zusammen bei einem Benefizkonzert gespielt. BoomBox stand auf der Bühne, nur Khlyvnyuks Visum war nicht rechtzeitig gekommen. Die Band spielte damals mit Gilmour den Pink-Floyd-Song „Wish You Were Here“ – für ihn. Khlyvnyuk bittet den Anrufer, sich noch einmal per Videoanruf zu melden. Er will sichergehen, dass er keinem Scherz aufsitzt. Auf dem Handy erscheint der echte David Gilmour. Er bittet den Sänger um Erlaubnis, ein Instagram-Video zu nutzen, das Khlyvnyuk am 27. Februar aufgenommen hatte, kurz nach dem Überfall. Khlyvnyuk singt darin die erste Strophe des Volksliedes „Der rote Schneeball auf der

Wiese“. Sie ist die Nationalpflanze der Ukraine, mit weißen Blüten und roten Früchten. Ihre Zweige mögen sich traurig nach unten biegen, sie werden aufgerichtet werden. Das Lied stammt aus dem Ersten Weltkrieg und erinnert an die Ukrainische Legion, einen Freiwilligenverband Österreich-Ungarns, der vom ukrainischen Haupttrat in Galizien gegründet wurde, noch bevor sich mit der Ukrainischen Volksrepublik erstmals ein ukrainischer Staat von Russland unabhängig machte. Gilmour hat das Video von seiner Schwiebertochter, sie ist Ukrainerin. Khlyvnyuks Gesang berührt ihn: „Er steht dort auf einem Platz in Kiew vor der Kirche mit dieser wundervollen goldenen Kuppel und singt in der Stille einer Stadt, in der Verkehr und Hintergrundgeräusche wegen des Krieges verstummt sind. Ich wollte Musik zu diesem kraftvollen Moment schreiben.“ Auch andere haben diesen Gedanken. Kurz nach Khlyvnyuks Instagram-Post hatte der südafrikanische Produzent The Kiffness den Song bereits mit einem Beat unterlegt und weltweit bekannt gemacht; das ukrainische Eistanzpaar Oleksandra Nazarova und Maksym Nikitin wählte die Version als Musik für seinen Auftritt bei der Weltmeisterschaft 2022 in Montpellier.

David Gilmour analysiert den A-cappella-Gesang, schreibt um die Stimme herum eine Begleitung. Er strickt noch einen Instrumentalteil daran, in dem er, wie er es ausdrückt, „der Rockgitarren-Gott“ sein kann. Als Intro sucht er eine Aufnahme des ukrainischen Chors Veryovka heraus. Drummer Nick Mason ist sofort einverstanden, den Song unter dem Namen der alten Band zu veröffentlichen – eine musikalische Sensation: der erste neue Pink-Floyd-Song seit 1994. „Wir haben diesen Namen, und wir haben unsere Plattform, und die wollten wir nutzen“, sagt Gilmour. „Wir wollen diese Friedensbotschaft verbreiten, und wir wollen die Moral der Menschen heben, die für ihre Heimat kämpfen.“ Als Gilmour den Sänger Andriy Khlyvnyuk das nächste Mal kontaktiert, liegt dieser im Krankenhaus und zeigt ein Stück Schrapnell vor, das sich in seine Wange gebohrt hatte und das er nun in einer Plastiktüte aufbewahrt. ■

Von **Martin Kaluza**

Das Lied hören/ansehen:
<https://youtu.be/saEpkcVi1d4>

Strategien nach der Zeitenwende



<https://buendnis-zukunft-der-industrie.de>

Das „Bündnis Zukunft der Industrie“ ist ein Netzwerk von DGB, Einzelgewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und dem Bundeswirtschaftsministerium. Es setzt sich dafür ein, dass Deutschland ein wettbewerbsfähiges Industrieland bleibt und die Herausforderungen durch hohe Energiepreise, Lieferkettenprobleme und Transformation meistert.

Ende November veranstaltete das Bündnis in Berlin eine Industriekonferenz mit Wirtschaftsminister Robert Habeck, IG-Metall-Chef Jörg Hofmann und Jörg Russwurm, dem Präsidenten des Industrieverbandes BDI. Klare Worte fand Hofmann, der die Energiekrise als Chance sieht, die Energiewende zu beschleunigen. „Der Klimawandel wartet nicht. Darum müssen wir unsere Industrie fit machen für die klimaneutrale Produktionsweise und Industrie 4.0“, sagte Hofmann. Robert Habeck warb dafür, mehr gemeinsame europäische Industriestrategien zu entwickeln und sich nicht als Konkurrenten zu sehen.

Das knüpft an die Vorschläge des Bündnisses auf der Webseite an. Dort werden europäische Wertschöpfungsnetzwerke, etwa in der Mikro-

elektronik, gefordert. Die weiteren Kernvorschläge, die nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine neu entwickelt wurden: mehr Energieeffizienz, gleichzeitig bezahlbare Energiepreise für die Industrie, Diversifizierung von Rohstoffquellen, Investitionen in die Kreislaufwirtschaft, schnellere Genehmigungsverfahren.

Auf der Webseite des Bündnisses finden sich Onlinediskussionen mit Politikern und Fachleuten. Spannend und ein Highlight ist das Video „Klimaneutrale Autoindustrie“. Beim Thema E-Fuels sind sich der Umweltverband BUND und die IG Metall einig: E-Fuels eignen sich nicht für den Pkw-Verkehr, weil der Energieeinsatz im Vergleich zu Batterien zu ineffizient ist.

Die Seite ist aktuell und verlinkt auf Social-Media-Beiträge zu eigenen Veranstaltungen. ■

Von **Gunnar Hinck**

Fazit

**SEHR NÜTZLICHE QUELLE ZUR
ZUKUNFT DER INDUSTRIE**

TWITTER UND PODCASTS

Einblick in ein Terrorregime

Die Journalistin und Iran-Expertin Gilda Sahebi retweetet auf ihrem Twitter-Account unter Lebensgefahr gemachte Videos von Demonstrationen und Gewaltexzessen der iranischen Staatsmacht, die man nur teilweise im Fernsehen sieht. Milizen in Teheran prügeln plötzlich mit Schlagstöcken auf Fahrgäste in einer U-Bahn ein. Oder schlagen brutal eine Frau im Stadtzentrum nieder. Dazu gibt es erhellende Kurzanalysen und Verlinkungen zu Medienbeiträgen von Gilda Sahebi. ■

<https://twitter.com/GildaSahebi>

Zukunft made in Wuppertal

Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie betreibt seit einigen Monaten einen hörensweisen Podcast, der sich um Nachhaltigkeit und Transformation dreht. In einer aktuellen Folge geht es um das Thema Textil: Die Kleidungsindustrie gehört weltweit zu den größten Umweltverschmutzern und CO₂-Emittenten. 19 Kilo Kleidung verbraucht im Schnitt jeder Deutsche pro Jahr. Expertin Agnes Bünemann klärt auf: Ressourcen könnten geschont werden durch bessere Haltbarkeit der Textilien, mehr Recyclinganteil – und weniger achtlose Käufe. ■

<https://wupperinst.org/aktuelles/podcast>

BÖCKLER ONLINE

Betriebsratsgeschichten

Das Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.) der Hans-Böckler-Stiftung hat unter einem eigenen Link die Beiträge aus dem Magazin über Initiativen von Betriebsräten gebündelt, die auf dem Deutschen Betriebsrätetag vorgestellt wurden. Hier findet man Geschichten wie die vom Betriebsrat des Automobilzulieferers Gestamp in Haynrode in Thüringen, der die Schließung des Standortes mit eigenen Berechnungen verhinderte, oder die Geschichte von der VW-Softwaretochter Cariad, wo der Betriebsrat eine innovative Betriebsvereinbarung für mobiles Arbeiten aushandelte und die Beschäftigten selbst über Arbeitsort und Arbeitszeit bestimmen. ■

<https://www.imu-boeckler.de/de/deutscher-betriebsratetag-18931.htm>

Foto: Luminar 4



„Mein gestohlenes Land“.

D 2021. Regie: Marc Wiese

FILMTIPP

Kampf um den Regenwald

Transformation braucht vor allem Rohstoffe. Alle produzierenden Länder haben sie auf dem Schirm, für die Produktion neuer digitaler Technologien sind sie unerlässlich. Oft finden sie sich dort, wo man die Erde besser in Ruhe lassen sollte. Den Rohstoffabbau in den Regionen indigener Besiedlung im Regenwald von Ecuador hat der Regisseur Marc Wiese für seinen Film „Mein gestohlenes Land“ in den Blick genommen. Der vielfach ausgezeichnete Filmemacher ist jahrelang Aktivisten und Journalisten mit der Kamera gefolgt, um über die Absprachen der Regierung mit chinesischen Konzernen zu berichten.

Gold, Öl, Uran und andere Stoffe – nach Wieses Recherchen haben Mitglieder der Regierung Raffael Correa, einstmals ein linker Hoffnungsträger, das Land ausverkauft. Zu Wort kommt der indigene Aktivist Paúl Jarrin. Er berichtet, wie die chinesischen Bergbauunternehmen immer größere Areale im Regenwaldgebiet in Beschlag nahmen. Er und seine Mitstreiter haben den Widerstand gegen diese großflächige Umweltzerstörung organisiert, weil sie nicht bei den Baumaßnahmen einbezogen wurden, wie es das Gesetz vorsieht. Sowohl staatliche Stellen als auch die Konzerne, die Söldner beschäftigen, waren in der Anwendung repressiver Maßnahmen nicht zimperlich.

Ein weiterer Protagonist ist der Ex-Regierungsberater, frühere Gewerkschafter und Enthüllungsjournalist Fernando Villavicencio. Er hatte sich früh auf die Spur Correas gesetzt – der später wegen Korruption angeklagt wurde – und dabei eine große Anzahl der geheimen Verträge öffentlich gemacht. Mithilfe indigener Helfer in der Gemeinde Sarayaku konnte Villavicencio der Polizei und Geheimdiensten, die auf ihn angesetzt waren, entkommen. Bis heute muss er um seine Existenz, wenn nicht sein Leben fürchten.

Als Zuschauer ist man mittendrin dabei, die Kamera wackelt, es wird mit Tränengas und manchmal Schlimmerem scharf geschossen. Ein Film als engagiertes Statement, sich die Folgen der Jagd nach Rohstoffen genau anzusehen. ■

Von Jürgen Kiontke

RÄTSEL Als der IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner 1972 überraschend stirbt, haben Familie und Gewerkschaftsspitze eine Idee: Statt Blumen und Kränzen sollen die Trauergäste Geld für eine Stiftung spenden, die seine Ideen wissenschaftlich fortführt.

Von Guntram Doelfs





Eugen Loderer wirkt ernst, aber gefasst, als er sich am 15. April 1972 an den Tisch mit dem Kondolenzbuch setzt. Dort steht ein gerahmtes Porträt Otto Brenners, des Ersten Vorsitzenden der IG Metall, neben einem Strauß roter Nelken. Loderer, zu diesem Zeitpunkt Zweiter Vorsitzender, zückt den Füllfederhalter und trägt sich ein, schweigsam verfolgt vom restlichen IG Metall-Vorstand. Es ist ein Gruppenbild mit Dame: Die spätere Bundesfamilienministerin Anke Fuchs ist die einzige Frau im Vorstand der Gewerkschaft.

Direkt hinter Loderer, der bald die Nachfolge Brenners als IG-Metall-Vorsitzender antreten wird, wirft Vorstandsmitglied Fritz Strothmann (2. v. l.) einen strengen Blick auf den Eintrag von Loderer. Strothmann teilt mit etlichen der hier Versammelten eine bewegte Lebensgeschichte – von Erfahrungen im Konzentrationslager der Nazis wie bei Strothmann bis hin zu traumatischen Kriegserlebnissen, wie sie Georg Benz (links) und Wilhelm Michels (4. v. l.) durchlebt haben. Auch Hans Mayr (2. v. r.) ist ein Kriegsveteran – und ein gewiefter Taktiker in allen Fragen der Tarifpolitik. Elf Jahre später wird er IG-Metall-Chef sein und eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche spielen.

Der Tod Brenners, der im Frankfurter Universitätsklinikum an einer Herz-Kreislauf-Erkrankung gestorben ist, trifft alle unvorbereitet. Seit 1956 hat er – gewerkschaftliches Urgestein – die Metaller-Gewerkschaft geführt. Während der Planungen für die Trauerfeier in der Frankfurter Paulskirche reifen Überlegungen zwischen Brenners Witwe Martha und dem IG-Metall-Vorstand darüber, wie das Wirken des Verstorbenen am besten gewürdigt werden könnte: durch die Gründung einer Stiftung Otto Brenner statt Kranz- und Blumenspenden.

Die neue Stiftung habe den Zweck, „die Gewerkschaftsarbeit durch wissenschaftliche und praktische Forschungen, besonders auch auf dem Gebiet der internationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit, zu fördern“, heißt es in einem Schreiben, das Brenners engste Vertraute Hans Preiss und Fritz Opel aufsetzen. Im Juli 1972 wird die Wissenschaftsstiftung der IG Metall gegründet. Anfangs fördert sie vor allem arbeitsrechtliche Literatur. Heute, 50 Jahre später, zählt die Otto Brenner Stiftung zu den profiliertesten Stiftungen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. ■

Rätselfragen

Otto Brenner musste als Kind arbeiten, um zum Familieneinkommen beizutragen. Welche Tätigkeit übte er aus?

Die Trauerrede auf Brenner in der Paulskirche hielt ein sehr berühmter SPD-Politiker. Wer ist gemeint?

Eine Analyse der Otto Brenner Stiftung über die Berichterstattung zur Finanzkrise attestierte dem Wirtschaftsjournalismus ein handfestes Versagen. In welchem Jahr erschien sie?

Alle richtigen Einsendungen, die **bis zum 27.01.2023** bei uns eingehen, nehmen an einer Auslosung teil.

Preise

1. Preis: Gutschein der Büchergilde Gutenberg, Wert 100 Euro
- 2.–4. Preis: Gutschein der Büchergilde Gutenberg, Wert 50 Euro

Schicken Sie uns die Lösung

Hans-Böckler-Stiftung
Redaktion Mitbestimmung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf
E-Mail: redaktion@boeckler.de

Auflösung der Rätselfragen 5/2022

2015, Appellation d'Origine Contrôlée, 274 und 275

Den 1. Preis hat Elke Oster aus Neustadt gewonnen.

Je einen 50-Euro-Gutschein erhalten Stephan Klecha aus Hannover, Volker Bretthauer aus Göttingen und Stefan Bamberg aus Berlin.



BRIEFE, E-MAILS UND MEINUNGEN



**ZU „ERMUTIGEND ZUR SEITE
STEHEN“ ZUM 50. JUBILÄUM
DER KONFERENZ DER VER-
TRAUENSDOZENTINNEN UND
-DOZENTEN IN AUSGABE
05/2022**

meldeten sich gleich mehrere
Stimmen via Facebook zu Wort:

Paul Gaedtke:

„Der Vertrauensdozent war für
mich als Stipendiat sehr wichtig.
Vielen Dank an alle, die diese
Funktion in der Hans-Böckler-
Stiftung übernehmen.“

Irene Schulz:

„Eine unverzichtbare Aufgabe.
Herzlichen Dank an alle VDs für
ihr Engagement und ihren Ein-
satz für unsere StipendiatInnen
und unsere Stiftung!“

Sabine Blum-Geenen:

„Klasse Idee!“

**ZU „PRO & CONTRA: BRAUCHEN
WIR EINE ÜBERGEWINN-
STEUER?“ IN AUSGABE 05/2022**

schrrieb via Facebook

Erik Dorn:

„Aber natürlich brauchen wir sie,
um Schulden zu vermeiden.“

**ZU „FUSSBALL-WM: AUF EIGENE
FAUST“ IN AUSGABE 05/2022**

schrrieb via Facebook

Axel Nolte:

„Gerne auch unterschreiben
und unterstützen, wer mag:

[https://www.boycott-qatar.de/
unterstuetzer/](https://www.boycott-qatar.de/unterstuetzer/)“

**ZU „REFORM: MITBESTIMMEN IN
MODERNEN ZEITEN“ IN AUSGABE
05/2022**

kommentierten auf Facebook

Egon Mäurer:

„Leider gibt es nur noch knapp
50 Prozent Betriebe mit wenigen
durchsetzungsfähigen Betriebsrä-
ten.“

Yvonne Pfannmoeller:

„Warum werde ich immer das
Gefühl nicht los, dass Mitbestim-
mung nicht so erwünscht ist?“

Und Ihre Meinung?

Sie haben sich so richtig
geärgert über einen Beitrag oder
fanden eine Reportage ganz toll?
Schreiben Sie uns!
redaktion@boeckler.de



IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung, Mitbestimmungs-,
Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB,
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf

Geschäftsführerin:

Claudia Bogedan

Redaktion:

Kay Meiners, Telefon: 0211/77 78-139

Fabienne Melzer (verantwortlich), Telefon: 0211/77 78-192

Konzeption des Titelhemas: Kay Meiners, Fabienne Melzer

Redaktion dieser Ausgabe: Kay Meiners, Fabienne Melzer

Redaktionsassistent: Angelika Söhne

Telefon: 0211/77 78-147

E-Mail: redaktion@boeckler.de

Projektmanagement/Layout/Produktion/Lithographie:

Signum communication GmbH, Heidelberg,

Nadine Bernhardt, Jutta Stuhlmacher, Anja Daum

Titelfotos: Sina Schuldt, Frank Schinski – OSTKREUZ,

Picture Alliance

Druck: Offset Company, Wuppertal

Verlag: Bund-Verlag GmbH, Postfach, 60424 Frankfurt/Main

Adressänderungen für Förderer:

foerderer@boeckler.de

Adressänderungen für Stipendiaten und Vertrauensdozenten:

Über das Extranet der Studienförderung

Leserservice für sonstige Bezieher und kostenfreie Einzelhefte:

Bund-Verlag GmbH

Telefon: 069/79 50 10-96

E-Mail: abodienste@bund-verlag.de

Datenschutz

Die zur Abwicklung des Abonnements erforderlichen Daten werden nach den Bestimmungen der EU-DSGVO und des BDSG verwaltet.

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Magazins Mitbestimmung. Die Printausgabe können Sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an redaktion@boeckler.de.

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:

www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Newsletter.

ISSN 0723 5984



IN DER NÄCHSTEN AUSGABE ...

Nr. 1 | Februar 2023

Verkehrswende

Die Energiekrise könnte die Verkehrswende beschleunigen: schneller weg von fossilen Brennstoffen und hin zu regenerativen Energien beim Antrieb, Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und der Verkehrssysteme, die verschiedene Verkehrsmittel intelligent kombinieren. Die Bundesregierung will mit einem Nachfolger für das 9-Euro-Ticket mehr Menschen bewegen, auf den ÖPNV umzusteigen. Doch der kommt jetzt schon an seine Grenzen. Was muss geschehen, damit die Infrastruktur die Verkehrswende leisten kann – sowohl im ÖPNV als auch für den elektrisierten Individualverkehr? Wie verändert sich die Arbeit, und was hat sich schon verändert?

FEEDBACK

Gibt es in Ihrem Betrieb etwas, über das wir einmal berichten sollten? Etwas, das richtig gut läuft, oder etwas, über das Sie sich ärgern? Vermissen Sie ein Thema im Magazin?

Dann schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an.



02 11/77 78-147

redaktion@boeckler.de

magazin-mitbestimmung.de



KONRAD ADENAUER FLUGHAFEN, FRACHTHALLE WEST, HEINRICH- STEINMANN- STR. 2A 51147 KÖLN

Janine Hartung (40) lebt mit ihrer Frau in Troisdorf bei Köln.

Von **Andreas Schulte**
Foto **Stephen Petrat**

Seit knapp 18 Jahren sortiere ich Frachtsendungen für den Logistiker UPS am Flughafen Köln/Bonn. So ganz geplant war das nicht, denn eigentlich bin ich Köchin und stamme aus Thüringen. Der Liebe wegen bin ich nach meiner Ausbildung nach Köln gezogen. Ich bekam dann schon bald einen Tipp von meiner damaligen Nachbarin: „Melde dich mal bei UPS, da wird gesucht.“

Seither arbeite ich ausschließlich nachts. Mit der Zeit nagt das an einem, und soziale Kontakte beschränken sich fast ausnahmslos auf die Arbeit. Rund fünf Stunden dauert eine Schicht. Allerdings kann man gut eine Stunde hinzurechnen, so viel Zeit vergeht, bis wir auf dem Gelände und durch alle Sicherheitsschleusen und nach Feierabend wieder zurück sind – leider unbezahlt.

Das Frachtaufkommen und damit unsere Belastungen haben in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. Zu Weihnachten kommen noch mal 30 Prozent dazu, sodass wir mit rund 3500 Mitarbeitern täglich mehr

als 630 000 Sendungen bearbeiten – vom Kleinbrief bis zum Lkw-Reifen. Ich bin für die kleineren Sendungen zuständig. Die Fracht kommt per Lkw oder Flugzeug an. Sie stammt zum Beispiel aus den USA und muss weiter nach Frankreich. Wir sind hier quasi das Drehkreuz.

Seit 2018 bin ich Betriebsrätin und Verdi-Mitglied. Es ist mir wichtig, die Gewerkschaft bei uns publik zu machen und den Beschäftigten nahezubringen, dass man gemeinsam mehr erreichen kann. Denn auch bei uns ist einiges verbesserungswürdig. Gerade in diesen unsicheren Zeiten leiden viele unter den anfänglichen Befristungen von meist zwei Jahren. Zudem sind Teilzeistellen üblich.

Leider kommt es auch immer wieder vor, dass sich Vorgesetzte im Ton vergreifen oder kaum Rücksicht auf körperliche Probleme der Beschäftigten nehmen. In der Hektik und bei der Masse an Paketen ist es sicher nicht immer einfach, den richtigen Ton zu treffen. Trotzdem sollten wir einen respektvollen Umgang miteinander pflegen.“



Grundsicherung **weiter**denken
Leistungen ■ Zugang ■ Akzeptanz

Blog-Serie | Teil **4**

WSI-BLOG WORK ON PROGRESS

Der rasante technologische Wandel und die zunehmende Unsicherheit in der Arbeitswelt stellen neue Herausforderungen an die Gestaltung einer fairen Sozial- und Wirtschaftsordnung in Deutschland und Europa. Auf

diesem Blog kommentieren Autor*innen aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Politik aktuelle wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklungen, loten Handlungsspielräume aus und präsentieren neue Perspektiven.

SAVE THE DATE

25.01.2023 ab 17 Uhr, Berlin

ZEITENWENDE – TRANSFORMATION – ZUSAMMENHALT

Neujahrsempfang der Hans-Böckler-Stiftung
